Donnerstag, 21. Juni 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 143 - 25.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nein aus Peking: Als unannehmbar hat China das Verlangen der USA abgelehnt, Garantien für die Nichtweitergabe von Nuklear-Material zu geben. Ein geplantes Kernenergie-Abkommen wird in Washington verzögert, weil China Pakistan angeblich bei der Herstellung von Atomwaffen helfen will.

Racheakt? Bei dem Anschlag vor der türkischen Botschaft in Wien handelt es sich möglicherweise um einen privaten Racheakt. Durch die Detonation einer Autobombe war der Handelsattaché getötet worden.

Bald freie Fahrt: Seit gestern beraten in Paris deutsche und französische Experten über die von Frankreich für den 1. Juli angekündigte Abschaffung der Grenzkontrollen. Ziel ist es, die auf beiden Seiten erforderlichen Maßnahmen abzustimmmen.

Chemie-Industrie: In dem mit 180 000 Beschäftigten größten Tarifbezirk Nordrhein einigten sich die Tarifparteien auf eine Lohnerhöhung von vier Prozent.

Rüstung: Der Warschauer Pakt hat 1983 in einigen Bereichen eine bislang nicht vorhandene Überlegenheit über die NATO erreicht, geht aus dem Abrüstungsbericht der Bundesregierung hervor. Die Fähigkeit zu offensiven Operationen sei sowohl im konventionellen als auch im atomaren Bereich gersteigert worden.

Worms: Nach den Europawahlen sieht sich der nordrhein-westfälische Oppositionsführer in der Ansicht bestärkt, daß die Bundesrepublik auf dem Weg zu einem Zweiparteienstaat ist. Es zeichneten sich zwei Lager ab – ein konservatives und ein rot-grünes, sagte der CDU-Politiker bei einem Besuch der WELT. (S. 4)

Urlaubsgeld: Ein Arbeitnehmer hat keinen Anspruch auf Urlaubsgeld mehr, wenn der Urlaubsanspruch entfallen ist, entschied das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein. (AZ: 4 Sa 144/83)

Heute: Kanzler Kohl beginnt dreitägigen Ungarn-Besuch. – Strauß in Belgrad. – Frankreichs Präsident Mitterrand in Moskau.

An die Leser und Inserenten der WELT

Wegen des verschärften Streiks der IG Druck und Papier kann die WELT leider auch heute nur mit eingeschränktem Umfang erscheinen. Das betrifft den redaktionellen Teil, wie zum Beispiel die Berichterstattung über die Fußball-Europameisterschaft und den sonst ausführlichen Börsenteil, ebenso wie die Anzeigen. Es mußten auch Umstellungen vorgenommen werden. Wir bitten dafür um Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Streikfolgen: Die deutsche Autoindustrie hat bislang eine komplette Monatsproduktion verloren, meldet der Verband der Automobilindustrie. Der Umsatzausfall belaufe sich auf 16,5 Milliarden DM. (S. 3)

Steueraufkommen: Der Bund kann nach der jüngsten Steuerschätzung 1984 mit 202,2 Milliarden DM rechnen. Bei der letzten Schätzung (März) waren noch 100 Millionen DM mehr zugrunde gelegt worden. (S. 8)

Sowjetwirtschaft: Die Wachstumsschwäche von Ende der 70er Jahre ist nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung offenbar überwunden. 1983 sei die gesamtwirtschaftliche Leistung ebenso wie im Vorjahr um 3,5 bis vier Prozent gestiegen. (S. 9)

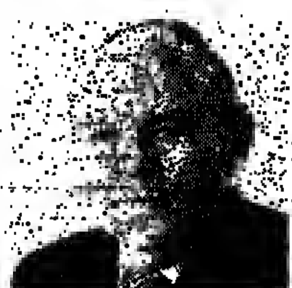
Börse: Die meisten Notierungen an den Aktienbörsen waren gut behauptet. Auch der Rentenmarkt zeigte sich widerstandsfähig. WELT-Aktienindex 145,5 (145,1). Dollarmittelkurs 2,7573 (2,7604) Mark. Goldpreis pro Feinunze 371,85 (370,60) Dollar.

KULTUR

Malerei: Hohes Lob erntet in Berlin die Ausstellung „Von Frans Hals bis Vermeer". Aus 31 Museen sowie Privatsammlungen werden mehr als 100 Meisterwerke holländischer Genremalerei gezeigt. (S. 15)

Skythen-Schatz: Die UdSSR hat im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit Köln–Moskau drei weitere Ausstellungen zugesagt. Im Frühjahr 1985 wird in Köln der Skythen-Schatz gezeigt, im Jahr darauf eine Austellung von Ikonen des 14. und 15 Jahrhunderts sowie von Funden zum mittelalterlichen Alltagsleben.

ZITAT DES TAGES



» Wir laufen Gefahr, das Mittelmaß zu potenzieren und die Forschung so provinziell zu machen, daß auch Weltoffenheit nicht mehr hilft, ja eher schadet, weil dann das Ausland noch schneller merken würde, daß und wo es Partner verloren hat «

Professor Eugen Seibold, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in seinem Jahresbericht (S. 8) FOTO: DW

SPORT

Leichtathletik: Der dreimalige Weltmeister Carl Lewis lief bei den Olympia-Ausscheidungen der USA in Los Angeles die 200 m in 19,84 Sekunden. (S. 14)

Fußball: Bei der EM in Frankreich starb der jugoslawische Mannschaftsarzt Borsidan Milenovic (53) an den Folgen eines Herzinfarkts. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Mechanische Killer: Die ersten Killer-Roboter, die ohne menschliche Steuerung Gegner bekämpfen können, werden zur Zeit in den USA entwickelt. (S. 16)

Maya-Städte: Im Urwald von Mexiko sind zwei versunkene Maya-Städte entdeckt worden. Auf ihre Spur führten Daten, die durch Satelliten gewonnen worden waren.

Wetter: Heiter, später Bewölkung, gewittrig. 24 bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Weinberger gegen Drohung mit Rückzug von US-Truppen

Betroffenheit in Washington und Bonn über Vorstoß des Senators Nunn

rmc./kie., Bonn/Washington

Mit Betroffenheit haben die Regierungen in Washington und Bonn auf die Initiative des US-Senators von Georgia, Sam Nunn (Demokratische Partei), für eine phasenweise Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa reagiert. Der Senator hat eine solche Forderung für den Fall erhoben, daß die europäischen Verbündeten der USA nicht mehr für die konventionelle Verteidigung leisten.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger sagte der WELT: „Wir halten nichts von der Drohung mit dem Truppenrückzug. Solch ein Vorgehen erreicht in der Regel nur das Gegenteil von dem, was angestrebt wird." Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner erklärte der WELT: „Nunns Initiative ist kein taugliches Instrument im Sinne der Verbesserung der europäischen Leistungen. Im Gegenteil erscheint der von ihm gewünschte Automatismus als außerordentlich gefährlich." Dies sei ein falsches Signal an die Sowjetunion. Im übrigen seien amerikanische Drohungen und Druck in harter Form eher geeignet, in Europa das Gegenteil zu bewirken. Das schüre nur latenten Antiamerikanismus.

Mit allen Kräften versucht die amerikanische Regierung die vom demokratischen Senator Nunn eingebrachte Gesetzesvorlage abzuwenden. Im einzelnen sieht der Nunn-Plan vor:

Die Europäer sollen von den USA „auf die Probe gestellt" werden, ob sie es mit ihrer Absicht, die Nuklear-Schwelle für den Fall eines Kriegsausbruchs in Europa anzuheben, wirklich ernst meinen. Nunn argumentiert, ein klares Indiz dafür wäre, wenn NATO-Europa das schon vor sechs Jahren verabschiedete langfristige Verteidigungsprogramm generell verwirklichen würde. Sollte es das nicht tun, sagt Nunn, müßten die USA daraus den unweigerlichen Schluß ziehen, daß den Europäern nicht an einer Verbesserung der konventionellen Kampfkraft gelegen sei, sondern daß sie weiterhin an der US-Präsenz in Europa als einem Mittel des bloßen „Stolperdrahtes" festhielten, über den die Allianz dann schnell in den Einsatz von Atomwaffen geführt werde. Unter solchen Bedingungen, so der Kern der Ansichten von Nunn, sei eine US-Truppenstärke in Europa von derzeit etatmäßig geforderten 326 414 Mann nicht mehr erforderlich. Sie könne dann stufenweise über drei Jahre hinweg mit 1987 beginnend um insgesamt 90 000 Soldaten gesenkt werden.

Nach den Vorstellungen des Senators haben die Europäer zwei Optionen, um diese Entwicklung abzuwenden: Entweder verbessern sie den „input" in die Verteidigung und verwirklichen den jährlich vereinbarten Drei-Prozent-Aufwuchs in ihren Verteidigungshaushalten, oder sie heben den „output" an – das heißt die Leistungen auf einigen besonderen Feldern der konventionellen Verteidigung. Dazu zählt Nunn:

- Auffüllung der Munitionsvorräte bis auf 30 Kampf-Tage,
- Ausbau der Infrastruktur und der Kapazitäten der Flugplätze für die Aufnahme der vorgesehenen sieben fliegenden US-Geschwader,
- Einen „signifikanten Fortschritt" bei dem Bemühen, den Ersteinsatz von Atomwaffen nach einem konventionellen Angriff des Warschauer

● Fortsetzung Seite 8

CDU würde Bangemann akzeptieren

Als Wirtschaftsminister genannt / Kohl empfing FDP-Politiker / Wird Möllemann abgelöst?

STEFAN HEYDECK, Bonn

In Bonn verdichten sich die Anzeichen, daß der FDP-Politiker Martin Bangemann im Falle eines Rücktritts von Otto Graf Lambsdorff neuer Bundeswirtschaftsminister wird. Noch in der Wahlnacht am Sonntag hatte der FDP-Politiker nach WELT-Informationen gegen 23 Uhr im Konrad-Adenauer-Haus mit Bundeskanzler Helmut Kohl ein rund 90minütiges Gespräch geführt. Wie die WELT weiter erfuhr, ist der FDP bereits aus der CDU signalisiert worden, daß keine Einwände gegen eine Berufung von Bangemann zum Lambsdorff-Nachfolger erhoben würden.

Dagegen forderte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler erneut ein Mitspracherecht, wenn es zu einer Kabinettsumbildung in Bonn kommen sollte. Im CSU-Organ „Bayernkurier" schreibt Tandler, seine Partei könne „noch so ernste Informationen nicht ernst nehmen", nach denen die Vorsitzenden von CDU und FDP, Kohl und Hans-Dietrich Genscher, bereits fest vereinbart hätten, Lambsdorff „durch den vom Wähler verhinderten Europaabgeordneten" Bangemann und Bundesjustizminister Hans Engelhard durch den früheren Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum zu ersetzen.

Zu der Tandler-Kritik meinte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann, die Liberalen brauchten „keine Nachhilfe". Gegenüber der WELT erklärte Haussmann zur Frage einer Kabinettsumbildung weiter: „Es gibt überhaupt keinen Anlaß, von dem Verfahren abzurücken, das Bundeskanzler und Vizekanzler vereinbart haben." Er bekräftigte, daß die Regierungsparteien über die Besetzung der ihnen bei den Koalitionsverhandlungen nach den Neuwahlen vom 6. März 1983 zugefallenen Ministerien selbst bestimmen: „Erst wenn eine Entscheidung notwendig ist, werden die jeweiligen Partner für ihre Bereiche eine Entscheidung treffen, sie dann dem Partner sagen und vertrauensvoll diskutieren."

Unter dem Eindruck der jüngsten Wahlschlappe, der internen Kritik an Genscher und der an der Basis wieder voll entbrannten Personaldiskussion kommen heute die FDP-Landesvorsitzenden mit Genscher und Haussmann zu einer Klausur in Bonn zusammen. Allerdings sind gerade in den letzten Tagen in etlichen FDP-Gliederungen Forderungen nach Änderungen in der Führung laut geworden. Dabei wurde neben einem baldigen Rücktritt von Genscher als FDP-Chef teilweise sogar der Austausch aller von den Liberalen gestellten Minister und Staatssekretäre verlangt. Es gibt außerdem Bestrebungen, den Staatsminister und FDP-Landeschef Jürgen Möllemann, der bisher für die NRW-Landtagswahlen Spitzenkandidat ist, abzulösen.

Wenn in der nächsten Woche gegen Lambsdorff wegen der Flick-Affäre das Hauptverfahren eröffnet werden sollte und der Minister daraufhin zurücktreten würde, müßte Kohl praktisch umgehend Bundespräsident Karl Carstens einen Nachfolger zur Ernennung vorschlagen. Dieser müßte spätestens am 1. Juli seinen Amtseid vor dem Bundestag ablegen. Anderenfalls müßte das Parlament zu einer Sondersitzung aus der Sommerpause gerufen werden.

In Berlin auch Chancen für Mittelstand

Kohl sieht die Stadt auf dem besten Weg zu einem „Zentrum für Zukunftsindustrien"

DW. Berlin

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Wirtschaft zu einem noch kräftigeren Engagement in Berlin ermuntert. Die Stadt sei trotz einer überdurchschnittlich guten Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren „noch nicht über den Berg", sagte der Kanzler bei der Eröffnung der Berliner Wirtschaftskonferenz gestern im Reichstag. Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie habe trotz des stärkeren Berlin-Engagements vieler Unternehmen nicht ausgeglichen werden können. „Modernisierung und Stärkung der Wirtschaft" stünden daher weiter auf der Tagesordnung.

Zu der zweiten Berliner Wirtschaftskonferenz – das erste Treffen hatte im Dezember 1982 stattgefunden – waren auch Vertreter von Dienstleistungsunternehmen und der mittelständischen Industrie eingeladen worden. Kohl sicherte zu, daß die auf „dauerhafte und berechenbare Wachstumsbedingungen" gerichtete Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auch für Berlin gelte.

Kohl gab ferner eine „deutsch-amerikanische Initiative" bekannt, die sich dem Austausch von Fachpersonal aus Risiko-Kapital-Unternehmen zum Ziel gesetzt habe. Es gebe bereits konkrete Zusagen einer Reihe von Unternehmen, berichtete der Kanzler. Da Berlin bereits mit Risiko-Kapital und der Gründung von Technologie-Unternehmen Erfahrungen sammele, schlage er vor, den Erfahrungsaustausch in der Stadt zu koordinieren. Der Regierungschef zeigte sich davon überzeugt, daß Berlin auf dem besten Weg ist, zu einem „Zentrum für Zukunftsindustrien zu werden".

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff begrüßte die Erfolge bei der Neuansiedlung von Betrieben in Berlin, bedauerte aber zugleich, daß dieser positiven Entwicklung eine „durchaus besorgniserregende Zahl von rund 4500 Arbeitsplätzen" gegenüberstehe, „die allein durch zwei große Unternehmen in der Elektroindustrie in letzter Zeit abgebaut worden sind". Lambsdorff befürchtet, daß der Abbau von Arbeitsplätzen noch nicht zu Ende ist.

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) sagte, die erste Wirtschaftskonferenz vom Dezember 1982 habe den Trend „weg von Berlin" gestoppt und mitbewirkt, „daß wir alle zusammen – allmählich im Begriff sind, ihn umzudrehen". Diepgen zeigte sich erfreut, daß die Gewerkschaften den Kurs der Modernisierung und des Strukturwandels in Berlin unterstützten.

An der Konferenz in der alten Reichshauptstadt nahmen mehr als 200 Spitzenmanager, Unternehmer, Politiker und Gewerkschafter sowie die Bundesminister für Wirtschaft, Verkehr und Forschung teil. Ziel der Beratungen ist, „konkrete Aktionsfelder" festzulegen, mit denen die Entwicklung der Berliner Wirtschaft gezielt unterstützt werden kann. Bei der Tagung der Berlin-Beauftragten der Unternehmen Anfang Mai hatte sich herausgestellt, daß gerade mittelständische Betriebe Chancen in Berlin haben. Minister Lambsdorff bat die Beauftragten der Großunternehmen, darüber nachzudenken, ob auch in ihrem Bereich kleine und mittlere Betriebsabteilungen in Berlin errichtet werden können.

Zwangsumtausch hält Reisende ab

Allensbach-Umfrage: 61 Prozent würden sonst „öfter nach drüben" fahren

BERND HUMMEL, Eschwege

Der von der „DDR" 1980 erhöhte Zwangsumtausch hat die Bereitschaft zu Tagesaufenthalten so nachhaltig gedämpft, daß derzeit nicht einmal die Einreisezahlen der zweiten Hälfte der 70er Jahre erreicht werden. Das geht aus einer Repräsentativ-Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach hervor, die vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen veranlaßt wurde.

Wie Staatssekretär Otfried Henning dazu vor dem Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen erläuterte, sei zwar seit 1981 ein leichter Anstieg bei Tagesreisen festzustellen. Mit 310 000 Reisenden 1983 läge aber die Zahl um mehr als 25 Prozent unter der des Jahres 1979. Zudem habe nur ein Fünftel der zu Tagesaufenthalten berechtigten Bevölkerung des Zonenrandgebietes von der Möglichkeit der Tagesfahrten Gebrauch gemacht.

Die Allensbach-Untersuchung dokumentiert, daß mehr als 75 Prozent aller Tagesreisenden Verwandte oder Bekannte in der „DDR" besuchten. Touristische Gründe gaben mit 34 Prozent vor allem die Gruppe der 16- bis 29jährigen an. 62 Prozent der Reisenden nannten als Besuchsgrund, daß „die Leute in der DDR doch auf unseren Besuch warten". 57 Prozent gaben an, sie seien in die „DDR" gereist, „weil Besuche das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken". Über 60 Prozent der Besucher stellten nach ihrer Rückkehr fest, „daß man wieder weiß, wie gut es einem geht, wenn man drüben war".

Neben dem erhöhten Zwangsumtausch beeinträchtigt die Situation an den „DDR"-Grenzkontrollpunkten das Verhalten der Reisenden. 48 Prozent bezeichneten die Grenzkontrolle als „unbehaglich". 38 Prozent gaben an, sich „unsicher" und „aufgeregt" (33 Prozent) gefühlt zu haben. Beim Innerdeutschen Ministerium räumt man jedoch ein, daß im Vergleich zum Vorjahr das Verhalten der „DDR"-Kontrolleure entgegenkommender geworden sei. So empfanden nur noch 25 Prozent der Befragten die Behandlung an der Grenze im Vergleich zu ihrer Vorjahresreise als „streng". 1982 waren es noch 49 Prozent gewesen. Fast die Hälfte der Reisenden berichtete nun dagegen von „freundlicher Abfertigung".

Insgesamt bleibt der hohe Tagesumtausch bei denjenigen, die bereits in der „DDR" waren, mit 61 Prozent die Hauptursache dafür, „nicht öfter nach drüben" zu fahren.

DER KOMMENTAR

Erfreulich konkret

PETER GILLIES

Gipfelkonferenzen gelten heute schon als Erfolg, wenn sie nicht scheitern. Nicht nur vor diesem Hintergrund darf die Zweite Berliner Wirtschaftskonferenz fruchtbar genannt werden. Vom Schema erstarrter Gipfeldiplomatie wich sie in zwei wichtigen Punkten ab: Erstens werden konkrete Projekte angepackt, zweitens unterwirft sich die hochkarätige Runde einer Selbstkontrolle. Derartige Maßstäbe legt man an sonstige Gipfelkonferenzen nicht an.

In Berlin ist die nationale Herausforderung eng mit der wirtschaftlichen verzahnt. Hier geht es nicht nur um Werte, sondern auch um Wertschöpfung. Sie ist nicht mit noch mehr Subventionen zu erzielen, sondern nur mit Ideen, Innovationen und Investitionen. Da ist Berlin auf einem guten Weg.

Vor allem – und dies wurde auf der Konferenz gelobt: Die Stadt reklamiert nicht mehr weinerlich Notopfer, sondern beginnt sich auf die eigene Kraft ihres Standortvorteils zu besinnen. Der Computer-Star Nixdorf, der bedeutendste industrielle Zugewinn der Stadt nach dem Kriege, setzt auf Berlin. Große und kleine Engagements folgen, wie gestern im Reichstag dokumentiert. Dabei bilden intelligente Produkte vom Roboter bis zum Laser den Schwerpunkt. Besonders hier zeigt sich der Standort mit Gewinn und der Chance auf Arbeitsplätze von morgen: Forschung und Hochtechnologie statt schierer Massenproduktion.

Nun wäre es naiv und syndikalistisch gedacht, zweihundert Bosse könnten unter Vorsitz des Bundeskanzlers den sachlichen Beschluß fassen, 100 000 Arbeitsplätze, die verlorengingen, neu einzurichten. Der stets schmerzhafte Strukturwandel entzieht sich dieser Mechanik. Er bedarf eines ungewöhnlich langen Atems, eines Klimas von Vertrauen und neuem Gründergeist, er bedarf einfallsreicher Ingenieure, schließlich risikobereiter Unternehmer.

Diese Anstöße wurden in Berlin ausgelöst, der gestrige Gipfel verfestigte sie. Damit ist der Arbeitsmarkt freilich noch lange nicht im Lot. Die Unternehmer in Berlin wurden erfreulich konkret. Ihre Diagnose eines veränderten Klimas war eindeutig. Aufhellung schafft Weitsicht – vor allem von Gipfeln.

83,4 Prozent für ÖTV-Chefin Wulf-Mathies

gba. München

Mit einem überraschend guten Ergebnis ist die seit September 1982 amtierende ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies gestern vom Gewerkschaftstag in München wiedergewählt worden. Sie erhielt 568 der 681 gültigen Stimmen gegen 95 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen. Das 83,4-Prozent-Ergebnis war nicht erwartet worden, weil die Delegierten in der Aussprache über den Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden teilweise heftige Kritik an ihrer bisherigen Tarifpolitik geübt hatten.

Im September 1982, als sie zur Nachfolgerin des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Heinz Kluncker gewählt wurde, hatte Frau Wulf-Mathies 326 Stimmen erhalten; ihr Gegenkandidat, der damalige stellvertetende ÖTV-Vorsitzende Siegfried Merten, hatte 304 Stimmen bekommen. Gestern hatte die 42jährige Vorsitzende keinen Gegenkandidaten. Als stellvertretenden Vorsitzenden bestätigte der Gewerkschaftstag Karl Heinz Hoffmann. Er ist das einzige CDU-Mitglied im geschäftsführenden ÖTV-Hauptvorstand. Für ihn hatte sich vor der Wahl noch ein Vertreter der Arbeiterschaft in der ÖTV energisch eingesetzt. Hoffmann erhielt 366 Ja-Stimmen. Weiterer Stellvertreter wurde Franz Holländer (391 Stimmen). Nach ihrer Wahl sprach Monika Wulf-Mathies von einem „wunderbaren Ergebnis". Es zeige, daß in der ÖTV „auch wieder geschlossen gehandelt wird".

Seite 2: Das Scargill-Syndrom
Seite 4: Noch kein Durchbruch

Boehringer geht in Hamburg vor Gericht

gs. Hamburg

Die Boehringer-Niederlassung in Hamburg-Moorfleet wird auf Dauer geschlossen. Vom kommenden Montag an verhandeln Firmenleitung und Betriebsrat über einen Sozialplan für die noch 223 Mitarbeiter. Möglichkeiten für eine andere Nutzung der Produktionsanlage sieht das Werk nicht. Es soll versucht werden, die seit vielen Jahren in dem Werk Beschäftigten zunächst für die Entsorgung der Anlage weiterarbeiten zu lassen.

Anlaß für die Schließung sind nach Angabe der Konzernleitung Boehringer/Ingelheim die strengen Auflagen der Hamburger Umweltbehörde, die eine weitere Herstellung von HCH (das Pflanzenschutzmittel Lindan) ausschließen. Dabei wurden als Ursache die extrem niedrigen Grenzwerte für das Auftreten des giftigen Abfallproduktes 2,3,7,8 TCDD in der Abluft, im Abwasser und im Chemiemüll der HCH-Herstellung generell genannt. Hinzu kommt als jüngste Entwicklung die Entscheidung des Landes Hessen, seine Genehmigung für die Lagerung der alten Boehringer-Abfälle in Herfa-Neurode wieder zurückzuziehen.

Dennoch wird das Unternehmen mit rechtlichen Schritten gegen die Behörden-Maßnahmen vorgehen. Ein Prozeß vor dem Verwaltungsgericht Hamburg soll klären, ob die Maßnahmen der Umweltbehörde, die den Betrieb in Moorfleet zwar nicht verboten, wohl aber lahmlegten, juristisch bestehen können. Für ein solches Verfahren, das mehrere Instanzen durchlaufen könnte, rechnet das Unternehmen mit vier bis fünf Jahren.

Seite 8: Drama mit Vorgeschichte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ratenweise

Von Peter Dittmar

Es ist fast zwanzig Jahre her, da entschlief die „Allgemeine Zeitung" in Stuttgart. Im selben Jahr stellten auch die „Südwestrundschau" in Freiburg und die „Südpost" in München ihr Erscheinen ein. Ein Jahr später wurden das „Hamburger Abendecho" und die „Freiheit" aus Mainz zugemacht.

So ging es Jahr um Jahr. Eine Tageszeitung nach der anderen aus dem einst recht beachtlichen Pressebesitz der SPD hörte zu existieren auf, nachdem sie den Geist bereits sehr viel früher aufgegeben hatte.

Weder die „VZ Kieler Morgenpost" noch der „Lübecker Morgen" überlebten. Die „Freie Presse", Bielefeld, und die „Fränkische Presse" fusionierten mit anderen – parteifernen – Blättern. Die „Hannoversche Rundschau" tat sich 1971 mit der ebenfalls parteieigenen „Hannoverschen Presse" zusammen, aber auch das war nur eine Beerdigung auf Raten.

Nicht anders erging es der „Westfälischen Rundschau" in Dortmund, der „NRZ", Essen, und – als letzter – der „Hamburger Morgenpost". Sie wurden verkauft.

Insgesamt 23 Tageszeitungen kommen so zusammen, die seit 1965 eingestellt oder verkauft wurden. Der Fachdienst „medien-telegramm" hat sie jetzt einmal kommentarlos aufgelistet.

Wohl um die Kompetenz jener Mannen gebührend zu unterstreichen, die so schöne Worte über die „innere" und „äußere Pluralität" der publizistischen Medien zu formulieren wissen, weil sie damit zu beweisen trachten, daß sie allein wüßten, wie eine freie Presse zu gestalten sei.

Es war der Pole Stanislaw Jercy Lec, der – obwohl er weder das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem noch die SPD-Medienpolitik kannte – einmal schrieb: „Immer wird es Eskimos geben, die den Eingeborenen von Belgisch-Kongo Verhaltensmaßregeln für die Zeit der großen Hitze geben."

Letzter Versuch

Von Heinz Heck

Beim Dauerthema Steuerreform stand die Bonner Koalitionsspitze gestern abend unter Einigungszwang. Die vierte Runde mußte das Ergebnis bringen, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, daß ein respektables Vorhaben vollends zerredet und damit politisch entwertet wird. Wenn Entscheidungsschwäche erst Überdruß in der Bevölkerung erzeugt hat, bestimmt nämlich nur noch der politische Gegner die Diskussion über das letztlich erzielte Ergebnis.

Dabei hat diese Regierung nicht die geringste Veranlassung, sich mit der geplanten Entlastung der Steuerzahler zu verstekken. Läßt man die vier Operationen seit 1970 mit Nettoentlastungen zwischen vier und acht Milliarden Mark Revue passieren, so kann man sich mit über zehn Milliarden Mark durchaus sehen lassen, und das Kanzlerwort von der „größten Reform" *in der Geschichte der Bundesrepublik hat seine Berechtigung.*

Nimmt man die Haushaltspolitik hinzu, so wird Stoltenbergs – erfolgreiches – Bemühen um die schrittweise Wiederherstellung des Vertrauens in die Solidität der Staatsfinanzen deutlich. Der am 3. Juli zu verabschiedende Etatentwurf für 1985 liegt mit der bescheidenen Steigerungsrate der öffentlichen Ausgaben von nur 1,5 Prozent ganz auf der Linie, den Staatsanteil von seiner unerträglichen Höhe in der Größenordnung um 50 Prozent allmählich zurückzunehmen. Professor Olaf Sievert, Vorsitzender des Rats der Fünf Weisen, hat den bisherigen Konsolidierungserfolg daher zu Recht als „schlechthin spektakulär" bezeichnet.

Doch, so hat er hinzugefügt, „Solidität ist nicht alles". Der Steuerzahler *bekommt* den *unerträglichen Zugriff des Staates* am deutlichsten in der Lohntüte zu spüren, also bei der Lohn- und Einkommensteuer. Gerade die Grenzsteuerbelastung, also die Besteuerung jeder Einkommenssteigerung, hemmt die Leistungsbereitschaft, da der Löwenanteil des Mehrverdienstes in den Fängen des Finanzamts und der Sozialversicherung hängen bleibt, wie eindrucksvolle Beispiele belegen.

An die jetzige Reform müssen auch schon deshalb höhere Anforderungen gestellt werden, weil der zeitliche Abstand zur *letzten Korrektur* wird *größer ist (fünf Jahre) als zuvor* (jeweils zwei Jahre) und weil die heute Regierenden aus der Opposition heraus diese Maßstäbe selbst gesetzt haben.

Gedankenverbrechen

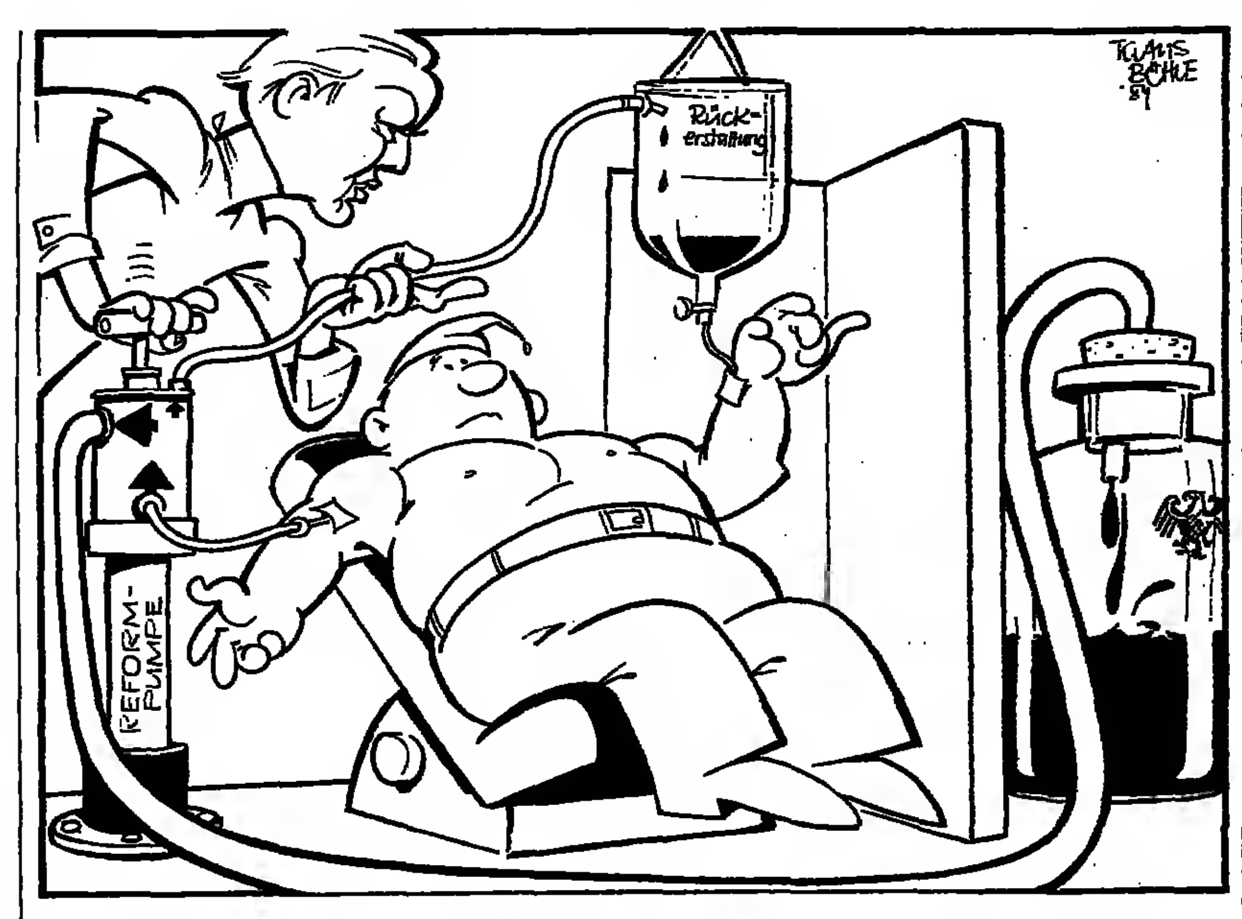
Von Carl Gustaf Ströhm

In Jugoslawien sind vier politische Häftlinge in den Hungerstreik getreten. Es handelt sich um den Universitätsdozenten Seselj, den Rundfunkreporter Nikolic, den Universitätsassistenten Mijanovic und den Übersetzer Imsirovic. Alle vier Männer wurden verhaftet, nachdem sie an einem Diskussionsabend in einer Privatwohnung mit dem Regimekritiker Milovan Djilas teilgenommen hatten.

Nun haben nicht nur 230 führende jugoslawische Intellektuelle, Schriftsteller, Regisseure, Schauspieler und Professoren deren Freilassung gefordert und betont, die Verdächtigten hätten keinerlei Gewalt und Umsturz geplant, sondern friedlich und akademisch diskutiert. Zugleich haben 94 weitere Belgrader Intellektuelle die jugoslawische Regierung aufgefordert, sie gleichfalls zu verhaften – denn die hätten sich des gleichen „Verbrechens" schuldig gemacht: auch sie hätten an den Diskussionsabenden der „Fliegenden Universität" teilgenommen.

Die jugoslawischen Polizei- und Justizbehörden werden sich schwertun, eine hieb- und stichfeste Anklage gegen die Teilnehmer dieser Diskussionen zustande zu bringen, es sei denn, man spezialisiert sich auf das Konstruieren eines „Gedankenverbrechens" à la George Orwell. Die Erklärung, der Dozent Seselj sei ein Staatsverbrecher, weil er einen Vorschlag zur Änderung der Verfassung ausgearbeitet habe, klingt wenig überzeugend. Die jugoslawische Verfassung ist seit 1945 immer wieder geändert worden – und wenn alle jene, die Änderungsvorschläge gemacht haben, eingesperrt werden sollten, müßten sich die Gefängnisse nicht zuletzt mit führenden Kommunisten füllen. Im übrigen garantiert die jugoslawische Verfassung das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Gemäßigte Kräfte in der jugoslawischen Führung haben längst eingesehen, daß die Aktion gegen die Intellektuellen ein schwerer Fehler war. Indem man wild um sich schlägt und Sündenböcke innerhalb und außerhalb des Landes sucht, indem man nach „Provokateuren" und „Feinden" fahndet, löst man kein einziges der schweren Probleme, vor denen Jugoslawien heute steht. Den Machthabern in Belgrad möchte man das altbekannte und stets gültige Schiller-Wort zurufen: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!"



Der eine von der Tankstelle ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Scargill-Syndrom

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Was will sie nun sein: die Jeanne d'Arc der gewerkschaftlichen Solidarität oder eine Guerrilla-Chefin des Streik-Dschungelkrieges? Die Rede ist von Monika Wulf-Mathies, Nachfolgerin von Heinz Kluncker im Vorsitz der DGB-Gewerkschaft ÖTV. Wahrscheinlich will sie eine Mischung aus beidem sein. Auf *dem ÖTV-Kongreß in München* lieferte sie einen Diskussionsbeitrag, der enthüllende Einblicke in das gab, was zur Zeit in den Hinterköpfen von Gewerkschaftsführern vor sich geht.

Die Generalaussage dieser Rede war das Jeanne d'Arc-Motiv: Mobilisieren, mobilisieren, mobilisieren, um die Wende zu erzwingen im *Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche* bei vollem Lohnausgleich. Die den Kampf entscheidende Waffe soll der Streik nach Guerilla-Manier sein – Zitat: „Kurz aufflackern, wieder weg, kurz aufflackern, wieder weg". Frau Wulf-Mathies als gelehrige Elevin des Guevara-aus-dem-Busch-Strategen Detlev Hensche von der IG Druck *und Papier.*

Und das alles unbekümmert der Erfahrungen, die gerade die IG Druck und Papier wie auch die IG Metall einsammeln? Im Streik der Drucker hat die Gewerkschaft – so auch die Arbeitgeber – den Friedensstifter Biedenkopf gebeten, einen vermittelnden Lösungsvorschlag auf den Tisch zu legen. Und *im Streik der Metaller hat sich die* Gewerkschaft mit Georg Leber einen Schlichter ausgesucht, hinter dessen Statur sie Schutz zu finden hofft, wenn es darum gehen wird, den aufgeputschten Streikern klar zu machen, daß am Ende dieses Arbeitskampfes nichts unter dem Strich stehen kann, was den Aufwand an Muskelprotzerei und Opfern im Nachhinein rechtfertigen könnte. Quintessenz dieses höchst überflüssigen Lehrstücks: Beide Gewerkschaften haben das Gesetz des Handelns an einen Nothelfer abgegeben, sie stehen mit dem Rücken an der Wand.

Was also ist die Strategie des DGB: Soll, weil die IG Druck und Papier sowie die IG Metall ihre Wunden lecken müssen, im Herbst die ÖTV auf dem Schlachtfeld erscheinen – „kurz aufflackern, wieder weg, kurz aufflackern, wieder weg"? Will der DGB seine kampferprobten Armeen eine nach der anderen *in einen Zermürbungskrieg* gegen die Arbeitgeber schikken? Das wäre ein ganz und gar nicht mehr zu verstehender Aufwand, ginge es nur um den *Einstieg in die 35-Stunden-Woche.* Oder ist der DGB nur zu feige, um klipp und klar auszusprechen, was in England der Bergarbeiterführer Arthur Scargill mit großer *Selbstverständlichkeit bekennt: daß* er die Regierung in die Knie zwingen will?

Der Eifer, mit dem Frau Wulf-Mathies zum Streik mobilmacht, verrät, daß die Regierung Kohl das wirkliche Angriffsziel ist. Wie in der IG Druck und Papier und wie auch in der IG Metall kommt der geballte Kampfeswille nicht von unten, sondern wird der Basis von der Führung eingebläut. Es habe keinen Sinn, so zu tun, als wolle man nur darauf warten, loszuschlagen, gestand der ÖTV-Chefin auf ihrem Gewerkschaftstag: „Da haben wir zunächst zur Überzeugung der Mitglieder, dann zur Mobilisierung und schließlich zur Durchsetzung noch Erhebliches zu tun". Im Klartext: Die Gewerkschaftsmitglieder wollen ga nicht, aber die Frau Wulf-Mathies will! Warum? Die Antwort ist schon gegeben.

Kanzler Kohl sieht das gelassen, und er hat recht. Denn keine Gewerkschaft ist weniger geeignet, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu streiken, als die ÖTV. Als erstes: Wie will die ÖTV den *Bürgern klar machen,* daß der Müll sich vor der Haustür stapelt, der Linienbus nicht fährt, das Wasser nicht aus dem Hahn läuft, weil die Angestellten des *öffentlichen* Dienstes und möglichst auch die Beamten bei vollen Bezügen fünf Stunden weniger in der Woche arbeiten sollen, damit die so ungeleistet bleibende Arbeit auf *neue Planstellen verteilt werden* kann, die sie, die vom Streik geschädigten Bürger, als Steuerzahler oder Gebührenbezahler finanzieren müssen? Als zweites: Wo ist *denn hier die Unternehmerwillkür,* wenn die Gemeinden, die Länder und der Bund die Tarifpartner sind, deren Repräsentanten ja von den Bürgern gewählt sind?

Langsam müssen die „Falken" in einigen DGB-Gewerkschaften sich die Frage beantworten, wo das hinführen soll. Die *Arbeiterschlacht* von *Orgreave* in *Großbritannien* muß die Besonnenen auf den Plan rufen. Soll es auch bei uns dahin kommen, daß Arbeitnehmer gegen Arbeitnehmer aufstehen? In England streiten Bergarbeiter gegen Bergarbeiter, und Stahlarbeiter, deren Arbeitsplätze der Streik der Kumpel gefährdet, schwingen wütend die Fäuste gegen die Bergarbeiter. So geht *die Solidarität zuschanden.* Schuld sind Gewerkschaftsführer. Auch bei uns bildet sich das Syndrom heraus; denn die wirklich Leidtragenden des *Arbeitskampfes sind ja nicht jene,* die Unterstützung aus der Streikkasse beziehen, sondern diejenigen Kollegen, die keinen Pfennig bekommen, weil ihre Betriebe als Folge *des Streiks schließen mußten.*



Wulf-Mathies macht mobil FOTO: DPA

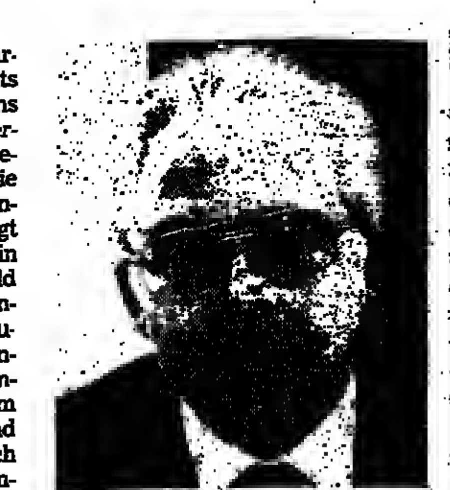
Oberflächlich betrachtet sieht es so aus, als ginge es unserem Land wirtschaftlich so gut, daß wir uns die Tollheit dieser Streiks noch ein Weilchen leisten könnten. Wer genauer hinsieht, entdeckt dieses: Im Raum Stuttgart sind die Reisebuchungen um bis zu 50 Prozent zurückgegangen. Urlaub auf dem Balkon? In Baden-Württemberg klagt der Handel über einen Rückgang des Umsatzes um 5 bis 15 Prozent. Ist Schmalhans Küchenmeister? Bundesbank-Präsident Pöhl, ein objektiver Zeuge, warnt, der andauernde Tarifkonflikt bremse die Wachstumschancen in der Wirtschaft. Wie lange können wir uns das noch leisten?

IM GESPRÄCH Hans Neusel

Aber der Hans, der kann's

Von Manfred Schell

Mit Bundespräsident Karl Carstens wird Ende dieses Monats auch dessen Staatssekretär Hans Neusel die Villa Hammerschmidt verlassen. Neusel geht auf die „Reservebank", wie er freimütig sagte. Die Frage, für wie lange, bleibt vorerst unbeantwortet. Neusel selbst schweigt beharrlich. Aber in Bonn ist es kein Geheimnis mehr, daß Neusel alsbald wieder als Staatssekretär in einer anderen wichtigen Funktion „auftauchen" wird. Es ist die Rede vom *Bundesinnenministerium.* Friedrich Zimmermann schätzt Neusel seit langem als einen hochqualifizierten und überaus loyalen Mann. Nach WELT-Informationen hat der Bundesinnenminister schon während der jetzt auslaufenden Amtszeit des Staatsoberhauptes Neusel entsprechende Angebote unterbreitet, aber dieser wollte bei Carstens bleiben. Neusel könnte im nächsten Jahr im Bundesinnenministerium Nachfolger für Siegfried Fröhlich werden, der aus Altersgründen ausscheidet. Fröhlich hat seit Höcherls Zeiten den Bundesregierungen gedient.



Loyal und diskret: Staatssekretär Hans Neusel FOTO: JUPP DARCHINGER

So mancher hat sich in den letzten Wochen darüber gewundert, daß der kommende Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit Klaus Blech, dem Botschafter in Tokio, einen neuen Staatssekretär berufen will. Neusel hätte dem Staatsoberhaupt zumindest in der Übergangszeit wertvolle Hilfe sein können. Er kennt und beherrscht den Apparat, er weiß um das Geflecht der Informationsstränge ins Lager der Bundesregierung und der Opposition hinein. Davon abgesehen ist ein mit 56 Jahren noch so junger und vitaler Mann wie Neusel zu schade für ein Verweilen in der Warteposition. Immerhin kostet die Versetzung des CDU-Mannes in den „einstweiligen Ruhestand" den Steuerzahler auch Geld.

Männer vom Zuschnitt Neusels hat diese Bundesregierung nicht allzu viele. Schon als enger Mitarbeiter des früheren Kanzlers Kurt Georg Kiesinger hat sich Neusel als loyaler und geräuschlos schaltender Helfer im Hintergrund einen Namen gemacht. Später wurde er Bürochef des *Oppositionsführers Karl Carstens,* und er folgte ihm, als dieser nach der Wahl 1976 Bundestagspräsident wurde. Es ist nicht übertrieben zu sagen, Neusel hat wesentlich dazu beigetragen, daß Carstens 1979 mit Erfolg für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte. Heute spricht niemand mehr darüber, aber daß Carstens die damaligen Auseinandersetzungen in Ruhe und Noblesse durchstand, wird Neusels Engagement und Rat zugeschrieben. Später, als Chef des Bundespräsidialamtes, saß der CDU-Mann am Kabinettstisch von Helmut Schmidt. Auch der SPD-Kanzler hat nie Klage über Neusel geführt. Die Bundesregierung kann es sich nicht leisten, einen exzellenten Mann einfach gehen zu lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

TRIBUNE de LAUSANNE

Bundeskanzler Kohl sieht, so das Blatt, den aktuellen Problemen recht einsam gegenüber:

Sechs Wochen dauert der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche in der Bundesrepublik schon an. Er versandet in immer gefährlicherer Weise, und Helmut Kohl sieht sich gezwungen, eher gegen eine Ausweitung des Konflikts anzukämpfen, als auf seine Beilegung zu hoffen. Konsequent mit sich selbst unterstützt der Kanzler die Unternehmer, denn er ist davon überzeugt, daß der Impuls zum Wiederaufschwung und damit zum Rückgang der Arbeitslosigkeit nur von ihnen ausgehen kann. Eines Tages wird er jedoch den Stier bei den Hörnern packen müssen: Auf lange Sicht kommt die Ausspernung einer Vogel-Strauß-Politik gleich. Die Geschichte zeigt, daß in der Bundesrepublik Deutschland dem Konsens der Vorzug gegenüber der Konfrontation gegeben wird. Nach dem Motto, daß ein Unglück selten allein kommt, ist die Regierungskoalition ebenfalls *stark angeschlagen. Bei den* Europawahlen hat die FDP ins Gras gebissen. Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat in der Vergangenheit sein Mäntelchen zu oft nach dem Wind gehängt, um letztlich nicht eine Ohrfeige versetzt zu bekommen. Sein Kollege Lambsdorff hat durch die Annahme von Spenden des Flick-Konzerns das Ansehen der Regierung beschmutzt. *In dieser* Umgebung von drittrangigen politischen Intriganten muß Kohl sich recht einsam fühlen.

THE NEW YORK TIMES

Das Blatt befaßt sich mit dem geringen Interesse an der Europawahl:

Europa leidet unter einer wirtschaftlichen Rezession, und die Wähler mögen das nicht so sehr ... und Europa als eine politische Idee liegt in den letzten Zügen. Die Wähler können nicht über ein „Parlament" in *Erregung* versetzt *werden,* dessen Mitglieder nur am Rande über Butterzuschüsse und andere Zollstreitigkeiten entscheiden ... Das Europäische Parlament ist ein Rudiment des *Traums von einer politischen Union.* Es hat einige Funktionen zur Überprüfung des Haushalts und gibt einige Erklärungen zur Außenpolitik ab. Aber anstatt sich zu einer supranationalen Körperschaft *hin* zu entwikkeln, ist es dem Wesen nach ein Spiegel engherziger Politik von zehn Nationen.

LE SOIR

Zu den von der „Bild"-Zeitung veröffentlichten Fotos des Ehepaars Sacharow und dem Moskau-Besuch Mitterrands schreibt die belgische Zeitung:

Der Zweck dieser Fotos liegt auf der Hand: Der Kreml hat beschlossen, die schwere und erniedrigende Hypothek, die auf der Reise des französischen Präsidenten lastet, zu *erleichtern, ohne deshalb* jedoch irgendwelche Zugeständnisse bezüglich der grundlegenden Aspekte der tragischen Situation des Friedensnobelpreisträgers und seiner Frau zu machen. Man kann Mitterrand glauben, wenn er versichert, daß er in Moskau ebenso nachdrücklich wie woanders zur Frage der Menschenrechte und zum Fall Sacharow Stellung *nehmen* wird. Doch alles hängt von der Wahl des Termins einer solchen Reise ab. Kann Mitterrand nach Moskau fahren, während man nichts über das Schicksal Sacharows weiß? *Verschafft er Tschernenko damit eine* unverdiente Genugtuung? Genügen zwei Fotos in einer Zeitung, um sicherzustellen, daß der Kreml nicht als einziger Nutzen aus dieser Reise in das Land des GuLag zieht?

Bonns Namibia-Politik: starrsinnig und töricht

Im südlichen Afrika sind die Fronten in Bewegung geraten / Von Manfred Neuber

Die Friedensabkommen Südafrikas mit einigen schwarzen „Frontstaaten" haben die machtpolitische Konstellation im südlichen Afrika so sehr verändert, daß die Prämissen der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias überholt erscheinen. Wird Bonn zu dieser Einsicht gelangen und aus seiner besonderen Verantwortung heraus für die deutschsprachige Bevölkerung in Südwest neue Initiativen ergreifen? Mit der wiederholten Deklamation, die Resolution 435 des Weltsicherheitsrates bleibe ausschließliche Grundlage einer Namibia-Lösung, kann nichts bewegt werden. Was das Junktim zwischen dem Abzug der Kubaner aus Angola vor der Unabhängigkeit Namibias angeht, das Pretoria und Washington herstellten, so agieren die Südafrikaner in jüngster Zeit weitaus flexibler als die Amerikaner. Ihnen genügte bereits ein fester Zeitplan für den Abzug, während die USA bisspätestens zum Wahltag im November auf dem außenpolitischen Erfolg eines Vollzugs bestehen.

Die gröbste Fehlleistung der Weltorganisation, die Anerkennung der „Befreiungsorganisation" Swapo als „einzige und authentische Vertretung des namibischen Volkes", wurde auf eklatante Weise offenkundig, als kürzlich in Lusaka die Abgesandten aller politischen Kräfte aus Südwestafrika zusammenkamen. Swapo-Chef Sam Nujoma saß dort mit eben jenen Volksvertretern aus Windhuk an einem Tisch, die es nach UNO-Urteil nicht gibt.

An ungeschickter Verhandlungsführung des Gastgebers Kenneth Kaunda und am Einspruch des Sowjet-Botschafters in letzter Minute soll es gelegen haben, daß sich die Swapo mit den demokratischen Politikern noch nicht über *Fortschritte zur Unabhängigkeit* verständigen konnte. Keine Frage: Nujoma hat an Statur verloren. Südafrikas Abmachungen mit Angola haben die Swapo militärisch gelähmt, und immer mehr gemäßigte Präsidenten Schwarzafrikas setzen ihn unter Druck, bei Verhandlungen einzulenken.

Im selben Maße, wie der Alleinvertretungsanspruch Sam Nujomas schwindet, gewinnt die namibische Viel-Parteien-Konferenz an internationalem Gewicht. Ihre Vertreter wurden in mehreren westafrikanischen Staaten empfangen und von US-Außenminister George Shultz gehört – sogar UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar konnte nicht umhin, zu versichern, daß sich niemand den Gesprächen unter den Konfliktparteien in den Weg stellen wolle.

Bisherige Versuche Südafrikas, in Namibia eine interne Lösung unter Ausschluß der Swapo zustandezubringen, dürften als aussichtslos ad acta gelegt sein. Sie hätte im *Lande selbst keine tragfähige Basis* gefunden und sie wäre draußen nie anerkannt worden. Worum es Pretoria aber geht, das sind haltbare Vorkehrungen für den Schutz der Minderheiten nach einer Unabhängigkeit unter Swapo-Führung. Gemäß Resolution 435 soll die Verfassung für ein selbständiges Namibia nach der Unabhängigkeit von der neu zu wählenden Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeitet werden. Zu Recht verweist Südafrika auf Simbabwe, wo die Verfassung vorher festgelegt wurde. Das könnte unter UNO-Aufsicht und unter Beteiligung aller Parteien geschehen und sollte sicherstellen, daß nicht die Swapo nach einem Wahlsieg die Verfassung nach ihrem Gutdünken schneidern kann.

Eine Übereinkunft zwischen der Swapo und den anderen Parteien über den Weg in die Unabhängigkeit voraussetzt und fremde Einmischung ausgeschlossen, entfiele auch die Notwendigkeit, entsprechend der Namibia-Entschließung der Vereinten Nationen ein 7500 Mann starkes UNO-Kontingent zur Überwachung der Wahlen nach Südwest zu schicken. Dieser Plan war in Windhuk zu keiner Zeit populär, weil die Zweifel an der Unparteilichkeit der UNO groß sind.

Eine eindeutige, koordinierte Namibia-Politik scheint Pretoria indes abhanden gekommen zu sein. Was die Regierung an Festigkeit und Konzessionsbereitschaft zugleich offeriert, geht dem südafrikanischen Generaladministrator in Windhuk nicht weit genug, wird aber vom militärischen Sicherheitsapparat schon als gefährliche Aufweichung konterkariert (wie die vorübergehende Festnahme namibischer Politiker während Bothas Europa-Reise zeigte). Es gibt indes keinen vernünftigen Grund, an der Versicherung Südafrikas zu zweifeln, es wolle einen geordneten Übergang in die Unabhängigkeit sicherstellen und ein lebensfähiges Namibia gewährleisten. Für diese Aufgabe wird Hilfe jetzt benötigt. Das Auswärtige Amt beharrt auf der Ablehnung jeglicher Unterstützung für Namibia vor der Unabhängigkeit. Das ist eine Fehlbeurteilung.

Bilanz des Streiks: 200 000 Autos wurden nicht gebaut

Die deutsche Automobilindustrie hat durch den Streik der Metallarbeiter *eine komplette* Monatsproduktion verloren. Das bedeutet einen Umsatzausfall von 16,5 Milliarden Mark. Dazu kommt, daß eine Reihe von neuen Modellen nicht wie geplant auf den Markt kommen kann.

Von HEINZ HORRMANN

Die zuversichtlich beschwingte Stimmung ist erst einmal hin. Zukunftssorgen haben in der deutschen Automobilindustrie den Stolz über den erfreulichen Aufschwung verdrängt.

Dienstag vormittag in der BMW-Zentrale: Die Herren im Managergrau und Dunkelblau sehen durchs Fenster im 22. Stock auf den leeren Werkshof. Auf die gespenstisch ruhigen Hallen, die förmlich nach Arbeit schreien, in denen aber die Bänder stehen.

Dabei ist es gerade fünf Wochen her, daß der Unternehmenslenker Eberhard von Kuenheim (der vor wenigen Tagen zum Präsidenten des Internationalen Konstrukteurs-Komitee gekürt wurde) ein neues Rekordergebnis der weiß-blauen Nobelmarke verkündet hatte: 420 994 Fahrzeuge waren im letzten Jahr verkauft worden. 1984 sollte diese Höchstmarke noch einmal übertroffen werden. Doch dann wurde der Höhenflug hier wie überall in der deutschen Automobilindustrie abrupt gestoppt. Positive Prognosen und Hoffnungen zerliefen bei der Hitzigkeit und Härte der tariflichen Auseinandersetzungen wie Butter in der Sonne.

Indirekt vom Metallstreik betroffen, kalkuliert BMW 1,4 Milliarden Verlust. Bis Ende nächster Woche werden 50 000 fest verplante Autos ungebaut bleiben.

Bis heute beklagen die inländischen Fahrzeughersteller, von denen direkt oder indirekt jeder siebte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik abhängt, ein Produktionsminus von rund 200 000 Einheiten.

Die Bilder gleichen sich in allen Unternehmen. Wie die Vorstandsherren in München registriert auch VW-Chef Carl H. Hahn von seiner Einsatzzentrale im 13. Stock, hoch über den Hallen, Grabesstille; selbst mittags um zwei, wenn normalerweise zum zweiten Schichtwechsel Zigtausende über die Werkshöfe strömen.

Täglich 130 Millionen Mark Umsatzausfall schlagen hier in Wolfsburg zu Buche. „Nach zwei schlechten Jahren sind wir erstmals wieder in der Gewinnzone", sagt Unternehmenssprecher Anton Konrad, „und dann wird der Aufschwung so gestoppt. Es ist schmerzlich zu sehen, wie das Geld förmlich wegläuft. Kaum einer in der Firma hat Verständnis dafür, weil das ursprüngliche Ziel, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, sowieso nicht erreicht werden wird."

Vom 4. bis zum 15. Juni wurden in den sechs VW-Werken in Deutschland und in der Produktionsstätte Brüssel 28 000 Golf/Jetta, 4500 Polo/Derby, 6500 Passat/Santana, 6000 LNF und 1000 Audi 80 nicht gebaut. Hier wie anderswo fehlen vor allem elektronische Teile, Kolben, Lenksysteme, Lichtmaschinen und Kühler. Ersatzlieferungen aus dem Ausland sind so kurzfristig kaum möglich. Und wenn, dann in unbedeutend geringem Umfang.

Ebenso schwarz ist die Bilanz bei Opel: 22 900 Kadett, 20 250 Ascona, 1930 Manta, 10 600 Rekord und 1920 Senator/Monza rollten nicht aus der Endmontage. Hinzu kam hier noch der Ausfall von rund 23 000 Fahrzeugen, die in Form von Bausatz-Einzelteilen an ausländische Montagestätten geliefert worden wären. Pro Streiktag kommen weitere 4000 *Ausfall-Einheiten hinzu.*

Bei Opel fehlen im wesentlichen Teile aus dem seit vier Wochen bestreikten Werk Rüsselsheim. Hier werden für die Bochumer Werke Motoren, Seitenwände, Dächer und Achsen produziert. Weil die Werkzeugherstellung zu aufwendig und zeitraubend ist, können diese Teile nicht von ausländischen Zulieferern beschafft werden.

Vorstandsmitglied Hans-Wilhelm Gäb ist bestürzt: „Ausgerechnet jetzt, wo sich Opel am Beginn des größten Investitionsprogramms seiner Geschichte (bis 1988 7,4 Milliarden Mark) befindet, passiert das. Auswirkungen auf dieses Programm sind nicht auszuschließen."

Daimler Benz, auf den Exportmärkten die Verkörperung des Markenzeichens „Made in Germany", stoppte als erster Hersteller am 17. Mai die Montagebänder. Durch die mittelbaren und unmittelbaren Folgen des Streiks konnten 45 000 Personen- und 11 400 Nutzfahrzeuge nicht gebaut werden. Ein Verlust nahe der Zwei-Milliarden-Grenze.

Bei Daimler Benz ist die Frage der fehlenden Zulieferteile überholt, da einige Werke durch den Arbeitskampf unmittelbar (Abwehr und Aussperrung) betroffen sind. Dadurch ist die Arbeitsteilung zwischen den elf *inländischen Produktionsstätten*, die sich gegenseitig mit Aggregaten und Teilen beliefern, unterbrochen. Auf die Folgen für die Zukunft angesprochen, sagt Firmensprecher Bernd Gottschalk: „Wir haben alles getan, um Schäden im zukünftigen Produktionsablauf zu vermeiden. Dies ist ja auch der Sinn des Notdienstes, der sehr umsichtig vorbereitet wurde. Wir hoffen immer noch, zeitliche Verzögerungen bei geplanten Neuanläufen vermeiden zu können, allerdings wächst das Risiko solcher Verzögerungen mit jedem Streiktag."



Kampf für die 35-Stunden-Woche: Wie bei VW stehen in allen deutschen Autofirmen halbfertige Autos auf dem Fließband FOTO: WOLFGANG WEIHS/DPA

Bei Porsche, der Sportwagen-Edelschmiede, stehen die Bänder seit dem 22. Mai still. Täglich können 130 Vierzylinder (924, 944), 58 911er und 23 928S nicht ausgeliefert werden. Unabhängig von Streik und Aus*sperrmaßnahmen fehlen auch* bei Porsche u. a. elektronische Teile und Kolben. Für diese spezialisierte Sportwagenfirma ist es überhaupt nicht möglich, Ersatzlieferungen für fehlende Teile aus dem Ausland zu beziehen.

Unternehmenssprecher Uwe Brodbeck denkt mit Sorgen an die Zeit nach Streikende. „Sicherlich sind Schäden im zukünftigen Produktionsablauf zu erwarten. Da bei Porsche auch vor Streikbeginn die Fließbänder auf Hochtouren liefen, kann nach Ende des Streiks kaum ein Auto wieder aufgeholt werden. Die Präsentation des neuen Porsche 944 Turbo im Juli muß wegen des Streiks auf unbestimmte Zeit verschoben werden, das Modelljahr 1985 kann erst mit erheblicher Verspätung vom Band laufen."

Die Verschiebung von Modellpräsentationen und Verkaufsstarts neuer Autos gehört zu den schmerzlichsten Randerscheinungen des Arbeitkampfes, über die aber in der Öffentlichkeit am wenigsten geredet wird.

Sieben Jahre braucht in der Regel ein neu konzipiertes Modell, um se*rienreif zu werden. Eine lange Durst*strecke, die Millionen Entwicklungskosten verschlingt. Wenn der Neuling dann am Tag X nicht auf den Markt kommt und der eingerechnete Verkaufsschub ausbleibt, sind finanzielle Engpässe leicht möglich. Bei VW ist die Vorstellung des Allrad-Passats im Herbst gefährdet, Opel sieht den Termin für den neuen Kadett, das wichtigste Auto der Palette, platzen. Bei BMW sollte eine stärkere Variante der 5er-Serie vorgestellt werden. Auch das wird zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht möglich sein.

Bisher am glimpflichsten davongekommen ist Ford in Köln. Wo die Produktion gestoppt werden mußte, hat man sich kurzfristig mit bezahltem Betriebsurlaub, einer vorgezogenen Betriebsversammlung und sonstigen Sondervereinbarungen über die Runden gerettet. Der Fiesta konnte bisher nach Plan gebaut werden, und nur Granada und Taunus laufen zur Zeit nicht vom Band, Modelle, die sich sowieso schlechter verkaufen.

Bei Ford in Köln ist die Stimmung auch darum positiv, weil der Betriebsrat die Sorge um das Wohl der Werksmitarbeiter in der Priorität höher setzt als soldatischen Gehorsam gegenüber der Gewerkschaft. In der gemeinsamen Abstimmung zwischen den Arbeitnehmervertretern und dem Ford-Vorstand wurde beispielsweise erreicht, daß die Mitarbeiter, die durch Arbeitspausen betroffen sind und einen Lohnausfall zu beklagen haben, diese Abzüge erst nach ihrem Urlaub verrechnet bekommen. Sie können also wie geplant in die *Werksferien gehen.*

Zu allen Verlusten und Ärger kommt die für alle Hersteller abträgliche Kaufzurückhaltung auf dem Inlandsmarkt. Mit jedem Streiktag wird die Verunsicherung größer. Hier wird im Privatbereich spürbar, wie der Aufschwung abgewürgt wird.

Anton Konrad von VW sieht die Gefahr, daß Kunden, die ihren Gebrauchtwagen bereits verkauft haben und nun auf das neue Auto angewiesen sind oder aber vor einer festgelegten Urlaubsreise stehen, zu ausländischen Mitbewerbern ohne Lieferfristen überschwenken. So reagieren Händler ausländischer Konkurrenzfabrikate forsch.

In der „Süddeutschen Zeitung" stand die Anzeige: „35 rote Streikbrecher!" *Ein Händler bot 35 Alfa Romeo* 33 in der feuerroten Rennlackierung an und köderte mit dem Zusatz: „Damit Sie das Thema Lieferfrist kurzerhand vergessen." Mit 16 990 Mark liegt dieser Typ im Bereich der von deutschen Marken beherrschten Kompakt- und Mittelklasse. Ein Toyota-Händler wirbt in Köln mit der Anzeige: „Ganz egal, ob Kleinstwagen oder reinrassiges Sportauto, es gibt keine Fahrzeugklasse, in der wir nicht ein ideales Modell anbieten können. Warten Sie nicht, steigen Sie um!"

Ganz unberührt bleiben freilich auch die ausländischen Hersteller vom deutschen Metallerstreik nicht. So gerieten bereits die schwedischen Unternehmen Saab, Volvo und Scania, die englischen Firmen Leyland und Vauxhall und der italienische Fiat-Konzern in Nachschub-Nöte. Einspritzpumpen von Bosch, Kolben von Mahle und Lenksysteme von ZF bleiben aus.

Eine Möglichkeit, den Weg aus der Misere zu finden, wurde in England vorexerziert: engagiertere Arbeit statt mehr Freizeit. Bei Jaguar stimmte lange Zeit die Qualität nicht. Von Streiks immer wieder gebeutelt und von internen Querelen gestört, entwickelte sich die reinste Pannenproduktion. Kunden beklagten Fehler über Fehler.

Da entschloß sich Firmenchef John Leopold Egan zum totalen Schnitt. Die Zahl der Planstellen wurde von 10 500 auf 7200 heruntergefahren und die verbleibenden Mitarbeiter auf die Traditionsfirma eingeschworen. Weil alle mitzogen, konnte die Produktion um 60 Prozent gesteigert werden. Es war ein Erfolg für alle: Höhere Stückzahlen verbesserten die Bilanz, mit sauberer Qualität wurden verlorene Kunden zurückgewonnen und zufriedengestellt. Und für die Mitarbeiter zahlte sich der besondere Einsatz finanziell aus.

Eine Frau bringt Nürnberg den Beamten auf Zeit

Mit der Gewerkschaftsfunktionärin Ursula Engelen-Kefer wird nicht nur zum ersten Mal eine Frau Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit. Die Stelle wird auch erstmals mit *einer Beamtin „auf Zeit"* besetzt. Wird der nächste Präsident ein „politischer" Beamter sein statt auf Lebenszeit bestellt?

Von GISELA REINERS

Die Schlacht ist geschlagen – die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat wieder eine komplette Führungsspitze. Die Gewerkschaftsfunktionärin Ursula Engelen-Kefer hat alle Hürden genommen und kann ihr neues Amt als Vizepräsidentin am 15. August antreten.

Ganz fahrplanmäßig hatte am 2. April dieses Jahres der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Heinrich Franke (CDU) seinen Posten als Präsident übernommen. Er folgte auf Josef Stingl (CSU), der nach Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren entsprechend den beamtenrechtlichen Vorschriften in den Ruhestand getreten war.

Franke sah sich eine Weile allein auf der Führungsetage im Hochhaus an Nürnbergs Regensburger Straße, denn sein Vizepräsident, der Gewerkschafter Helmut Minta, war zwei Monate zuvor im Alter von 60 Jahren verstorben. Zwar war die Nachfolgefrage für den Vizeposten in Bonn schon zu Mintas Lebzeiten entschieden worden, doch sollte es hinter den Kulissen von Politik und Wirtschaft noch *eine Menge Fingerhakeleien* geben, bis das Namensschild für das Vize-Büro in Auftrag gegeben werden konnte.

Der 39köpfige Verwaltungsrat, Selbstverwaltungsorgan der Bundesanstalt, zu gleichen Teilen besetzt von Vetretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und einer Gemeinschaft von Beamten aus Bund, Ländern und Gemeinden, konnte nämlich nicht zu einem einheitlichen Votum für die von den Gewerkschaften favorisierte Ursula Engelen-Kefer finden. Sie stieß, je weiter sich das Verhältnis zwischen Bundesregierung und *Arbeitnehmervertretung* im Zuge des Streits um die 35-Stunden-Woche verschlechterte, auf sich verhärtenden Widerstand der Arbeitgeberseite.

Diese hatte sachlich keine Argumente gegen die 40jährige Diplom-Volkswirtin, die beim DGB-Bundesvorstand die Abteilung Arbeitsmarkt leitete, vorzubringen. Ihre Qualifikation in Abrede zu stellen, wurde nicht versucht, denn sie war als Gewerkschaftsvertreterin auf der sogenannten Arbeitnehmerbank in Nürnberg allen ein Begriff. Niemand sprach ihr je Kompetenz und Fleiß ab – im Gegenteil, vielleicht hatte sie zuviel davon gezeigt.



Vizepräsidentin in Nürnberg: Ursula Engelen-Kefer FOTO: DIE WELT

Nach Beginn und längerer Dauer der Tarifauseinandersetzungen in Metall- und Druckindustrie um die Wochenarbeitszeitverkürzung nahm die Einrede gegen Frau Engelen zu. Die Arbeitgeber wünschten sich einen Beamten aus der Arbeitsverwaltung zum Vize. Das würde die Mitarbeiter der Bundesanstalt mehr motivieren, als jemanden von „draußen" vor die Nase gesetzt zu bekommen, hieß es. Der DGB hielt umso fester an seiner Kandidatin fest. Da machte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ein schlaues Geschäft.

Um von den Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften zu retten was zu retten war, handelte er den Arbeitgebern die Zustimmung zu Frau Engelen-Kefer ab mit der Zusage, die Arbeitgeber-Forderung nach einer Besetzung des Vize-Postens „auf Zeit" zu erfüllen.

So hat nun die Bundesanstalt, nachdem die drei Bänke der Selbstverwaltung die Gewerkschafterin mit Mehrheit akzeptiert haben, einen Präsidenten auf Lebenszeit und eine Vizepräsidentin, die Angestellte im öffentlichen Dienst ist. Sie wird, wenn das für die Bundesanstalt gültige Arbeitsförderungsgesetz (AFG) geändert und das Beamtenrecht möglicherweise entsprechend modifiziert ist, „Beamtin auf Zeit" mit einer Amtszeit von acht, zehn oder zwölf Jahren – je nachdem, worauf man sich einigt, wenn man sich einigt.

Zwar soll künftig auch der Präsident nur noch eine begrenzte Dauer auf dem Posten verweilen dürfen, der mit Bezügen zwischen einem Bonner Ministerialdirektor und einem Staatssekretär dotiert ist. Doch bis dahin sind noch zehn Jahre Zeit, denn der Beamte auf Lebenszeit Heinrich Franke ist jetzt 55. Frau Engelen-Kefer *wird* jedoch in Kürze erst 41. Mit ihrem Engagement und ihrer Courage hätte die Arbeitgeberseite also noch 24 Jahre leben müssen. Bei ihrer Bestallung war also Eile für eine Änderung geboten.

Fast wäre es Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) in der Kabinettssitzung der letzten Woche noch gelungen, ihre Nominierung zu verhindern, mit der Bemerkung, sie vertrete extreme Gewerkschaftspositionen. Doch CDU-Generalsekretär und Familienminister Geißler („Soll sie etwa Arbeitgeber-Standpunkte vertreten?") rettete die Situation durch den Hinweis darauf, was passieren werde, wenn man in dieser angespannten Streiklage die Entscheidungen des Arbeitsministers kippe. So konnte die Prozedur ordnungsgemäß ablaufen: *Der Arbeitsminister schlug* vor, der Bundespräsident ernannte und der Nürnberger Verwaltungsrat stimmte zu – allerdings konnte er sich immer noch nicht zu einem einstimmigen Votum durchringen.

Dabei hat der DGB nichts gegen die Umwandlung der Präsidentenposten in „Beamte auf Zeit" einzuwenden. Es gibt sogar Stimmen, die „politische Beamte" dafür fordern, also solche, die wie andere ihrer Besoldungsgruppe in Bonn bei Regierungswechseln in den „einstweiligen Ruhestand" geschickt werden können.

Das käme sicher manchen recht, denn in aller Erinnerung sind die Probleme, die die sozialliberale Regierung hin und wieder mit dem CSU-Mann Stingl hatte, der nach ihrer Ansicht die Arbeitsmarktprobleme zu schwarz malte. Dies wäre jedoch eher ein Argument gegen den politischen Beamten, denn wenn der Präsident sich auch laut Gesetz „im Rahmen der sozialen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung" bewegen muß, so braucht er doch eine gewisse Unabhängigkeit für seine Beurteilung der Arbeitsmarktverhältnisse. Der „Beamte auf Zeit" scheint also ein vernünftiger Mittelweg zu sein.

Als das Regattasegeln nach Kiel kam

Von WALTER GÖRLITZ

Bis zum Wochenende ist Kiel, wie schon seit über 100 Jahren, wieder *Mekka* des Segelsports. Begonnen hatte alles am 23. Juli 1882. An diesem Tag (Kiel war Reichskriegshafen geworden) wurde die bis dahin verschlafene Universitätsstadt Schauplatz eines historischen Ereignisses in der Geschichte des Wassersports. Die erste Segelregatta an der deutschen Ostseeküste begann. Die „Kieler Woche" war geboren.

Zwanzig „Yachten" (vom modernen Duden war noch keine Rede) starteten. Siegerin wurde die Yacht „Lolly" des kaiserlichen Unterleutnants zur See Lüder Arenhold. Dieser gehörte zu einer Gruppe junger Seeoffiziere der Ostsee-Marine-Station unter Leitung des Schiffbauingenieurs Saefkow, die sich das Segeln als Freizeitbeschäftigung ausgesucht hatten.

Sie verfügten nur über kleine Boote, die sogenannten „Lustkutter". Das geschah just zu einer *Zeit*, in der *Großsegler als* Transporter oder Kriegsschiffe ausgespielt hatten. Kein Staat wollte jedoch bis heute bei seiner Marine auf die seemännische Ausbildung auf einem Segelschiff verzichten.

Hamburgische Geschäftsleute, deren Blick immer über See nach England schweifte, brachten die Segelregatta ins neue preußisch-deutsche Reich mit der neuen Kaiserlichen Marine. Gleich 1882 nahmen an der ersten Kieler Regatta „Allerhöchste" Gäste auf einem Begleitdampfer teil: der Erbprinz Wilhelm von Preußen, sein Bruder Prinz Heinrich, später Großadmiral, und deren Schwester, die Erbprinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen, seefahrtbegeisterte „Landratten".

WIE WAR DAS?

Im Reichskriegshafen Kiel entstand 1887 der „Marine-Regatta-Club". Auf Wunsch des jungen Kaisers Wilhelm II., der sich immer stärker für Seefahrt und Flottenfragen begeisterte, nannte er sich seit 1890 „Kaiserlicher Yacht Club".

Kaiser Wilhelm II. und sein BruderPrinz Heinrich von Preußen prägten über Jahrzehnte hinweg das Bild der „Kieler Wochen". Sie vereinten sportlichen Wettbewerb, die große Schau der eigenen und fremder Kriegsschiffe und ein Stück Selbstdarstellung der vornehmen Welt des damaligen Europa. Sie lebte noch in den gleichen Ehrbegriffen, Wert- und Rangvorstellungen. Von Europa war nicht die Rede, „man" verkörperte eben eine europäische Gemeinsamkeit. Anno 1911 konnte man sogar ein Linienschiffsgeschwader aus den USA begrüßen. Die Neue Welt meldete sich zu Gast.

Der Erste Weltkrieg 1914/18 beendete die kaiserliche Ära. Erst 1920 gab es wieder Kieler Wochen, Segelsportereignisse ohne kriegerischen Klang. Der ehedem Kaiserliche „Yacht Club" mußte sich „Yacht-Klub von Deutschland" nennen. An die Hohenzollern erinnerte sich der Österreicher Hitler nicht gern.

Der Zweite Weltkrieg 1939/45 brachte dann eine viel tiefere Zäsur als der Erste sowie eine völlige Veränderung des Gesamtcharakters. Seit 1950 gibt es wieder „Kieler Wochen", später lieh auch die Bundesmarine Hilfestellung. Aber sie wurden über den Segelsport, der im neuen Wohlstand ungeheure Breitenwirkung erlangte, auch Kulturschau – und last not least Volksfest, Massenbelustigung im Stil der Zeit, in der wir leben.

Reaktivierung der WEU „auf gutem Wege“

DW. / rmc, Paris

Die Reaktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) ist auf gutem Wege. Dies bestätigte gestern Bundesaußenminister Genscher vor der in Paris tagenden WEU-Versammlung. Bis Ende Oktober, wenn in Rom die Verteidigungs- und Außenminister der WEU-Länder zusammentreten, soll der Ständige Rat der fast 30 Jahre alten Verteidigungsorganisation entscheidungsreife Vorschläge erarbeiten.

Genscher sprach sich für eine „stärkere Nutzung der WEU“ aus. Damit ist gemeint, daß sie intensiver als bisher als Konsultations- und Abstimmungsforum in sicherheitspolitischen Fragen genutzt werden soll. Dazu gehört auch, daß die letzten für die Bundesrepublik Deutschland noch bestehenden Herstellungsverbote und Mengenkontrollen für konventionelle Waffen bis Oktober aufgehoben werden sollen.

Genscher betonte jedoch, daß die Reaktivierung der WEU nicht als Aufbau einer Gegenposition zur NATO mißverstanden werden dürfe. Sie sei kein Ansatzpunkt, Europa und Amerika voneinander zu trennen, weil ihre Belebung der Festigung des Atlantischen Bündnisses dienen werde. Nach Genschers Urteil können im Rahmen der WEU die europäischen Ressourcen für die konventionelle Verteidigung aufeinander abgestimmt und wirksamer genutzt werden. Dies könne auch der europäisch-amerikanischen Zweibahnstraße in Rüstungskooperation und Technologietransfer *zugute kommen.*

OVG: Straßensperre ist Nötigung

dpa, Lüneburg / Lüchow

In der Sperrung von Zufahrtsstraßen zum Kreis Lüchow-Dannenberg durch Anti-Atomkraft-Demonstranten sieht das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Mit diesem Beschluß bestätigte das Gericht gestern das Verbot der Wendland-Blockade vom 30. April durch den Landkreis Lüchow-Dannenberg. Es wertete die Straßensperrungen als strafbare Nötigung. Das Grundgesetz lasse nur friedliche Demonstrationen zu. (AZ.: 12 OVG B 49 / 84).

Bonn: Doch Filter für Kraftwerk Buschhaus

Zimmermann sagt Niedersachsen Unterstützung zu

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das neue Kohlekraftwerk Buchhaus bei Helmstedt, das als „Dreckschleuder der Nation“ bezeichnet wurde, weil es ohne ausreichende Filterung besonders schwefelreiche Braunkohle verfeuern soll, wird nun doch mit dreistelligem Millionenaufwand Filtereinrichtungen erhalten. Das hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in der Fernsehsendung „Kontraste“ angekündigt. Der Minister sagte, angesichts der in diesem Fall besonders hohen Kosten für Umweltschutz habe der Bund eine Beteiligung an den Kosten in Aussicht gestellt.

Während zur Einhaltung der Umweltschutz-Gesetze bei einem normalen Kohlekraftwerk etwa hundert Millionen Mark für Filterungsanlagen ausgegeben werden müsse, kann Buschhaus die Entschwefelung möglicherweise den zwei- bis dreifachen Aufwand erfordern. Bonn, so sagte Zimmermann, sehe Buschhaus nicht als allein niedersächsisches Problem, sondern es sei das Ziel der derzeitigen Regierungspolitik, die gesamten Schwefeldioxid-Schadstoffe im Bundesgebiet zu verringern. Im Innenministerium in Bonn verlautete dazu, man dürfe nunmehr auch von der „DDR“ und ihrer nahe der innerdeutschen Grenze Braunkohle verfeuernden Industrie ähnliche Leistungen erwarten.

„Waldschäden 1984“

In der letzten Sitzung des Bundeskabinetts hat Zimmermann den „Aktuellen Bericht Waldschäden 1984“ vorgelegt. Darin heißt es, ohne ausdrückliche Erwähnung von Buschhaus: „Im innerdeutschen Verhältnis spielen grenzüberschreitende Luftverunreinigungen eine große Rolle. Seit Juni 1983 haben sich beide Seiten in Expertengesprächen über den jeweiligen Stand von Kenntnissen und Entwicklung bei der Rauchgasentschwefelung unterrichtet. Die Gespräche werden *in nächster Zeit* mit dem Ziel fortgesetzt, gemeinsame praktische Möglichkeiten zur Verminderung der Kraftwerkemissionen zu erarbeiten.“

Der Bericht stellt die Entwicklung der Waldschäden, ihre Ursachen und Wirkungen sowie die notwendigen umweltpolitischen Folgerungen dar, wobei das am 6. September 1983 beschlossene *Aktionsprogramm* „Rettet den Wald“ aktualisiert und den neuesten Erkenntnissen angepaßt wurde. Nach der letzten Waldschadenserhebung sind 2,5 Millionen Hektar Wald in der Bundesrepublik, das heißt 34 Prozent der deutschen Waldfläche, mehr oder weniger geschädigt, in Bayern und Baden-Württemberg sogar 50 Prozent. Die Verluste für die Forstwirtschaft werden mit jährlich rund einer Milliarde Mark angegeben.

Entscheidung im Juli

Nach neuesten Berechnungen des Umwelt-Bundesamtes, so heißt es in dem der Bundesregierung vorgelegten Bericht, werden durch die im Vorjahr in Kraft getretene Großfeuerungsanlagen-Verordnung die jährlichen Schwefeldioxidmengen von 3,2 auf 1,6 Millionen Tonnen pro Jahr *halbiert. Entgegen mancher* Skepsis habe sich die Industrie voll auf die Verordnung eingestellt.

Zur Herabsetzung der Grenzwerte für Kraftfahrzeug-Abgase wird in dem Bericht festgestellt: „Die Bundesregierung prüft zur Zeit geeignete Steuermodelle, mit denen wirkungsvolle Anreize zur beschleunigten Umstellung auf das umweltfreundliche Kraftfahrzeug geschaffen werden sollen. Eine Entscheidung ist für Anfang Juli 1984 zu erwarten.“

Zu der Entscheidung der Europäischen Kommission vom 16. Mai 1984, nach der es den Mitgliedstaaten ab 1985 *gestattet sein soll*, auf freiwilliger Basis und unter Einhaltung der Regeln des gemeinsamen Marktes bleifreies Benzin und das „umweltfreundliche Fahrzeug“ einzuführen, ab 1989 bleifreies Benzin und ab 1995 die US-Abgasregelungen zwangsläufig, wird in dem Bericht der Protest der Bundesregierung festgehalten. Die Frist bis 1995 sei „völlig unzureichend“, das umweltfreundliche Auto müsse „jetzt und nicht erst in 10 Jahren“ eingeführt werden, durch Ratsverhandlungen müsse ein neuer vorgezogener Termin erreicht werden.

Die neue Waldschadenserhebung, die der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zusammen mit den Landesforstverwaltungen *durchführt, wird mit ihren* ersten Ergebnissen erst im Oktober bis November dieses Jahres vorliegen.

Noch kein Durchbruch für die ÖTV-Chefin

Das Thema eines „heißen Herbstes“ bleibt umstritten: 35-Stunden-Woche oder der Kampf gegen die Nullrunde

GÜNTHER BADING, München

Der heiße Herbst im öffentlichen Dienst soll nach dem Willen der im Amt bestätigten ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies noch im Sommer beginnen. Schon im Vorfeld der für den 6. September angesetzten *Entscheidung* der *Großen Tarifkommission* der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr über die Forderung für die Tarifrunde 1984 soll Überzeugungsarbeit an der Basis geleistet werden, die sich zu „90 Prozent auf das Thema Arbeitskampfbereitschaft und Arbeitskampffähigkeit“ konzentrieren soll. So jedenfalls sieht es die trotz teilweise *heftiger Kritik* an *ihrer bisherigen* Tarifpolitik mit 83,4 Prozent gestern wiedergewählte Vorsitzende.

Daß die Tarifauseinandersetzung mit den öffentlichen Arbeitgebern in Bund, Ländern und Gemeinden im Herbst hart werden wird, darüber waren sich alle auf dem Gewerkschaftstag in München versammelten haupt- und ehrenamtliche Funktionäre einig.

Auch hielten in der zweitägigen Diskussion um den Rechenschaftsbericht von *Frau Wulf-Mathies, in* der es fast ausschließlich um die Tarifpolitik ging, die meisten der Redner einen *Arbeitskampf* nicht für ausgeschlossen – wenngleich besonnene Gewerkschafter davor warnten, den Streik nicht als letztes Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen vorzuhalten, sondern *zielstrebig auf ihn zuzusteuern.* Am eindrucksvollsten war da wohl die Warnung des erfahrenen ehrenamtlichen Hauptvorstandmitglieds Harro Sachsze aus Berlin. Er mahnte nach dem von Frau Wulf-Mathies entzündeten rhetorischem Feuerwerk für die 35-Stunden-Woche vor *allzu starren* Festlegungen.

Die Mahnung zur Flexibilität war notwendig. Nach den Redebeiträgen der Vorsitzenden war vielfach der Eindruck entstanden, es werde im Herbst vorrangig um die 35-Stunden-Woche und alles andere, darunter auch der Kampf gegen die gefürchtete „Null-Runde“ in der Besoldung, müsse zurückstehen.

Enttäuschte Arbeiter

Die eigentliche Sorge der Arbeiter – rund die Hälfte der Mitgliedschaft der ÖTV rekrutiert sich aus diesem *Bereich – ist aber der Lohn und nicht* die Arbeitszeit. Sie sind enttäuscht worden, weil die Verhandlungen über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung – im Gewerkschaftsjargon kurz „A und E“ genannt – abgebrochen und bis nach Ende der diesjährigen Tarifrunde vertagt worden sind. Die Verhandlungen hätten nur den Arbeitern gedient; die Angestellten haben nur selten Sorgen, daß sie durch Umsetzungen in ihrem Betrieb weniger verdienen oder in ihrem Status absinken könnten.

Anders beim Arbeiter. Die Befürworter der A und E-Forderung führen gern das Beispiel eines Busfahrers an, der mit 56 Jahren „vom Bock muß“, also aus Altersgründen nicht mehr fahren darf. Da im Arbeiterbereich ein großer Teil des *Einkommens aus* funktionsgebundenen Zulagen besteht, muß er dann mit beträchtlich weniger *Monatslohn* rechnen. Hinzu kommt, daß er zwar ein hervorragender Fahrer gewesen sein mag, in seiner neuen Stelle irgendwo im Wartungsbereich eines Fuhrparks oder in der Stadtverwaltung aber tatsächlich kaum mehr als Hilfsarbeiterdienste tun kann. Hier wurde in der *Tarifdebatte* Enttäuschung spürbar, vermengt mit der Angst, die ÖTV würde *sich in einen selbstmörderischen* Kampf um die 35-Stunden-Woche stürzen, statt die auch für den Tarifbereich geplante „Null-Runde“ zu beseitigen.

Er sei beauftragt worden, die „*Sorgen der Kolleginnen und Kollegen* vor der Auseinandersetzung im Herbst“ zu artikulieren, sagte der Delegierte Klaus Hecht aus Mainz. „Gerade in den traditionell kampfbereiten und kampffähigen Bereichen wie Müllabfuhr und Verkehrsbetrieben“ wolle man an die Arbeitszeitforderung „noch nicht so recht heran“. Hecht gab auch die Antwort auf seine selbstgestellte rhetorische Frage „warum?“. Die „unteren Bereiche, vor allem die Arbeiter, brauchen eine Lohnrunde, die mehr Geld in den Geldbeutel bringt. Auch ich weiß“, sagte der Delegierte, „daß Arbeitszeitverkürzung in aller Form unverzichtbar ist. Aber *ich hätte Sorge*, im Herbst vor die Kolleginnen und Kollegen in diesen Bereichen zu treten und ihnen Einkommenseinbußen erklären zu müssen.“

Die ÖTV drängt zwar auf rasche Entscheidungen nach der Aufstellung ihrer Forderung Anfang September, muß allerdings damit rechnen, daß sich die öffentlichen Arbeitgeber nicht in eine hektische Tarifauseinandersetzung treiben lassen.

Erst im Oktober

Die eigentlichen Verhandlungen dürften deshalb erst im Oktober beginnen. In der *Vergangenheit bestand* auf Arbeitgeberseite immer die Neigung der Gemeinden, den *ÖTV-Forderungen* leichter nachzugeben, als Länder und Bund dies zu tun bereit waren. Sollte sich der Arbeiterbereich in der Großen Tarifkommission durchsetzen und die Einkommensforderung zum Schwerpunkt des Tarifsstreits werden, so bestünde wohl auch diesmal diese Möglichkeit wieder. Nicht aber, wenn es um die 35-Stunden-Woche gehen sollte, die zudem nach dem Willen der ÖTV-Vorsitzenden mit der Forderung nach Neueinstellung von Mitarbeitern zum Ausgleich *der verkürzten* Arbeitszeit gekoppelt werden soll. Erweiterung von Stellenplänen sind politisch nicht durchsetzbar – und da sind sich Bund, Länder und Gemeinden einig.

„Jäger sind keine Naturschützer“

AP, Münster

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster hat Jägern die Anerkennung als Natur- und Landschaftschützer verweigert. Der *siebte* OVG-Senat begründete sein Urteil damit, daß der nordrhein-westfälische Landesjagdverband, der auf seine Beteiligung an der Naturschutzplanung geklagt hatte, schon durch seine Satzung nicht die Voraussetzung dafür biete. Ein Verband, der auch Aufgaben außerhalb des Natur- und Landschaftschutzes wahrnehme, müsse vielmehr bereits in seiner Satzung zum Ausdruck bringen, daß der vorwiegende Teil seiner Tätigkeit diesen beiden Anliegen *dienen soll*. Er sei deshalb in erster Linie als Interessenvertreter der Jäger anzusehen.

Worms prophezeit Zweiparteienstaat

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer zu Gast bei der WELT

WILM HERLYN, Bonn

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Bernhard Worms sieht sich in seiner Ansicht bestärkt, daß *die Bundesrepublik* auf dem Weg *zu* einem Zweiparteinstaat ist. Bei einem Gespräch in der Bonner Zentralredaktion der WELT sagte der CDU-Politiker, es zeichneten sich zwei Lager ab: hier das konservative und dort das rot-grüne Bündnis. Worms wertete diese Erkenntnis nach der Europa-Wahl „auch als Chance für die CDU/CSU zu einer absoluten Mehrheit“. Als Beleg dafür zitierte er dabei eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, die aussagt, daß zwar 25 Prozent der *Oberprimaner* pro Grün stimmten, 75 Prozent sich aber zu den Ordnungsfaktoren der sozialen Marktwirtschaft bekennen.

Übertragen auf das bevölkerungsreichste Bundesland, das am 30. September vor Kommunalwahlen und am 12. Mai 1985 vor Landtagswahlen steht, bedeutet das aber, daß „ich noch mehr arbeiten muß als zuvor, denn wir können die Wahl nur mit der moralischen Position der Bundestagswahl vom 6. März 1983 gewinnen“. Darunter verstehe er „die Dekkungsgleichheit von Wort und Tat“. Diese Synchronisation werde die Wähler motivieren, sich wieder den etablierten Parteien zuzuwenden.

Worms rechnet damit, daß sich 80 Prozent der Wähler in NRW in ihrer *Votierung nach Bonn orientieren* – und damit „ist der Erfolg der CDU entscheidend auch abhängig von der Politik des Bundeskanzlers und dem Einsatz von Helmut Kohl bei uns“. Schon in den vergangenen Monaten habe sich Kohl im vorpolitischen Raum engagiert wie kein Bundeskanzler je zuvor.

Worms erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß bei der vergangenen Landtagswahl 1980, die mit einem absoluten Sieg der SPD endete, weil die FDP an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, sich nach Analysen 435 000 CDU-Wähler verweigert hatten. *Dazu sei die ungeheure Mobilisierungskampagne* der Sozialdemokraten gegen den damaligen Unions-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß gekommen sowie die Krieg- und Friedenpolemik der SPD. Eine derartige Emotionalisierung werde selbst dem SPD-Landesvorsitzenden Johannes Rau nicht einmal gelingen, „denn die Menschen in Nordrhein-Westfalen brauchen eine reale Perspektive zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze, die wir in Mark und Pfennig beweisen und nicht mit einem *abstrakten Darstellungsvermögen und* Dialogen eines Johannes Rau“. Niemand glaube mehr, daß staatliche *Programme* die Wirtschaft gesunden lassen, sondern nur die gezielte, geförderte Eigeninitiative.

Auch Worms rechnet damit, daß die Grünen bei den Wahlen zum Landtag in das Parlament einziehen werden. *Bei der FDP müsse man aber* Fragezeichen setzen, „auch wenn die Liberalen ein Wählerpotential haben, aus dem sie schöpfen können“. Wenn die FDP allerdings bei den Kommunalwahlen schon schlecht abschneide, könne man ihr noch nicht einmal diese Chance einräumen. Vor allem würde dann eine tödliche Personaldiskussion um den derzeitigen Vorsitzenden Jürgen W. Möllemann einsetzen.

Kurz nach den Kommunalwahlen werde er ein Team von sechs Beratern in der Öffentlichkeit vorstellen – darunter drei Frauen. Dies wird als offener Seitenhieb auf Johannes Rau gewertet, der als Vorsitzenden der Gleichstellungskommission im SPD-Bundesvorstand es noch nicht einmal geschafft hat, eine Frau in sein Kabinett zu holen.

„Das Volk El Salvadors schöpft neue Hoffnung“

WELT-Gespräch mit Erzbischof Arturo Rivera Damas

JÜRGEN LIMINSKI, Köln

„Die Bevölkerung in El Salvador schöpft wieder Hoffnung. Die Wahl und ersten politischen Handlungen des Christdemokraten Duarte haben den Menschen einen spürbaren Auftrieb *gegeben*“. Diese Feststellung über die aktuelle Lage in dem mittelamerikanischen Land macht der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera Damas. Auch die Wähler der rechten Arena-Partei wendeten sich heute „hoffnungsvoll Duarte zu“.

In einem Gespräch mit der WELT am Rand einer Studienkonferenz der Thomas-Morus-Akademie und der Deutschen Kommission Justitia et Pax zum „Krisenherd Mittelamerika“ im Kölner Maternus-Haus sagt der Erzbischof: „Die *Präsenz der Amerikaner* im Land ist erwünscht, weil sie notwendig ist. Wir leben in einer Region von geopolitischer Bedeutung. Die Amerikaner könnten sich nur zurückziehen, wenn die Kubaner aus Nicaragua abziehen und die Guerilla in *El Salvador nicht mehr aus dem* Ausland unterstützt würde.“ Nicaragua aber binde sich „immer enger an Kuba und an die Sowjetunion“. Nicaragua habe sich ähnlich wie Honduras in ein Waffenlager verwandelt. Es bestehe deshalb die Gefahr, daß die *Armee* in El Salvador ebenfalls übermäßig aufrüste und somit den Weg für politische Lösungen erschwere.

Für diese politische Lösung aber gebe es seit der Wahl Duartes „realistische Ansätze, weil die große Mehrheit der Bevölkerung jetzt hinter dieser Regierung steht“. Die Wahl habe, so führte der Erzbischof gestern auch in einem anschließenden Vortrag aus, die extreme Rechte des Landes zur „Aufgabe ihrer Anonymität gezwungen“. Zu diesen Kräften zählt Rivera vor allem die reichen Großgrundbesitzer des Landes. Diese hätten sich „nie wirklich an der Politik als Handelnde“ beteiligt, sondern „die Politiker immer nur manipuliert. Mit ihrem Geld kauften sie Stimmen und zwangen uns eine lange Reihe von *Präsidenten auf.*“ Der Arena-Partei komme das Verdienst zu, als Sammelbecken für diese Kräfte ihnen ein politisches Gesicht gegeben zu *haben.*

Dagegen agiere die Linke weiterhin im Untergrund, versteckt in den Bergen. „Sie haben sich für die Waffengewalt entschieden und halten unverrückbar daran fest, daß die politische Macht vom Volk mit Waffengewalt errungen“ werden müsse. Ihre *Ideologie des Marxismus-Leninismus* verhindere, daß es zum Dialog kommt. Denn „die Bereitschaft zum Dialog ist heute kein Zeichen der Subversion mehr und auch kein Anlaß mehr zur Verfolgung und Bedrohung“. Der Marxismus verstehe den Dialog „als Instrument, um anzuklagen, aufzuwiegeln und zu verwirren, kurz um Spannungen zu erzeugen *statt sie abzubauen*“. *Die Ideologie* der extremen Rechte, die ebenfalls einen umfassenden Dialog ablehne, sei der Egoismus.

Der Erzbischof, der auch beim Katholikentag in München teilnehmen will, sieht in der ideologischen Verhärtung eine Gefahr. Man wolle eine Art „Homo militaris“ schaffen, einen Menschen und Bürger, der *bedingungslos gehorcht, ohne* viel zu fragen, und der weder ein Bewußtsein für Verantwortung noch für Gewissensfreiheit entwickele. In diesem Sinne, so Rivera, spiele die Kirche eine Schlüsselrolle. Denn „Regierung und Aufständische blicken auf die Kirche, weil sie sie für die Institution halten, die die nötige moralische Autorität besitzt, um bei der Lösung des Konfliktes helfen zu können“. Er verstehe die momentane Aufgabe der Kirche als Beistand der Leidenden und als Garant für die Erlangung sozialer *Gerechtigkeit.* So verstanden, sei sein ermordeter Vorgänger, Erzbischof *Oscar Arnulfo Romero*, eine prophetische Gestalt gewesen, dessen geistigem Erbe er sich verpflichtet fühle. „Kirche hat mit Politik nichts zu tun“, sagt Rivera selbstbewußt. „Sie kann aber nicht gleichgültig bleiben, wenn die Würde des Menschen in Frage gestellt ist.“ Gewalt *erzeugt nur Gewalt*, habe Romero immer warnend gepredigt. „Das ist auch meine Position.“

Post soll sich am Bedarf orientieren

GISELA REINERS, Bonn

Die Deutsche Postgewerkschaft hat sich nach Prüfung des Verkabelungs-Berichts des Bundesrechnungshofes dafür ausgesprochen, daß die Bundespost künftig nur noch Gebiete verkabeln solle, die schlechten Fernsehempfang durch Abschattungen haben oder sonst noch nicht versorgt sind. Sie müsse sich streng *am Bedarf orientieren und das Kundeninteresse* ebenso berücksichtigen wie technische Neuerungen. Die Post dürfe das aber nicht dazu benutzen, um medienpolitische Zwänge und Fakten zu schaffen. Der Rechnungshof hatte ein hohes unternehmerisches Risiko bei der Verkabelung festgestellt.

Der Fernmeldetechnik-Experte Franz Arnold, früher Ministerialdirektor im Postministerium unter SPD-Ministern, zollte dem Bundesrechnungshof „*Respekt*“, der nur mit Material habe arbeiten können, das ihm das Ministerium überlassen habe. Er äußerte Zweifel, ob die Grenze zur Rentabilität in etwa 16 Jahren erreicht werden könne, wie der Postminister hoffe. Heute schlage sich der technische Fortschritt etwa alle fünf Jahre um. Nach dem Jahr 2000 werde sich eine dann gut 30 Jahre alte Technik kaum noch verkaufen lassen.

Er gab zu bedenken, daß in schon wegen ungünstiger Empfangslagen verkabelten Gebieten nur ein Drittel der potentiellen Kunden ans Kabel angeschlossen sei. Er glaube eher, daß die TV-Kunden auf das billigere Übertragungssystem in Satelliten-Technik warten würden. Die technisch beste Lösung sei sowieso eine Kombination aus Kabel, einem durch Digitalisierung leistungsfähigerem Telefonnetz, Glasfaser und Satellit. Er empfahl der Post eine Delegierung der Verkabelungsaufgaben an private Firmen, weil nur sie in der Lage seien, Marktinteressen richtig aufzuspüren.

Der Auftraggeber des Gutachtens, Bernhard Friedmann (CDU), Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausses, sieht seine Bedenken gegen die Milliarden-Investition ins Kabel voll bestätigt.

Bischöfe über Karlsruhe enttäuscht

DW. Bonn

Die deutschen Bischöfe dringen auf eine politische Entscheidung im Bundestag über die umstrittene Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen. „Jetzt ist die Politik, jetzt ist der Gesetzgeber am Zuge", beschrieb das Kommissariat der deutschen Bischöfe in Bonn die Haltung des Episkopats nach der Zurückweisung eines Aussetzungsbeschlusses des Sozialgerichts Dortmund durch die Karlsruher Verfassungsrichter (WELT vom 20. 6.) Im Mittelpunkt des Verfahrens stand die Frage, ob die Krankenkassen auch für Abtreibungen aus anderen als medizinischen Gründen finanzielle Leistungen erbringen dürfen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte am vergangenen Dienstag, eine abstrakte Normenkontrollklage könne nur von der Bundesregierung, einer Landesregierung oder einem Drittel der Bundestagsmitglieder beantragt werden.

Das Kommissariat respektiert, wie es in seiner Stellungnahme hieß, die Entscheidung des Obersten Gerichts, bedauert jedoch sehr, „daß unser höchstes Gericht eine Frage nicht hat zur Klärung bringen können, die viele Staatsbürger in ihrem Gewissen bedrängt und die von lebenswichtigem Charakter ist". Immer wieder sei gesagt worden, man wolle mit einer politischen Entscheidung im Bundestag warten, bis Karlsruhe gesprochen habe. In dieser Frage, bei der es um das Leben von hunderttausenden von ungeborenen Kindern gehe, werde keine Ruhe einkehren, wie Erfahrungen im europäischen Ausland zeigten. Nach den Informationen des Kommisssariats sind die Zahlen der legalen und von den Versicherungen bezahlten Schwängerschaftsabbrüche wesentlich höher als angenommen. Man sei von knapp hunderttausend bezahlten Abtreibungen ausgegangen, müsse aber mit wesentlich mehr als zweihunderttausend rechnen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Beim Weltpost-Kongreß ist nicht alles Harmonie

Hamburger Tagung kostet zwölf Millionen Mark

PETER ZERBE, Hamburg

Unter großen Sicherheitsvorkehrungen tagt zur Zeit bis zum 27. Juli im Hamburger Congress Centrum der 19. Weltpostkongreß. Für den sechswöchigen Kongreß rechnet die Bundespost mit Kosten von rund zwölf Millionen Mark. Allein die Miete des Congress Centrums beträgt 2,5 Millionen Mark. Einige hundert Mitarbeiter wurden aus allen Teilen der Bundesrepublik für diesen „Post-Welt-Gipfel" in Hamburg zusammengezogen. Modernste Telefonanlagen, die später in einen Postneubau verlegt werden sollen, wurden eigens installiert. Um Arbeitsmöglichkeiten für die einzelnen Delegationen zu schaffen, mußten insgesamt 2,5 Kilometer Bürowände gebaut werden.

Bundespräsident Carl Carstens hatte sich bei der Eröffnung vor drei Tagen zuversichtlich gezeigt, daß die rund 800 Delegierten des Weltpostvereins ihre bevorstehenden sechswöchigen Beratungen zu einem guten Abschluß bringen würden. Nicht nur zu Zeiten der vollen Harmonie zwischen ihren Mitgliedsländern solle diese Organisation funktionieren, sagte der Bundespräsident.

In seiner Ansprache überging Carstens allerdings eine Passage aus dem vorbereiteten schriftlichen Text. „Politische Kontroversen oder Konflikte zwischen einzelnen Staaten sollen sich nicht auf den internationalen Postverkehr und die Arbeit des Weltpostvereins auswirken", hatte es dort geheißen. Mit der Streichung sollte wohl jeder Verdacht auf eine Einmischung in die politischen Schwierigkeiten vermieden werden.

Schon im Vorfeld des Kongresses zeichnete sich jedoch ab, daß es an politischer Brisanz in Hamburg nicht mangeln wird. So möchten arabische Staaten erreichen, daß Israel aus dem Weltpostverein ausgeschlossen wird. Dieser Antrag hat bereits zu einer heftigen Reaktion der Vereinigten Staaten geführt, noch bevor der Kongreß seine Arbeit aufnahm. Washington hatte angekündigt, daß es seine Delegation sofort zurückziehen und aus der Unterorganisation der Vereinten Nationen austreten würde, wenn dieser Antrag angenommen werden sollte.

Weiter wollen Länder der Dritten Welt erneut versuchen, Südafrika aus der Organisation zu drängen. Nach Ansicht von Juristen ist allerdings ein Ausschluß von Mitgliedern nicht möglich. Außerdem könnte ein Ausschluß die gesamte Organisation in Frage stellen.

Unzufrieden sind auch viele westliche Postverwaltungen mit der Sowjetunion und der „DDR". Beiden Ländern wird vorgeworfen, den Postverkehr mit dem westlichen Ausland nicht ordnungsgemäß abzuwickeln. Dieses Thema wird ebenfalls offiziell nicht auf dem Weltpostkongreß zur Sprache kommen.

Der sowjetische Bürgerrechtler Jury Below (44), der 1980 aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde, hat jetzt eine Dokumentation über „Verletzungen der Postvorschriften in der UdSSR" vorgelegt. Während der Eröffnungsveranstaltung verteilte Below an zahlreiche Delegierte im Foyer des Congress Centrums seine Dokumentation. In einem Gespräch mit der WELT wies Below, der 16 Jahre in sowjetischen Lagern verbrachte, darauf hin, daß der Geheimdienst KGB in Zusammenarbeit mit der Post es normalen Sowjetbürgern unmöglich mache, Post aus dem westlichen Ausland zu empfangen. Auch Pakete würden nicht zugestellt, sondern zurückgeschickt oder beschlagnahmt. Es würden ständig neue Vorschriften erlassen, um Kontakte sowjetischer Bürger mit dem nichtsozialistischen Ausland zu unterbinden.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Frankfurt, der Below angehört, hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und den Präsidenten des Weltkongresses, den Staatssekretär im Bundespostministerium Winfried Florian, vor dem Kongreß auf die Verstöße der Sowjets gegen das Weltpostabkommen hingewiesen und gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Sowjetunion ihr Verhalten ändert.

Ein Hamburger Vertreter der IGfM berichtete von seinen Erfahrungen mit der „DDR". Von 250 Einschreibbriefen mit Rückschein seien 137 nicht angekommen. In einem Fall habe der Staatssicherheitsdienst die Empfängerin, eine über 70 Jahre alte Frau, gezwungen, den Rückschein zu unterschreiben und die Briefe ungeöffnet der Polizei zu übergeben.

Als MacArthur Corregidor befreite

Von C. GRAF BROCKDORFF

Im Yachthafen in Manila ist man mit dem Tragflächenboot in eineinhalb Stunden auf der Felseninsel Corregidor. Sie versperrt die Einfahrt zur Bucht von Manila, getrennt durch fünf Kilometer Wasser von der Halbinsel Bataan, in deren grünem Dschungel Tausende amerikanischer und philippinischer Soldaten von Malaria oder japanischem Feuer hingerafft wurden.

Das war vor etwas mehr als 40 Jahren und knapp 40 Jahre ist es her, daß die Insel Corregidor und die ganzen Philippinen nach mehr als dreijähriger japanischer Besatzungszeit wieder befreit wurden. Die Kämpfe waren blutig und von grausamer Härte. Generalleutnant Masaharu Homma, der Oberbefehlshaber, dessen Truppen die Philippinen besetzt hatten, gab den Befehl aus, die Bevölkerung habe die japanischen Truppen enthusiastisch zu begrüßen. Wer sich weigere, komme ins Konzentrationslager oder werde geköpft. Die, die sich weigerten, gingen als Hukbalahaps – als Guerrillas – in die Berge. Es gibt wenige Flecke auf dieser Erde, auf die so viele Bomben gefallen sind, wie auf diese Insel.

Hauptquartier und Lazarett im Tunnel

In den zwanziger Jahren wurde sie befestigt. Washington baute kilometerlange Kasernen aus Stahlbeton für eine Garnison, die mit 30,5-Zentimeter-Geschützen die Bucht vor der Hauptstadt des philippinischen Commonwealth schützen sollten. Der 200 Meter hohe Hauptberg auf der Insel wird vom 250 Meter langen „Malinta"-Tunnel durchstoßen, der mit 24 langen Seitenkammern, Belüftungsanlagen und einer Kleinbahn im Belagerungsfall als Hauptquartier und Lazarett dienen sollte.

Die Belagerung kam. Nach dem Angriff auf Pearl Harbor fielen in rascher Folge die Philippinen, Hongkong, Singapur, Sumatra, Borneo, Celebes, Timor, die Solomonen, die Gilbert-Inseln, Wake, Neu-Guinea und Guam. Die amerikanischen Truppen auf Luzon zogen sich auf Bataan und Corregidor zurück. wo sie bis zum Mai 1942 aushielten, ein Fanal des Widerstandswillens inmitten der Hiobsbotschaften von vielen Kapitulationen. Corregidor und Bataan stimulierten die Phantasie, ihre psychologische Auswirkung auf das Selbstbewußtsein Amerikas waren außerordentlich, selbst wenn viele Amerikaner erst auf der Landkarte suchen mußten, wo das war.

Mit auf die Insel ging Douglas MacArthur, der 1935 von Roosevelt als Stabschef der amerikanischen Armee abgelöst worden war und von Präsident Quezon das Angebot erhalten hatte, die Verteidigung der Philippinen zu organisieren. Daraus wurde wenig. Das wehrunwillige Washington verweigerte MacArthur die Mittel, wie sie ihm verweigert worden war, als er noch Stabschef war. Immerhin, er wurde zum philippinischen Feldmarschall ernannt und kurz vor Ausbruch des Krieges als Generalmajor der US-Armee in den aktiven Dienst zurückberufen. Er sollte ihn als Sieger und Fünfsterne-General der Vereinigten Staaten beenden.

Douglas MacArthur war 61, als Japan den Krieg begann. Immer wieder hatte er gewarnt , die Verteidigung der Philippinen sei straflässig vernachlässigt. In der Hoffnung, Japan werde das Commonwealth nicht angreifen, verbot er den US-Flugzeugen auf den Philippinen nach dem Angriff auf Pearl Harbor die Bombardierung Formosas, um Japan nicht unnötig zu provozieren. Die Quittung kam auf der Stelle: Seine Luftwaffe wurde von japanischen Bombern am Boden zerstört.

MacArthur, Produkt der Militärakademie von West Point, Klassenbester, war der ungewöhnlichste Soldat, den Amerika je hervorgebracht hat, zweifellos der begabteste, ein brillanter strategischer Kopf. Möglicherweise war er der begabteste Feldherr des Jahrhunderts überhaupt.

Mit Frau und dreijährigem Sohn ging er Weihnachten 1941 auf Corregidor, um von dort den Krieg zu leiten. Beendet wurde dieser mörderische Kampf erst, als ein japanischer Artillerievolltreffer am 2. Mai 1942 eine US-Batterie mit ihrem Munitionsbunker in einer gigantischen Detonation in die Luft sprengte. 10 000 amerikanische und philippinische Soldaten, die unter General Jonathan Wainwright kapituliert hatten („Den Kopf gesenkt, aber nicht in Scham", so Wainwright in einem Funkspruch an Präsident Roosevelt) gingen in den Todesmarsch. Die Japaner trieben ihre Gefangenen quer durch Luzon, ohne Essen und Trinken in tropischer Hitze. Wer nicht mehr konnte, wurde erschossen.

Die Kapitulation erlebte MacArthur nicht mehr auf der Insel,sondern in Australien.. Dort gelobte MacArthur: „I shall return", ein Wort, das um die Welt ging, und das er wahr machte. Die Befreiung der Philippinen, die er als zweite Heimat ansah, wurde für ihn zu einer Art Besessenheit. Solche Bewunderung empfand er vielleicht nur noch für Deutschland, wo er nach dem Waffenstillstand 1918 vier Monate lang in Sinzig am Rhein residierte, als 38jähriger Brigadegeneral mit zwölf Tapferkeitsauszeichnungen und zwei Verwundungen.

2000 Japaner sprengten sich in die Luft

MacArthurs Rückkehr auf die Philippinen verlief so blutig wie der Anfang. Diesmal hatten sich die Japaner auf Corregidor verschanzt. Die Insel wurde von 5200 Soldaten verteidigt. Die Amerikaner landeten im Frühjahr 1945 von Manila aus mit Infanterie am Fuß der Insel. Auf das Inselplateau 200 Meter über dem Meer setzten sie ein Fallschirmregiment ab. Es war ein gefährliches Unternehmen, denn die Landefläche war winzig, 280 Soldaten blieben an ihren Schirmen in den Felsen und Steilufern hängen. Nach tagelangen Kämpfen sprengten sich im „Malinta"-Tunnel 2000 Japaner selbst in die Luft. Sie wollten nicht gefangen werden.

Was vorher noch nicht zerstört war, wurde nun von amerikanischen Flugzeugen in Stücke gerissen. Auf Corregidor stand nicht ein Baum und nicht ein Strauch, der nicht durch Splitter zerfetzt worden wäre. Von der japanischen Garnison geingen 20 Verwundete in Gefangenschaft, der Rest war tot.

Heute findet man auf der Insel ein würdiges Ehrenmal, in dessen Wände die Namen der Schlachten im Pazifik-Krieg gemeißelt sind.

Die Philippinen wurden nach dem Krieg in die Unabhängigkeit entlassen. Noch im Krieg erkor sich Amerika das Recht aus, für 99 Jahre Militärbasen auf den Philippinen zu behalten. (SAD)

Blockade vor fünf Stahlwerken in Großbritannien

rtr, London

Streikende britische Bergarbeiter haben gestern mit der Blockade der größten Stahlwerke des Landes begonnen. Sie wollen die Schwerindustrie in Schottland, Wales und Nordengland von der Versorgung mit Kohle und Koks abschneiden. Die Aktion begann in den frühen Morgenstunden vor fünf ausgewählten Schlüsselbetrieben der Stahlindustrie.

Damit ist der seit drei Monaten andauernde Streik in eine neue Phase getreten, nachdem es bereits am vergangenen Montag in Yorkshire zu blutigen Ausschreitungen gekommen war. Die britische Polizei hat ihre Einheiten vor den Stahlwerken verstärkt. Sie befürchtet eine Konfrontation zwischen den Bergarbeitern und den Stahlarbeitern, die um ihre Arbeitsplätze fürchten.

Peking will „offene Türen" kontrollieren

AFP, Peking

Verschärfte Kontrollen im Austausch mit dem Ausland, vor allem im Fremdenverkehr und Kulturaustausch, hat die chinesische Parteiführung angekündigt, um der „Korruption durch kapitalistische Ideen" zu entgehen. Wie das ideologische Organ der Kommunistischen Partei Chinas, „Rote Fahne", in seiner jüngsten Ausgabe berichtet, seien solche Kontrollmaßnahmen in einem Text vorgesehen, der Durchführungsbestimmungen für die Beschlüsse des zweiten Plenums des 12. Parteitages enthält.

Nachdem der im Herbst vergangenen Jahres eingeleitete Feldzug gegen die „geistige Verschmutzung" auf erheblichen Widerstand gestoßen war, scheint nach Ansicht von Beobachtern die chinesische Führung einen erneuten Versuch zu unternehmen, über Verordnungen negativen Begleiterscheinungen der weitgehenden wirtschaftlichen Öffnung Chinas entgegenzusteuern.

Wörtlich heißt es in dem Artikel, der die Maßnahmen im einzelnen nicht wiedergibt, „der Austausch mit dem Ausland – Besuche, Informationsreisen, Verhandlungen, Verkaufsausstellungen und künstlerischer Austausch inbegriffen – soll einer verschärften Disziplin unterworfen werden". Ferner droht die Zeitschrift „Wirtschaftsverbrechern" mit „Sanktionen".



Hans Söhlke

24. 3. 1901 7. 6. 1984

Wir trauern um ihn

Katrin Söhlke geb. Bock
Christiane Janssen geb. Söhlke
Katrin und Stefan
Axel Söhlke
Beate Söhlke geb. Schmitz
Marc und Vanessa

Harvestehuder Weg 38
Hamburg 13

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Wir trauern um den Vorsitzenden unseres Aufsichtsrates, Herrn

Hans Söhlke

der am 7. Juni 1984 plötzlich und unerwartet im Alter von 83 Jahren verstarb.

Wir verlieren in ihm eine Unternehmerpersönlichkeit, die die Entwicklung unserer Gesellschaft entscheidend geprägt hat.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
Bock + Danckwerts, Carl Brunswig (GmbH + Co)
BDB Büro KG

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Günther von Basse

☆ 09. 06. 1898
† 14. 06. 1984

Henriette von Basse
und Kinder

Hans Söhlke

24. 3. 1901 7.6.1984

Sein ganzes Interesse galt der Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir haben unseren besten Ratgeber verloren.

A. Söhlke
Handelsgesellschaft m. b. H.

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Wir nehmen Abschied von Herrn

Hans Söhlke

dem Inhaber der Berliner Metallhandelsgesellschaft mbH, der am 7. 6. 1984 nach einem arbeitsreichen Leben im Alter von 83 Jahren von uns gegangen ist.

Er gründete unser Unternehmen vor fast 30 Jahren als Zeichen seiner Verbundenheit mit seiner Heimatstadt Berlin und hat in dieser Zeit durch sein unternehmerisches Wirken die Firma zu ihrer heutigen Bedeutung geführt.

Wir werden seiner stets gedenken.

Berliner Metallhandelsgesellschaft mbH
Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Wir nehmen Abschied von Herrn

Hans Söhlke

der am 7. Juni 1984 nach einem erfüllten Leben im Alter von 83 Jahren von uns gegangen ist.

Wir verlieren mit ihm ein großes Vorbild und werden bemüht sein, die Firma in seinem Sinne weiterzuführen.

Rahmenfabrik Berlin KG
„Rafa" Verwaltungs-GmbH
Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Der Ehrenpräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Professor Dr.-Ing., Dr. rer. nat. h. c.

Siegfried Balke

Träger des Großkreuzes des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, des Bayerischen Verdienstordens und anderer Auszeichnungen

ist am 11. Juni 1984 im Alter von 82 Jahren gestorben.

Wir trauern um einen von der Idee der unternehmerischen Gestaltungsfreiheit durchdrungenen Sozialpolitiker, der die wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortentwicklung unseres Landes maßgeblich mitgeprägt hat. Der Verstorbene war von 1964 bis 1969 Präsident der Bundesvereinigung, deren ordnungspolitisches Selbstverständnis er gerade in den Jahren der damals aufkeimenden Systemkritik überzeugend zum Ausdruck brachte. Er hat sein Amt mit hoher sachlicher Kompetenz, mit Umsicht und politischer Glaubwürdigkeit ausgeübt. Dafür schulden wir ihm Dank.

Wir werden Professor Dr.-Ing., Dr. rer. nat. h. c. Siegfried Balke ein ehrendes Andenken bewahren.

BUNDESVEREINIGUNG
DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE

Otto Esser
Präsident

Dr. Ernst-Gerhard Erdmann
Hauptgeschäftsführer

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfoch 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Landsmannschaften heute

Die Landsmannschaft Schlesien wurde im Bericht „Die Vertriebenen bauen stark auf junge Generation" (DIE WELT vom 9. Juni) vergessen, obwohl sie *zusammen mit der* Sudetendeutschen Landsmannschaft die größte Landsmannschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist. Dies *mag seinen* Grund darin haben, daß in diesem Jahr entsprechend einem Zweijahresrhythmus kein Deutschlandtreffen der Schlesier stattfindet; das *nächste* Deutschlandtreffen der Schlesier ist für den 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover, dem Regierungssitz des Patenlandes Niedersachsen, geplant.

Es muß auch nachgetragen werden, daß in dem Jahr zwischen dem Deutschlandtreffen alle schlesischen Heimatkreise ihre Treffen abhalten, die entsprechend der föderativen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland, so jüngst am 27. Mai die Treffen der Schlesier in Bayern und der Schlesier in Baden-Württemberg, stattfinden. An jedem Wochenende sind in den Monaten Mai/Juni und September/Oktober etwa 10 000 Schlesier unterwegs für Schlesien.

Da sich die Landsmannschaft *Schlesien* als Landsmannschaft für Nieder- und Oberschlesien versteht, ist gerade auch hier die Teilnahme der Aussiedler aus Oberschlesien sehr groß, beim jüngsten Heimattreffen der Ratiborer in *Leverkusen am* 2./3. Juni konnte man etwa 25 his 30 Prozent Aussiedler zählen.

Zuzustimmen ist der Bemerkung, daß der Anteil der jungen Menschen nicht etwa abnimmt, sondern in erfreulicher Weise zunimmt. Die schlesische Jugend ist soeben erst mit einer Sammlung von 20 000 Unterschriften für die Menschenrechte der Landsleute daheim mit breitem Echo in die Öffentlichkeit getreten. Die Landsmannschaft Schlesien (und Gleiches gilt im übertragenen Sinne auch für die anderen Landsmann*schaften*) versteht *sich heute* als Zusammenschluß von bereits drei Generationen: 1. die Geburtsschlesier, die den größten Teil ihrer Jahre noch in Schlesien gelebt haben; *ihre Zahl* nimmt schon aus biologischen Gründen mehr und mehr ab; 2. die Abstammungsschlesier, aus schlesischer Wurzel stammend, die Mehrzahl der Jahre, wenn überhaupt noch in Schlesien geboren, wurden schon hier verbracht; 3. die Bekenntnisschlesier: Mitbürger vor allem der jungen Generation, die sich als Angehörige unseres deutschen Volkes zu Schlesien bekennen und als Demokraten gegen die Realitäten des Unrechts, wie sie von Diktaturen geschaffen worden sind, aufbegehren.

Dr. Herbert Hupka, MdB, CDU Bonn

Geschichte heute

„Leserbrief: Geschichte im Schulbuch"; *WELT vom 12. Juni*

Sehr geehrte Damen und Herren,

der von Ihnen am 12. Juni veröf*fentlichte Leserbrief* von Herrn Prof. Dr. Kurt Franke, Berlin, lag auch dem Vorstand des Bundeselternrates vor. Unter Zusendung der Resolution – Tagungsergebnis einer gemeinsamen Veranstaltung von Bundeselternrat mit dem Gesamtdeutschen Institut zum Thema „Die Deutsche Frage im Geschichts- und Erdkundeunterricht" vom 3. – 5. Februar 1984 in Duderstadt – auf die sich der auslösende Artikel Enno von Loewensterns vom 14. April bezog, habe ich,als zu der Zeit Stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrates, am 16. Mai Herrn Prof. Dr. Franke geschrieben:

... „Nun zur Sache selbst: Die Ausführlichkeit Ihrer Darlegungen läßt spürbar werden, wie sehr es Ihr Anliegen ist, Verständnis zu wecken für das schwierige Geschäft, Geschichte zu lehren, besonders die Darstellung der jüngsten Geshichte. Genau dies war auch Anliegen der gemeinsamen Veranstaltung von Bundeselternrat mit dem Gesamtdeutschen Institut zum Thema „Die Deutsche Frage im Geschichts- und Erdkundeunterricht" vom 3. – 5. Februar in Duderstadt. Auf einer Fahrt entlang der Zonengrenze und im Gespräch mit dem Bürgermeister von Duderstadt gewannen die Delegierten nachhaltige, betroffen machende Eindrücke.

Der Bundeselternrat tritt für eine verstärkte Behandlung der Nachkriegsgeschichte im Schulunterricht ein, da nur die Schüler das Heute verstehen und für *morgen* Ziele entwickeln können, die das Gestern begriffen haben.

Die Teilnehmer stellten allerdings fest, daß zwischen Schulalltag und Lehrplänen – hier auch Lehrbücher eingeschlossen – eine Lücke klafft. In einigen Bundesländern wird die Geschichte der Nachkriegsjahre kaum behandelt.

Die Feststellungen von Eltern und Elternvertretern hinsichtlich des Nichtvertrautseins junger Menschen mit den geschichtlichen Gegebenheiten trafen sich – soweit Generalisierungen überhaupt möglich sind – mit denen der Fachreferenten dieser Tagung: '... Unter Kennern der Materie ist unstrittig, daß trotz vorhandener Lehrpläne und Lehrbücher die Schüler zu wenig oder gar nichts über die deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte erfahren (vg. Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, 1981; Debatte in der Hamburger Bürgerschaft, 3.11.1983) ...'

Sehr verehrter Herr Professor Franke, ich hoffe sehr, meine Ausführungen haben Sie von der Ernsthaftigkeit überzeugt, mit der auch wir Eltern und Elternvertreter uns um die Behandlung der Deutschen Frage im Unterricht sorgen."

S. Tausent, Hamburg 52

Das britische Vorbild

„Ein Profi aus Bochum"; WELT vom 28. Mai

Für Bernt Conrad ist Jürgen Ruhfus ein „Diplomat, der politisch eher der Union nahesteht, es aber nie an staatspolitischer Loyalität fehlen ließ." Läßt diese Charakterisierung nicht den Schluß zu, daß der CDU nahestehende Diplomaten es in der Regel an dieser Loyalität fehlen ließen und Jürgen Ruhfus eben die leuchtende Ausnahme darstellt?

In Großbritannien, wo die Demokratie schon eine längere Laufzeit hat *als bei uns, ist Parteizugehörigkeit* oder nicht Privatsache des Beamten. Von ihm wird Loyalität als etwas Selbstverständliches erwartet. In *London* würde *man* es nicht wie bei uns als normal ansehen, daß ein Minister in seiner engeren Umgebung (Ministerbüro, Leitungsstab u. ä.) Leute *seines* Vertrauens *haben* muß, weil dort die parteipolitische Färbung als Kriterium für den Posten nur für vier Staatsminister und einen parlamentarischen Staatssekretär gilt, die mit dem Außenminister zusammen die politische Spitze des Ministeriums bis zum nächsten Regierungswechsel bilden. Die britischen Diplomaten unter dem Ständigen Unterstaatssekretät machen ihre Karrieren ohne Parteibuch.

Bei uns hat die parteipolitische Ausrichtung besonders in den höheren Beamtenrängen in den letzten Jahren stark zugenommen. Man verweist in diesem Zusammenhang gern darauf, daß es so bereits zu Adenauers Zeiten (Kölscher Klüngel) gewesen sei und daher mit zu unserer Tradition gehöre. Das stimmt in dieser Ausschließlichkeit allerdings nicht. Im Bundeskanzleramt gab es 1959/60 sage und schreibe acht höhere Beamte, die Mitglieder der CDU waren. Adenauer interessierte sich für die Parteizugehörigkeit seiner Beamten überhaupt nicht. Sein oft verfemter Staatssekretär Globke folgte der Devise: „Hauptsache, sie sind loyal!"

Dr. J. Deutz, Detroit

Wort des Tages

„Es gibt nichts Besseres als die Güte. Der menschliche Geist kennt durchaus andere hervorragende Gaben, aber keine von ihnen ist vergleichbar der Güte. Sind wir von ihr durchdrungen, so werden wir im Leben mit größerer Sicherheit dahinschreiten und Not und Elend unseres Erdenlebens besser überwinden."

Johannes XXIII.

Lissabon und Bissau streben Militärpakt an

Gegen Moskaus Expansion / Macao bleibt portugiesisch

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

„Macao bleibt portugiesisch, auch wenn die Nachbarkolonie Hongkong chinesisch wird." Diese Versicherung gab der portugiesische Ministerpräsident Mario Soares dieser Tage in Macao, dem letzten Überseegebiet, das Portugal blieb, eine 16 Quadratkilometer kleine Enklave der Volksrepublik China. Die 300 000 Bewohner dieses „chinesischen Territoriums unter portugiesischer Verwaltung" haben die Revolution der Roten Nelken im portugiesischen Mutterland 1974 in ihrem Stadtstaat nicht mitgemacht und blieben mit ihrem Gouverneur, einem Admiral, unter portugiesischer Souveränität. Zwischen Peking, das dieses unauffällige Fenster zum Westen offenbar nicht schließen möchte und Lissabon besteht kein terminiertes Abkommen wie zwischen Peking und London über Hongkong. Also besteht für Portugal auch keine Veranlassung, das Gebiet zu räumen, obwohl über 95 Prozent der Bevölkerung chinesisch sind, die aber an einer Veränderung des Status quo ebenfalls nicht interessiert sind.

Die portugiesische Außenpolitik bleibt – nunmehr im *europäisch-atlantischen* Rahmen – weiterhin überseeisch orientiert. Der junge Außenminister Jaime Gama, ein gebürtiger Azoraner, nutzt die Traditionen Portugals einer atlantischen Politik – ohne den Ballast der Vergangenheit. Ein Erfolg dieser Außenpolitik, so wie sie auch Staatspräsident General Eanes betreibt, dürfte das Militärabkommen mit Guinea-Bissau werden, dessen Einzelheiten in Kürze in Lissabon ausgehandelt *werden sollen.* Der guineische Staatspräsident Bernardo Nino Vieira, Chef des neunköpfigen Revolutionsrates seit dem Putsch von 1980, kündigte diesen Militärpakt bei seinem Staatsbesuch Anfang Juni in Lissabon an. Danach soll die portugiesische Armee zunächst die Ausbil*dung von Offizieren und Unteroffizieren* der Streitkräfte des westafrikanischen Staates am Atlantik übernehmen.

Gewiß sehr zum Ärger der Sowjetunion, die Guinea-Bissau und seine Armee ganz nach der Moskauer Auslegung der portugiesischen Revolution der Roten Nelken ihrem Imperium glaubte eingliedern zu können. Die guineischen Soldaten tragen bereits russische Uniformen. Mit seinen vorgelagerten Inseln soll Guinea-Bissau ein willkommenes Glied in der Kette von Stützpunkten bilden, die die sowjetische Marine zur Kontrolle und nötigenfalls zur Unterbrechung des europäischen Seeverkehrs im Atlantik zu festigen gedenkt.

Es ist der modernen portugiesischen Außenpolitik zu danken, daß sie weiterhin atlantisch orientiert bleibt – und die Enttäuschung der ehemaligen Kolonien Portugals über die rücksichtslose Ausbeutung durch die Sowjetunion nutzt, ohne das an die große Glocke zu hängen. Da Portugal nie eine Rassenpolitik betrieb, die Portugiesen in ihren Kolonien immer eng mit der afrikanischen Bevölkerung zusammenlebten, konnte es nicht ausbleiben, daß die nunmehr selbständigen Staaten Afrikas, wie Guinea-Bissau, Angola und Moçambique sich jetzt in ihrer Not zunächst wieder an Portugal wenden.

Die geringe Finanzkraft Portugals, die eigene wirtschaftliche Misere aber macht bestenfalls eine personelle Unterstützung möglich. Die Verbündeten Portugals, vor allem die USA, aber auch die Bundesrepublik Deutschland, müssen das finanzielle und wirtschaftliche Fundament zu dieser Annäherung liefern.

Der guineische Staatspräsident Vieira unterstützt ausdrücklich auch die Annäherung *zwischen* Moçambique und Südafrika ebenso wie die Beschlüsse von Lusaka, die zwischen Pretoria und Luanda (Angola) getroffen wurden. Was *er nicht sagte*, was aber durchaus in der Linie dieser afrikanischen „Los-von-Moskau-Bewegung" begt, ist die Zustimmung *zur südafrikanischen Forderung* nach einem Abzug der kubanischen Truppen, die in Angola die sowjetische Imperialmacht verkörpern. Wie es scheint, bemüht sich *Lissabon* in diesem Rahmen um eine Annäherung der De-facto-Mächte in Angola, der MPLA-Regierung in der Hauptstadt *Luanda* unter *Dos Santos* und des UNITA-„Staates" im weiten Lande unter Jonas Savimbi.

Der atlantischen Außenpolitik Portugals kommt paradoxerweise das geringe Überseeverständnis der meisten europäischen Staaten entgegen. Auf diese Weise bleiben Jaime Gamas Bemühungen weitgehend Geheimdiplomatie, von der die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft und Europa mindestens ebensosehr profitieren wie Portugal selber. (SAD)

Numeiris Berater: Islam ist nicht antiwestlich

Ideologie und Zielsetzung der Moslembrüder in Sudan

BERNT RÜTTEN, **Khartum**

Souverän und mühelos formulierend, in klassischem Arabisch ebenso wie in *fast akzentfreiem* Englisch, ist Hassan al-Turabi nicht nur ein angenehmer, sondern auch ein brillanter Gesprächspartner. Ausführlich, aber nicht weitschweifig gibt er Antwort auf alle Fragen und geht zur Gegenfrage über: „Ist die moderne westliche Gesellschaft nicht kriminell? Sie müssen Ihr Zimmer abschließen, sagen mir Freunde in New York, Philadelphia und Chicago, und gehen Sie abends nicht zu Fuß auf die Straße!"

Turabi, ein führender Vertreter der sudanesischen Moslembrüder, hat als Justizminister für die Einführung des islamischen Rechts in Sudan verantwortlich gezeichnet. Jetzt ist er außenpolitischer Berater von Präsident Numeiri. Sudan ist ein Modell geworden", führt er aus, „zum ersten Mal in der Geschichte baut eine Regierung den islamischen Staat nach den Vorstellungen der Moslembruderschaft auf. Das ist keine Theokratie, aber ein Staat, der nicht moralisch indifferent ist." Die islamischen Strafen seien „nur ein Aspekt. Vor allem werden Politik und Wirtschaft nach den Grundsätzen des Islam ausgerichtet."

In der Tat haben die Moslembrüder, die im Maghreb und zahlreichen Staaten des Nahen Ostens eine zum Teil starke und mit Gewalt unterdrückte Opposition darstellen, in Sudan zum ersten Male nicht nur legalen Status, sondern sogar Regierungsverantwortung erhalten. Sie streben eine Reislamisierung der Gesellschaft an, die – so Turabi – den Gegebenheiten moderner Entwicklung Rechnung trägt.

Hervorzuheben ist, daß Privateigentum garantiert wird. Da aber letztlich alles Eigentum Gott gehört, gilt der Mensch als Treuhänder, dem die Nutznießerschaft des Eigentums solange gebührt, wie er sie im Einklang mit dem islamischen Gesetz – Sharia – ausübt. Der Wille des Volkes soll nicht nach Mehrheitsgesichtspunkten, sondern durch Konsultation – Shura – Berücksichtigung finden. Daher hat der islamische Staat nach Darstellung von Turabi sowohl sozialen als auch repräsentativen Charakter. Von westlichen Demokratien unterscheide er sich vor allem dadurch, daß Politik und Recht nach moralischen Gesichtspunkten in Übereinstimmung mit der Sharia ausgerichtet seien.

„In 90 Prozent unserer Vorstellungen stimmen wir mit dem Christentum überein", erklärt Turabi. „Aber der Westen ist seit langem unchristlich geworden. Wir sind dem Christentum sehr viel näher als die säkularisierte Gesellschaft des Westens, weil wir religiös sind." Turabi betont, daß dem Islam kein antiwestliches Element innewohne. Nur wenn der Westen die Reislamisierung der Gesellschaft zu unterdrücken versuche, werde die islamische Renaissance antiwestlichen Charakter erhalten. Als einen solchen Fall sieht Turabi den Iran des Ayatollah Khomeini, der nur deshalb antiamerikanisch geworden sei, weil die USA sich mit dem antiislamischen Regime des Schah liiert hätten. „Wenn der Westen uns seine westliche Gesellschaftsform aufzwingen will – was im übrigen äußerst undemokratisch ist –, so werden wir uns gegen ihn wenden."

Erste Ansätze für Versuche des Westens mit dem Ziel, die Islamisierung in Sudan aufzuhalten, sieht Turabi im Abzug amerikanischer und deutscher Experten aus Südsudan. „Sicherheitsgesichtspunkte dienen hier nur als Vorwand. Die Gefangennahme von zwei deutschen Entwicklungsexperten in Südsudan war ein Akt des Terrorismus, wie er überall auf der Welt vorkommen kann. Der weitaus größte Teil des Südens ist sicher."

Die rigorose Anwendung von Körperstrafen – bei Diebstahl Hand- und Fußamputation, bei Alkoholkonsum und unzüchtigem Verhalten öffentliche Auspeitschung – rechtfertigt Turabi mit dem erklärten Ziel der Regierung, das Verbrechen aus der Gesellschaft zu eliminieren und alle Kräfte für die Entwicklung zu mobilisieren. „In einem Land, das nicht einmal über ausreichend Trinkwasser verfügt, haben wir in der Vergangenheit kostbare Devisen für den Import von Alkohol ausgeben."

Nimmt man den kleinen Dieben die Hand ab und läßt die großen Betrüger mit Geld- und Gefängnisstrafen davonkommen? „Erst gestern wurde einem korrupten Beamten wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder die Hand amputiert", erklärt Turabi mit einnehmendem Lächeln. Die Exekutoren werden in Eilkursen in Saudi-Arabien ausgebildet. Doch nach Augenzeugenberichten wird die Bestrafung in *abgelegenen Dörfern* noch mit dem Beil vorgenommen.

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Physikochemiker Professor **Gustav Kortüm** feierte in Tübingen seinen 80. Geburtstag. Er gilt als einer der Gelehrten, die die Anerkennung der Physikalischen Chemie in Deutschland gegen erhebliche Widerstände durchsetzten. Schwerpunkte seiner Forschung liegen in der Thermodynamik, der Elektrochemie und der Spektroskopie. Der in Mecklenburg geborene Wissenschaftler war nach dem Chemiestudium in Karlsruhe über Berlin, Würzburg und Zürich 1936 nach Tübingen gekommen. Dort wurde er 1942 auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Physikalische Chemie berufen und zum Institutsdirektor ernannt. Kortüm ist Mitglied der Leopoldina Halle/Saale und mehrerer Kommissionen der Internationalen Union für reine und angewandte Chemie.

*

Der Präsident des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e. V. in Bonn, **Werner Kiessling**, feiert am Sonntag seinen 70. Geburtstag. Kiessling, Ende Dezember 1949 aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen, *war von* Januar 1950 an Mitglied des Heimkehrerverbandes. Er gründete als einer der Aufgerufenen der „ersten Stunde" spontan *einen eigenen Ortsverband.* Seit diesen Tagen sind für Werner Kießling Idee, Inhalt und gestalterische Formen des Heimkehrerverbandes der Sinn und die Aufgabe seines Lebens geworden. Bereits im September 1951, anläßlich des ersten Verbandstages in Bonn, wurde der gelernte Journalist zum Hauptgeschäftsführer und Bundespressereferenten berufen und 1964 zum *geschäftsführenden Präsidenten* gewählt. Kiesslings Lebenswerk für die Heimkehrer ist, gemessen an der Fülle seiner Initiativen, seiner erfolgreich bewältigten Aufgaben, unübersehbar. Herausragend wären die beiden Komplexe: Integration des Millionenheers der verbittert und enttäuscht Heimgekehrten in das neue Staatsgefüge, diese beklagenswerten Mitbürger zu neuer Verantwortung an der Gestaltung einer demokratischen Rechtsordnung heranzubilden; zum anderen ist Kiessling das *Persönlichkeitsmerkmal* eingewurzelt, nicht müde zu werden am Zusammenwirken der dauerhaften Aussöhnung mit den französischen Nachbarn – ein stetes Tun, das für ihn Synonym ist mit dem Einigungswerk eines ganzen Europas.

AUSZEICHNUNGEN

Es ist ungewöhnlich, daß ein Hamburger Orden annimmt, außer jenem berühmten Portugaleser, mit dem die Hansestadt ihre verdienten Bürger auszeichnet. Der gebürtige Hamburger **Kurt Schoop**, der bis zum März dieses Jahres 17 Jahre lang die Geschicke der Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea leitete und sie bis auf Platz eins in Deutschland führte, macht eine Ausnahme. Denn er nimmt die zahlreichen Auszeichnungen nicht nur für sich persönlich entgegen, sondern „auch für meine Mannschaft, das Messeteam". Italiens Botschafter **Luigi Vittorio Ferraris** überreichte dem jetzigen Nowea-Aufsichtsratsmitglied in Bonn die Ordensinsignien des Kompturkreuzes des Verdienstor*dens der italienischen Republik.* Er würdigte damit den „dynamischen Einsatz" Schoops, den internationalen Handel durch Ausstellungen, Messen und Kongresse zu fördern.

*

Bundespräsident **Karl Carstens** wird für seine besonderen Bemühungen um die Freundschaft zwischen den USA und der Bundes*republik Deutschland mit dem* „Concorde-Preis" der Krefelder Gesellschaft für deutsch-amerikanische Beziehungen ausgezeichnet. Carstens wird die mit 10 000 Mark dotierte Ehrung als erster Preisträger am 14. August in der „Seidenstadt" in Empfang nehmen. Der Preis war 1983 aus Anlaß der 300. Wiederkehr des Jahres gestiftet worden, in dem 13 Krefelder Familien als erste Gruppe von Deutschen nach Amerika auswanderten. Sie benutzten zur Überfahrt den Segler „Concorde".

*

Für seine langjährigen aktiven Bemühungen um die Partnerschaft der Städte Mannheim und Toulon ist Monsignore **Franz Völker** mit der „Medaille d'Or" der Stadt Toulon ausgezeichnet worden. Sie wurde dem früheren Stadtdekan und amtierenden Pfarrer der Mannheimer Heilig-Geist-Gemeinde vom Oberbürgermeister **Maurice Arreckx** in Toulon überreicht.

*

Den mit 10 000 Mark dotierten Andreas-Gryphius-Preis hat in Düsseldorf der Schriftsteller **Hans Sahl** erhalten. Der in New York lebende Autor, der 1902 in Dresden geboren wurde und während der Zeit des Nationalsozialismus emigrierte, hat sich als Lyriker, Erzähler, Dramatiker und Essayist einen Namen gemacht. Bekannt wurde er auch als Übersetzer amerikanischer Literatur. Die diesjährigen Förderpreise von jeweils 4000 Mark gingen an **Felizitas Frischmuth**, **Karin Vogt** und **Siegfried Heinrichs**.

Der Tübinger evangelische Theologe Professor **Ernst Steinbach** ist verstorben. Der 1906 in Stuttgart geborene Religionsphilosoph und Sozialethiker wurde vor allem durch seine politische, kultur- und bildungspolitische Tätigkeit aber auch durch seine auf den modernen Menschen bezogenen allgemein verständlichen theologischen Publikationen einer *breiten* Öffentlichkeit bekannt. Er zählte zu den Männern der „ersten Stunde" und gründete aus Sorge um die heimgekehrte Kriegsjugend 1949 mit *Carlo Schmid* das Internationale Jugendsozialwerk, dessen Kuratorium er bis in die jüngste Zeit leitete.

Boehringer: Ein Drama mit langer Vorgeschichte

Werk wehrt sich gegen Vorwurf „laxen" Umgangs mit Umwelt

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Als ein „Drama mit langer Vorgeschichte" bezeichnete gestern der Leiter des Hamburger Boehringer-Werkes, Werner Krum, das Ende der HCH (Lindan)-Produktion in Moorfleet. Zu unrecht habe man die Firma immer weider mit Seveso und Vietnam in Verbindung gebracht, so wie der Atomindustrie die Waffen-Problematik anhänge. Die Gesprächsrunde im Werk bewies, daß sachliche Diskussionen über das giftige Abfallprodukt TCDD (Dioxin) äußerst schwierig, die Verständigungs zwischen Chemikern und Umweltschützern kaum möglich ist.

Wohl deshalb waren auch nach Darstellung Krums Verhandlungen zwischen der Umweltbehörde und dem Werk gescheitert, die eine vorübergehende Weiternutzung der HCH-Anlage zum Ziel hatten. Als Gegenleistung für behördliche Toleranz brachten die Ingelheimer ein potentielles „Heilmittel" gegen die inzwischen fast allgegenwärtige Dioxingefahr ins Spiel: In den Vereinigten Staaten wurde unterdessen ein Pilotanlage patentiert und bei der Umweltbehörde angemeldet, die angeblich giftige organische Verbindungen wie Dioxine mit einem *Erfolg* von mehr als 99 Prozent „knacken" soll.

Boehringer-Mitarbeiter haben das Verfahren gesehen und den Einsatz in Hamburg erwogen. Als zusätzlichen „Bonus" für die Hansestadt winkte damit eine Lösung für das Dioxin-Problem in der Sondermüll-Kippe Georgswerder.

„Exempel statuiert"

Kritik übten Krum und seine Ingelheimer Kollegen am scharfen Vorgehen der Hamburger Umweltbehörde, deren Auflagen zum ersten Mal ein Exempel statuierten. Der nachfolgende Rechtsstreit wird auch für andere zum Musterfall werden. Dabei mögen das Unternehmen die überaus niedrigen Grenzwerte, deren Schädlichkeit nicht begründet werde. Und gleichzeitig, so hieß es, tolerierten diese Behörden etwa bei Müllverbrennungsanlagen weit höhere Dioxin-Konzentrationen. Bemängelt wird außerdem, daß für Abluft- und Abwasserproben aus Moorfleet noch kein Nachweis für das „Seveso-Gift" vorliege. Schließlich bezweifeln die Werks-Wissenschaftler die Aussagefähigkeit der vorliegenden Dioxin-Werte in den sogenannten Zersetzer-Rückständen bei der HCH-Produktion, die Grundlage der Behörden-Auflagen waren.

Das Unternehmen wehrt sich vehement gegen die inzwischen langjährige Kritik an angeblich „laxem" Umgang mit Umwelt und Chemikalien. Erkrankungen von Werksmitarbeitern in Ingelheim und Hamburg in den Jahren 1953/54, die man zunächst Chlorakne nannte und seit Seveso *(1976) als Folgen des TCDD kennt,* haben nach Aussage von Boehringer-Vertretern zu umfassenden Sicherheits-Maßnahmen geführt.

Erst seit diesem Jahr

Analog zu der Möglichkeit, das Gift bei der Produktion und den Rückständen analytisch nachzuweisen, seien auch die Bestandteile des giftigen Abfalls reduziert worden. Und die derzeitigen Meßmethoden, mit denen man Dioxin bis in Konzentrationen von milliardstel Gramm nachweisen kann, seien erst seit Anfang dieses Jahres Stand der Technik.

Angesichts der Streitereien über den geltenden „Stand der Technik" und zukünftige Meßmethoden hatte bereits auf einem Wissenschaftler-Symposium über das Problem der Hamburger Deponie-Georgswerder der Professor Hans-Peter Lühr vom Bundesumweltamt empfohlen, geltendes Verfahren umzukehren: Nicht die Überwachungsbehörden sollten nachweisen, daß ihre Ansprüche an die Reinheit von Wasser, Luft, Boden und Abfällen nützlich und notwendig seien. Vielmehr solle man der Industrie die Beweislast zuschieben, daß die Dosis von Stoffen, die bei ihren Produktionen auftreten, für Mensch und Umwelt unschädlich sind.

Während in Hamburg-Moorfleet Entsorgung und Aufräumung des Boehringer-Werkes vorbereitet werden, steht auch die Sanierung des Geländes an, auf dem im Wasser und Boden Dioxinspuren gemessen wurden. Werksleiter Krum versicherte, daß der Konzern hier für mögliche Schäden eintreten werde. Das Problem Georgswerder aber, für das zahlreiche Firmen und die Nachlässigkeit von Genehmigungsbehörden gemeinsam verantwortlich seien, könne man nur in einer Art Solidargemeinschaft finanziell lösen.

Weinberger gegen Drohung mit Rückzug

● Fortsetzung von Seite 1

Paktes soweit wie möglich entsprechend den von NATO-Oberbefehlshaber Rogers ausgearbeiteten Plänen hinauszuziehen.

Für Nunn geht diese Rechnung von „input" und „output" schon dann positiv für Europa aus, wenn es sich auf die Realisierung der Drei-Prozent-Forderung in den Verteidigungshaushalten einläßt. Dann brauchen nach Nunns Meinung die Europäer in den drei anderen Bereichen von *1987* an nur jeweils *20* Prozent mehr in Richtung auf die vereinbarten Ziele hin zuzulegen.

Für die Bundesregierung in Bonn ist die Position Nunns vor allem aus psychologischen Gründen nicht akzeptabel. Bundesverteidigungsminister Wörner, der, wie zu hören war, sofort nach Bekanntwerden der Initiative mit dem Senator telefoniert hatte, zeigte sich offensichtlich enttäuscht über die durch Nunn ausgelöste Entwicklung im Senat. Auch für den Bonner Verteidigungsminister ist klar, daß Europa zum Ausbau der konventionellen Verteidigung mehr tun muß. Dies müsse aber in „diffizileren Prozessen" am Verhandlungstisch in der NATO vereinbart werden und nicht mit dem „Holzhammer". So urteilt Wörner über Nunns Vorgehen. Nach seiner Ansicht wären die USA gut beraten, sich mit den Europäern an einen Tisch zu setzen, um nötigenfalls auch in harten Verhandlungen das gewünschte Ergebnis zu erreichen. Auch US-Verteidigungsminister Weinberger hatte gegenüber der *WELT* darauf verwiesen, daß die USA, statt zu drohen und Druck auszuüben, „immer wieder versuchen müssen, zu überzeugen". Weinberger hielt es im übrigen auch nicht für richtig, den Europäern ständig vorzuwerfen, sie blieben seit Jahren hinter der vereinbarten Steigerung der Verteidigungsleistungen um real drei Prozent jährlich zurück. „Wir in den USA sündigten auf diesem Gebiet in den siebziger Jahren."

Wörner wies auch auf die großen Anstrengungen der Bundesrepublik zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung hin. Er erwähnte das WHNS-Programm zur Unterstützung der US-Streitkräfte und kündigte höhere Leistungen zur Verbesserung der NATO-Infrastruktur an.

Länder akzeptieren für 1986 einen starken Steuerausfall

Diskussion um Steuerreform: Familienlastenausgleich ist finanzierbar

HEINZ HECK, Bonn

Auch wenn die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder gestern abend am Spitzengespräch von CDU, CSU und FDP über die Steuerreform nicht teilgenommen haben, so beeinflußten ihre Vorstellungen dennoch maßgeblich den Verhandlungsverlauf. Denn jede Steuerreform braucht die Zustimmung der Ländermehrheit im Bundesrat, und der Widerstand der vier SPD-regierten Länder ist so gut wie sicher.

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat der Koalitionsspitze gestern die Position der sechs CDU-regierten Länder vorgetragen. Danach akzeptieren sie für 1986 einen Steuerausfall für Bund, Länder und Gemeinden von rund zehn Milliarden Mark, also ohne Ausgleich durch Steuererhöhungen. Damit läßt sich die geplante Verbesserung des Familienlastenausgleichs durch Erhöhung der Kinderfreibeträge auf 2400 Mark je Kind und Jahr (Steuerausfall etwa 5,2 Milliarden Mark) und ein etwa gleich teurer Einstieg in die Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs finanzieren. Hinzu kommt eine Erhöhung des Kindergelds für Bezieher niedriger Einkommen um 44 Mark monatlich je Kind. Diese familienpolitische Flankierung kostet den Bundeshaushalt zusätzlich etwa 650 Millionen Mark.

Steuereinsparungen über „Luxussteuern"?

1988 entspricht die '86er Entlastung von rund zehn Milliarden Mark bereits elf bis zwölf Milliarden Mark, da die Einkommen - und die Steuern - bis dahin weiter steigen. Für diese zweite Stufe sind die Länder zur Hinnahme weiterer Steuerausfälle von fünf bis sechs Milliarden Mark bereit. Weitere vier Milliarden sollen (siehe WELT vom 20. Juni) durch Erhöhung der Tabak-, der Versicherung-, Wechsel-, Renn-, Wett- und Lotteriesteuer hereingeholt werden, so daß das Finanzierungsvolumen auf 21 Milliarden Mark steigt. Ob darüber hinaus der Abbau von Steuervergünstigungen im Umfang von etwa drei Milliarden Mark gelingt, war angesichts des gezielten Widerstands verschiedener Gruppierungen in der Koalition gegen die von Stoltenberg bereits im März präsentierten Vorschläge noch offen. Dagegen scheint sicher, daß Stoltenberg und die Länder den Weg über eine entsprechend höhere Nettokreditaufnahme nicht gehen wollen, falls der Abbau der Steuervergünstigungen aus politischen Gründen scheitert.

Mit diesem Finanzvolumen ist aber das von Finanzminister Stoltenberg im März vorgelegte Tarifmodell T 1, dem in der gestrigen Runde einhellig der Vorzug gegenüber anderen Entlastungsmodellen gegeben wurde, nicht ganz zu finanzieren. Wie berichtet, würde allein die Einführung des T 1 (also ohne die Verbesserung des Familienlastenausgleichs) 1986 rund 15,4 und 1988 etwa 20,2 Milliarden Mark kosten. Auch eine - technisch durchaus mögliche - Halbierung des T 1, *also Inkraftsetzung zu gleichen* Teilen 1986 und 1988, müßte scheitern, wenn sich die Ländermehrheit nicht doch noch „bewegt" oder Stoltenberg ihnen mit Zugeständnissen zum Beispiel bei der Verteilung der Mehrwertsteuereinnahmen zwischen Bund und Ländern entgegenkommt.

Ungeachtet dessen wird die für 1986 geplante Steuerentlastung in jedem Falle, wie von Bundeskanzler Helmut Kohl angekündigt, die „größte" der Nachkriegszeit. Aus einer Aufstellung des Finanzministeriums über die vier Tarifkorrekturen seit 1970 geht hervor, daß die größte Nettoentlastung knapp 8,2, die niedrigste 4,4 Milliarden Mark betrug. In allen vier Fällen wurde ein erheblicher Anteil *der Bruttoausfälle (zwischen 27* und 68 Prozent) durch Abbau von Steuervergünstigungen und Steuererhöhungen gegenfinanziert. Allein zweimal - *1977* und *1979* - kam es zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um jeweils einen Punkt. Allerdings traten die vier Entlastungen im Abstand von jeweils nur zwei Jahren von 1975 bis 1981 in Kraft. Dagegen werden bis zur nächsten Reform fünf Jahre vergehen. Außerdem ist das Entlastungsvolumen von 1975 mit 8,2 Milliarden Mark wegen der bis dahin erheblich gestiegenen Steuereinnahmen höher zu veranschlagen als Steuerausfälle von rund zehn Milliarden Mark 1986.

Die am Dienstag in Bonn bekanntgegebene Steuerschätzung hat erwartungsgemäß nicht zu nennenswerten Abweichungen gegenüber der März-Schätzung geführt. Gerade mit Blick auf den immer noch andauernden Arbeitskampf in der *Metall- und Druckindustrie* hatte die Bundesregierung an ihrer im März zugrunde gelegten Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung festgehalten. Diese war damals (mit 2,5 Prozent realem Wirtschaftswachstum) noch als zu skeptisch angesehen worden. Heute gilt sie manchen Beobachtern bereits als optimistisch.

Stoltenberg sieht Haushaltsrisiken

Steuerschätzungen basieren immer auf geltendem Recht. Daher konnten die geplante Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft und die deutlich höheren Abflüsse an die EG lediglich in Form einer Fußnote berücksichtigt werden. Danach veranschlagt der Finanzminister 1986, also im ersten Jahr der Steuerreform, die Ausfälle durch die Vorsteuerpauschale auf 2,7 (davon Bund 1,8 und Länder 0,9) Milliarden. Hinzu käme für den Bund eine Belastung von 4,3 Milliarden, wenn die Zahlungen an die EG von derzeit 1,0 auf 1,4 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen erhöht werden. Sollte dieser Satz 1988, wenn die zweite Stufe der Steuerreform wirksam werden soll, auf 1,6 Prozent erhöht werden, so steigt die Belastung auf 7,3 Milliarden Mark.

Stoltenberg sieht daher auch für 1986 größere Haushaltsrisiken als für 1985, für das sein Haushaltsentwurf so gut wie fertig ist (siehe Wirtschaftsteil). Für 1984 erwartet der Minister eine Neuverschuldung des Bundes von rund 28 statt der im Haushaltsgesetz bewilligten 33,6 Milliarden Mark. Seinen '85er Haushaltsentwurf baut er auf der Annahme einer Neuverschuldung von 24 bis 25 Milliarden Mark auf (statt der 32,9 Milliarden in der gültigen mittelfristigen Finanzplanung). Dafür ist nicht zuletzt der Bundesbankgewinn verantwortlich. Für 1986 stehen 27,6 Milliarden Mark Nettokreditaufnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung, und die neue Zahl dürfte durch die Reform nicht nennenswert darunter liegen.

Seite 2: Letzter Versuch

Alex Möller beklagt Mangel an neuen Ideen

PETER PHILIPPS, Bonn

Der ehemalige Bundesfinanzminister Alex Möller hat vor der Friedrich-Ebert-Stiftung den „Mangel an neuen und belebenden Ideen und an Gesprächs- und Zuhörbereitschaft" in der Bundesrepublik Deutschland beklagt. Vehement setzte sich der Sozialdemokrat und „Genosse Generaldirektor" mit Vorschlägen zur Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik auseinander, die in den vergangenen Monaten im Gesprächskreis der Stiftung gemacht worden waren. Dabei stellte er klar, daß nach seiner Meinung *„global ansetzende* Maßnahmen – dazu gehört die Geldpolitik – ungeeignet" sind. Gefordert seien differenzierte Maßnahmenbündel".

Der Gedanke, die Sozialabgaben nicht nur an der Leistung des Faktors Arbeit zu bemessen, sei „nicht unbedingt abwegig". Und wenn es allein um die Finanzierungsfrage gehe, wäre eine „allgemein an der Wertschöpfung orientierte Abgabe sicher eine passable Lösung". Aber wer „primär Verschiebungen in den Faktoreinsatzverhältnissen" einsetzen wolle, sei auf dem falschen Weg.

Ausdrücklich zitierte Möller das Daimler-Benz-Vorstandsmitglied Edzard Reuter: „Es muß das Vertrauen der Unternehmungen neu geschaffen werden, daß sie sich auf klare und erkennbare Rahmenbedingungen für ihr Handeln verlassen, und daß diese Rahmenbedingungen für einen Zeitraum als gesichert gelten können, den langfristig wirkende Unternehmensentscheidungen nun einmal unverzichtbar voraussetzen.

Kritisch an die Adresse seiner eigenen Partei erinnerte Möller daran, „daß nach den ersten Jahren der Regierung Willy Brandt ein Überziehen der finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten klar erkennbar wurde und daß wir uns leider zu wenig nach Prioritäten gerichtet haben". Er selbst war damals aus diesem Grund als Minister zurückgetreten.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel legte anschließend ein Bekenntnis zu „Unternehmensinitiative, einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und Marktkonkurrenz" ab. Aber die Gemeinschaft könne nicht auf „Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses" sowie „korrigierende Maßnahmen" verzichten, „wo der Selbstlauf Gefahren heraufbeschwört".

Kommt nur Mittelmaß?

Forschungsgemeinschaft warnt vor Resignation

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Professor Eugen Seibold, hat auf der Jahresversammlung der Wissenschaftsförderungs-Organisation in Bonn davor gewarnt, daß unter vielen begabten, bereits habilitierten Nachwuchswissenschaftlern nach der „Inflation, der Stagnation und der Restriktion" an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland jetzt die „Resignation" um sich greife. Es bestehe die Gefahr, daß durch die staatliche Hochschulpolitik, keine Stellen zu schaffen, „in unserem Jahrzehnt viele der besten Nachwuchsforscher den Hochschulen" verloren gingen und „wir uns in den neunziger Jahren zum zweitenmal nach den siebzigern vielfach mit der zweiten Wahl zufrieden geben müssen".

Vor allem an die Adresse derer, die „in Sonntagsreden Spitzenforschung und Elitebildung fordern", sagte Seibold, daß wir Gefahr laufen, „das Mittelmaß zu produzieren und die Forschung provinziell zu machen". Als zumindest punktuelle Auswege aus der Misere *nannte* der Naturwissenschaftler die Einführung von Diätdozenturen an den Hochschulen, Stiftungslehrstühle, die Verlängerung des Heisenberg-Programms und das zügige Einsetzen der Graduiertenförderung. Außerdem bat er „alle, die es angeht", sich "frühzeitiger und mehr als bisher mit direkter Zuwendung, vor allem im persönlichen Gespräch, sich um diesen wissenschaftlichen Nachwuchs zu kümmern".

Die DFG hat im vergangenen Jahr mit 909,1 Millionen Mark rund 20,9 Millionen Mark mehr für die Forschungsförderung ausgeben können als 1982. Der Löwenanteil kam mit 524,3 Millionen Mark vom Bund, 372,2 Millionen Mark steuerten die Länder bei, 3,3 Millionen Mark der Stifterverband und andere private Spender. 3,9 Millionen Mark kamen aus eigenen Einnahmen der DFG. Aber da allein im Bereich der Großgeräte von jährlichen Kostensteigerungen in der Größenordnung von zehn Prozent ausgegangen werden muß, bedeutete die geringe Steigerung, daß – so Seibold – 1500 Anträge total abgelehnt werden mußten (1980: 1000), „was jüngere Forscher abzuschrecken droht, was aber unumgänglich ist, wenn wir nicht bei guten neuen Anträgen oder hervorragend laufenden Vorhaben ins kleinliche Abstreichen abrutschen wollen". Außerdem sei nicht zu übersehen, daß viele gute Projekte in den Schubladen verschwänden, weil sich die Forscher keine Chance ausrechneten.

Der Berliner Ingenieur-Ordinarius Günter Spur entwarf in seinem Festvortrag vor der DFG-Jahresversammlung ein atemberaubendes Bild alternativer Zukunftsstrukturen. Er sieht die „Einmaschinenfabrik" auf uns zukommen, die als „kompakte Fertigungszelle organisiert" sei, und die „Mehrmaschinenfabrik" in „komplexer Zellenstruktur". Außerdem erwartet er die „dezentral lokalisierte Satellitenfabrik", die über ein Kommunikationsnetz mit der Betriebszentrale verbunden ist. Es werde die Trennung in die rechnerintegrierte, hochflexible automatisierte Produktionsfabrik auf der einen und eine Gruppe von Unternehmen ohne eigene Fertigung als Träger spezifischen Produkt- und Marktwissens auf der anderen Seite geben.

Leber: Speere abgeschossen, aber kein Gift

DW. Bonn

Georg Leber verbreitete Optimismus. „Irgendwann in den nächsten zwei Wochen", meinte der Schlichtungsvorsitzende im Arbeitskampf der Metallindustrie, werde der Tarifkonflikt gelöst werden können. Es lasse ihn hoffen, daß beide Seiten aufeinander zwar Speere abgeschossen hätten, aber daß an deren Spitze kein Gift gewesen sei. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Hans Peter Stihl, und der Stuttgarter Bezirksleiter Ernst Eisenmann, sagten vor Beginn der Schlichtungsverhandlungen in Ludwigsburg ebenfalls, daß sie sich eine Einigung von diesen Verfahren erhofften.

Der Vermittler in den Verhandlungen der Druckindustrie, Professor Kurt Biedenkopf, legte in Düsseldorf den Tarifparteien einen Lösungsvorschlag über die strittige Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung vor. Biedenkopfs Absicht dürfte sein, eine Arbeitszeitverkürzung über längere Zeiträume hinweg zu verteilen.

Der erste Tarifvertragabschluß dieses Jahres für die Arbeitnehmer in der chemischen Industrie ist perfekt. In dem mit 180 000 Beschäftigten größten Tarifbezirk Nordrhein vereinbarten die Tarifparteien in Aachen eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um vier Prozent. Der Arbeitgeberverband erklärte, mit diesem Abschluß seien die Unternehmer an die „Grenze des Vertretbaren" gegangen. Positiv sei zu vermerken, daß die Einigung ohne Schlichtung erreicht worden sei.

Der Nestor der katholischen Sozialwissenschaft, der Jesuiten-Professor Oswald von Nell-Breuning, hat klargestellt, daß sich die *Gewerkschaften* im Kampf um die 35-Stunden-Woche zwar in der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, aber nicht im Verlangen nach vollem Lohnausgleich auf ihn und die katholische Soziallehre berufen könnten. „Voller Lohnausgleich" bedeutet für Nell-Breuning, daß die Beschäftigten keinerlei Opfer für die Arbeitslosen brächten, sondern sich von Arbeit und gleichzeitig von dem von ihnen bisher über Steuern und Beiträge getragenen Unterhalt der Arbeitslosen entlasteten. Dagegen lehne er sich auf. Die Beschäftigten hätten den Arbeitslosen das Angebot machen sollen: „Wir treten euch die Arbeitsstunden mit dem dazugehörigen Lohn ab; bisher haben wir euch über Abgaben, Steuern und anderes unterhalten; davon werden wir entlastet, wenn ihr euch wieder selbst erhalten könnt; und mit der Zeit werden wir auch unsere Löhne wieder aufstocken".

Kohl zu Besuch in Ungarn

Gute Beziehungen sollen Lage in Europa entspannen helfen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl fliegt heute zu einem dreitägigen Besuch nach Ungarn. Es handelt sich, abgesehen von der Sowjetunion, um die erste Reise Kohls in ein Land des Warschauer Paktes und um die erste Begegnung der politischen Führungsspitzen beider Länder seit dem Bonner Regierungswechsel.

Der Kanzler mißt dem Besuch nach Angaben von Staatssekretär Peter Boenisch große Bedeutung bei und sieht in dem guten Verhältnis zwischen Ungarn und der Bundesrepublik „die Chance, zu einer Stabilisierung der Lage in Europa, zum Abbau der das West-Ost-Verhältnis belastenden Spannungen und zur Wiederbelebung des Dialogs zwischen den Großmächten beizutragen". Dabei will er klarstellen, daß der Westen verhandlungsbereit bleibe, ohne Vorbedingungen zu stellen, und bei der Suche nach Dialog mit allen osteuropäischen Staaten keine Politik des „Auseinanderdividierens" betreibe.

In Budapest wird Kohl Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Janos Kadar, Ministerpräsident György Lazar und dem Vorsitzenden des Präsidialrats der Ungarischen Volksrepublik, Pal Losonczi, führen. Ungarn ist für die Bundesrepublik ein wichtiger Wirtschaftspartner. Nach Ansicht des Kanzlers wird die insgesamt positive und problemlose Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit eine stabile Grundlage für den Meinungsaustausch bilden.

Nicht zum Nulltarif

Mk. – Mit ihren Auftritten im Bundeskabinett waren Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und auch Bundesbahn-Chef Reiner Gohlke zufrieden. Sie konnten der Ministerriege noch einmal plausibel darlegen, warum die Bundesbahn mehr Geld benötigt, wenn sie zu dem werden soll, was die Bundesregierung in ihren bahnpolitischen Leitlinien festgelegt hat. Schnelligkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit – das gibt es nicht zum Nulltarif.

Nur: Das, was nach dem ersten Gespräch zwischen Dollinger und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg nach Frankfurt drang, hat in dem Bundesunternehmen wahrlich keine Freudentänze ausgelöst, im Gegenteil. Denn mehr als 200 Millionen Mark soll Stoltenberg nicht zusätzlich offeriert haben. Und das, obwohl Bonn die Bahn drängt, nun endlich die neue Drehstromlokomotive E 120 in namhafter Stückzahl zu ordern, was im Interesse der Hersteller liegt. Wenn die Bahn die Lok nicht bald fährt, so das Argument, dann kann die Neuentwicklung auch im Ausland kein Verkaufsschlager werden. Nur: Für die Bahn rechnet sich die Lok nicht, sie hat schon jetzt zu viele Maschinen.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist vorstellbar. Die Bahn nimmt zusätzlich auf dem Kapitalmarkt Kredite auf, mit dem, was die Bundesregierung zusätzlich für ihr Unternehmen locker machen will, trägt sie die Zinsen und Kapitaldienst. Das Wirtschaftsergebnis bliebe unberührt, obwohl die Bahn dann schneller auf neuen Gleisen fahren könnte. Leider sind die Weichen so nicht gestellt.

Zeitgemäß?

ff. – Unter den steuerbegünstigten Kapitalanlagen stellt das Bauherrenmodell, das Anfang der 70er Jahre entstand, von der steuerlichen Konzeption her das am wenigsten umstrittene Investment dar. Bei den Finanzbehörden jedenfalls gibt es kaum Schwierigkeiten mit der Anerkennung von steuerlichen Verlusten. Daß diese Subvention, die die Steuervorteile darstellen, günstige volkswirtschaftliche Wirkungen zeigt, hat der Kieler Wirtschaftswissenschaftler Professor Willms in einer Studie durchaus überzeugend dargestellt. Daß die Initiatoren solche Ergebnisse gerne veröffentlichen, entwertet die Untersuchung keineswegs. Aber ist nicht zu fragen, ob diese Subvention – dies gilt für alle nicht subjektgebundenen Hilfen im Wohnungsbau – noch zeitgemäß ist, wenn man an eine Million leerstehende Wohnungen denkt, eine Zahl, die verständlicherweise und vielleicht nicht zu Unrecht von den Anbietern als überhöht angesehen wird, stammt sie doch vom Verband der Wohnungseigentümer. Auch die verteilungspolitische Wirkung kann nicht einfach ignoriert werden.

Kritik am IWF

Von G. FRIEDLÄNDER, Cartagena

Die Finanzminister der sieben lateinamerikanischen Länder, die zusammen mit ihren Außenministern in Cartagena zusammenkommen, treffen sich nicht zum ersten Mal. Im September 1983 wurden in Caracas im Rahmen der Organisation amerikanischer Staaten die Probleme des Schuldenberges – etwa 350 Mrd. Dollar – diskutiert, der Lateinamerika zu erdrücken droht. Im Januar berieten sie in Quito, wo mehr als 30 Länder des Raumes und der Karibik vertreten waren, fünf sogar durch ihre Präsidenten. Im März bot ihnen die angesehene interamerikanische Entwicklungsbank Gelegenheit, das Thema zu erörtern. Nun treffen sich die betroffenen Staaten in Cartagena. Den Versammelten geht es vor allem darum, daß die Gläubiger die politischen Probleme der Schuldner begreifen.

Argentiniens Regierung stößt beim Wiederaufbau seines demokratischen Systems auf die Opposition der Peronisten, die in den von ihnen beherrschten Gewerkschaften trotz der Friedensversprechungen Isabel Perons mit Streiks drohen. Die Inflation, die auch dieses Jahr über 300 Prozent liegen wird, sorgt schon für Unruhe. Alfonsin muß eine Sprache finden, die die Opposition im Zaum hält. So bezeichnet er den Einfluß der Gläubigerländer auf das lateinamerikanische Wirtschaftsleben als „neuen Kolonialismus" und weigert sich, den US-Banken mit einer Münze zu zahlen, die er „den Hunger unseres Volkes" nennt.

Brasilien erlebte Straßenunruhen, Plünderungen von Supermärkten, und Kundgebungen gegen die Regierung, die ihren Weg einer langsamen demokratischen Öffnung nun wieder zu verlängern droht. Peru wird von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung geplagt, die sogar die anderer Länder überschreitet. Lima, einst der Stolz des Subkontinentes, hat seinen Glanz verloren. Die Guerrilla ruft in vielen Landesteilen Unsicherheit hervor. Ein Mordversuch gegen den vor kurzem zurückgetretenen Finanzminister ist ein Ausdruck der Gewalttätigkeit. Um der von Gewerkschaften provozierten Unsicherheit Herr zu werden, wurde der Belagerungszustand verhängt.

In Venezuela bezahlte die Christdemokratische Partei bei den letzten Wahlen mit Machtverlust – als Resultat für die die Wirtschaftslage. Kolumbien hat mit einem der Guerrillaverbände einen Waffenstillstand geschlossen, aber seine Ausweitung zum Frieden hängt davon ab, daß soziale Besserungen sichtbar werden. Inzwischen geht der Kampf mit anderen Guerrillagruppen weiter.

Boliviens Zentralregierung droht unter dem Druck der Wirtschaftsnot auseinanderzubrechen. Einige Städte kündigten an, zu nicht autorisierten Wahlen von Stadtregierungen aufzurufen. Die Gewerkschaften verboten der Regierung, Zinsen ins Ausland zu zahlen. Die sogar links orientierte Regierung der Dominikanischen Republik sah sich vor Straßenunruhen mit vielen Todesopfern.

Überall wird der Internationale Währungsfonds (IWF) als Verantwortlicher für die zahlreichen Probleme genannt. Der IWF fordere sozial untragbare Sparmaßnahmen, um Beistandsdarlehen zu gewähren, die überfällige Zinszahlungen und dann neue Darlehen ermöglichen sollen. So ist ein Ziel der Cartagena-Konferenz, die Gläubiger das Fürchten zu lehren: Ihre Verständnislosigkeit müsse den inneren Druck in den Gläubigerländern und damit deren Zahlungsunfähigkeit nur vergrößern. Zugleich soll Cartagena die Botschaft an die Bevölkerung in den Heimatländern senden, daß man sich den Forderungen der reichen Industrieländer nicht einfach unterwirft.

Aber bei der lateinischen Liebe für Rhetorik entwickelt sich in Cartagena möglicherweise eine eigene Dynamik: Ecuador könnte beispielsweise wieder Publikum für seine Forderung eines Schuldner-Kartells bekommen. Die meisten Länder lehnen das ab. Viele haben ohnehin ihre Zinszahlungen aufgeschoben. Warum die Spannung durch extreme Maßnahmen vergrößern?

Der Grund ist, daß die Überbrückungsmaßnahmen – wie das Einspringen mehrerer Länder für Argentinien oder der alle 90 Tage von Venezuela neu erbetene Zahlungsaufschub – nicht zu einer Gesamtlösung führen. Die Cartagena-Länder werden versuchen, die Gläubiger zu lehren, daß die Schuldenfrage ein politisches Problem darstellt, das schwerer wiegt als ausfallende Zahlungen, und deshalb ein Ausweg gesucht werden muß.

KONJUNKTUR / Bundesrepublik befindet sich weiterhin auf einem Wachstumspfad

Trotz anhaltender Streiks bleibt die OECD bei zuversichtlicher Prognose

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Zweifel an einem anhaltenden Aufschwung haben sich trotz der Abschwächung von Nachfrage und Produktion, die seit März registriert wird, verringert. Nach der jüngsten Prognose der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris, die gegenüber der letzten von vor sechs Monaten für die Bundesrepublik nach oben korrigiert wurde, reicht er jedoch nicht aus, um die Lage am Arbeitsmarkt wesentlich zu verbessern.

Wegen des anhaltenden Streiks sei die Entwicklung der Lohnkosten und der Arbeitszeit zwar ungewiß. Aber nach dieser Prognose werde der Arbeitskampf nur geringe negative Effekte auf die Produktion haben. Die weiteren Lohnabschlüsse der laufenden Tarifrunde würden voraussichtlich weitgehend auf der Linie der bisherigen Vereinbarungen liegen. Unter dem Strich dürfte das Wachstum des Bruttosozialprodukts in diesem Jahr nicht ganz drei Prozent erreichen. Verglichen mit der jeweiligen Vorjahresperiode erwartet die OECD für das erste Halbjahr 1984 ein Plus von 3 ¼ Prozent, für die zweiten sechs Monate eines von 2 ¾ Prozent und für die erste Jahreshälfte 1985 von 2 ½ Prozent, das sich im zweiten Halbjahr dann wieder auf drei Prozent steigern wird.

Der Anstieg der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts seit 1982 sei hauptsächlich auf die Auslandsnachfrage zurückzuführen. Die Exportmärkte dürften - bei leicht nachlassender Tendenz - um rund 5 ½ Prozent wachsen. Das ist ein Prozent mehr, als die OECD vor sechs Monaten in ihrer damaligen Prognose erwartet hatte. Die Bundesrepublik habe bis Mitte 1983 wegen ihrer verschlechterten internationalen Wettbewerbsfähigkeit Exportmarktanteile verloren. Dieser Trend habe sich in den letzten Monaten umgekehrt. Angesichts der maßvollen Kosten- und Preisentwicklung sagt die OECD jetzt sogar Anteilsgewinne voraus.

Die Zinssätze dürften in diesem Jahr nicht weiter sinken und könnten sich 1985 vor allem in Folge der erwarteten Zinshausse in den Vereinigten Staaten sogar wieder erhöhen. Da das Wachstum der öffentlichen Ausgaben begrenzt werden soll und Steuersenkungen für 1985 ausgeschlossen werden, dürften von der Finanzpolitik auch weiterhin konjunkturdämpfende Effekte ausgehen. Dieses tangiert auch die Expansion der Verbrauchernachfrage. Die stärker expandierende Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen werde nicht ausreichen, um die Abschwächung der Bauinvestitionen zu kompensieren. Ein höheres Wachstum des Bruttosozialprodukts sei daher nur möglich, wenn sich die Exportnachfrage dauerhaft noch kräftiger belebt.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich nur wenig verringern. Wegen des schwächeren Produktivitätswachstums während des Aufschwungs und des wieder etwas stärkeren Anstiegs der Arbeitsverdienste dürften auch die Lohnstückkosten wieder zunehmen. Dies könnte 1985 zusammen mit den höheren Preisen für Importe zu einer etwas höheren Inflationsrate führen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich von drei auf 3 ¼ Prozent 1985 beschleunigen.

Im gesamten OECD-Raum, also in den 24 westlichen Industriestaaten zusammen, werde gegenwärtig ein Wachstum auf Jahresraten umgerechnet von vier bis fünf Prozent registriert. Auch die Beschäftigung nehme leicht zu, die Inflation habe sich seit Anfang des Jahres etwas verstärkt. Für die nächste Zeit werde mit einer erheblichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gerechnet, das in den kommenden eineinhalb Jahren 2 ½ bis drei Prozent betragen dürfte. Die Arbeitslosenquote im OECD-Raum dürfte sich bei ihrem gegenwärtigen Stand von 8 ½ Prozent stabilisieren. Die Inflation werde weiterhin in der Nähe der derzeitigen Rate von fünf Prozent liegen.

In den Vereinigten Staaten werde nach dem starken realen Wachstum, das während der vergangenen eineinhalb Jahre erzielt wurde, nunmehr eine Verlangsamung eintreten. Auch Japans Wachstumsrate, die Ende 1983 auf Jahresbasis fünf Prozent erreichte, dürfte etwas zurückgehen.

SOWJETUNION

DIW: Wirtschaftswachstum hat sich beschleunigt

PETER WEERTZ, Berlin

Die sowjetische Wirtschaft hat nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ihre Wachstumsschwäche überwunden, die Ende der 70er Jahre die Entwicklung hemmte. Für dieses Jahr ist wie in den beiden Vorjahren ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 3,5 Prozent vorgesehen. Wie das Berliner Institut berichtet, ist das Wirtschaftswachstum vorwiegend auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückzuführen.

Ob das positive Ergebnis zugleich auf die Kampagne der sowjetischen Führung zurückzuführen sei, die Produktionsorganisation zu verbessern und die Arbeitsdisziplin zu erhöhen, sei schwer zu beurteilen, meint das Institut, das den eingeschränkten Umfang und die geringe Aussagekraft der Wirtschaftsstatistiken der UdSSR beklagt. Auch die neue politische Führung sehe „keinen Grund zur Selbstgefälligkeit" und betone die Kontinuität der von Andropow begonnenen Wirtschaftspolitik: Bekämpfung von Disziplinlosigkeit, Mißwirtschaft, Korruption und Bummelantentum sowie Fortsetzung des Experiments zur Verbesserung des zentralen Lenkungsmechanismus. Außerdem soll die Parteikontrolle über die wichtigsten Wirtschaftsprozesse verschärft werden.

Zu Lasten des privaten Konsums haben nach wie vor – bei einem Rekord-Ausfuhrüberschuß und bei hohem Aufwand für die Rüstung – Anlageinvestitionen Vorrang. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wurde außerdem der Energiewirtschaft eine hohe wirtschaftspolitische Priorität eingeräumt. Während die Erdgasproduktion um sieben Prozent zunahm, stagniert die Erdölgewinnung (plus 0,5 Prozent), und die Kohleförderung ging um 0,3 Prozent zurück. Bis 1990 sollen nach Angaben des Instituts die Investitionen im Energiebereich bis zu einem Viertel der gesamten Investitionen konzentriert werden.

Unverändert unterschiedlich ist die Versorgungslage bei Nahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern sowie bei hochwertigen Produkten wie Pkw und Möbeln. Mangelware sind nach wie vor Qualitätsprodukte, die zum Teil importiert werden müssen – aus westlichen Ländern, aber auch aus industriell höher entwickelten Ländern des Ostblocks wie „DDR", CSSR und Ungarn.

Hier wird deutlich, warum Moskau beim Wirtschaftsgipfel vor einer Woche darauf bestand, daß die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon) die sowjetischen Exporte von Erdöl und Rohstoffen vor allem mit mehr Nahrungsmitteln, industriellen Konsumgütern sowie „Maschinen und Ausrüstungen hoher Qualität mit technischem Weltniveau" ausgleichen müssen. Es gab hingegen keine Entscheidungen über eine Anpassung der Strukturen der wirtschaftlichen Mechanismen oder gemeinschaftlicher Preise.

AUF EIN WORT

„Der technische Fortschritt und die Arbeitslosigkeit hängen sehr eng miteinander zusammen; aber nicht nach der falschen Zauberformel: Kein technischer Fortschritt – keine Produktivitätssteigerung – Arbeit für alle, sondern nach dem wirtschaftlichen Gesetz: Technischer Fortschritt – hohe Produktivität – internationale Wettbewerbsfähigkeit – gute Beschäftigung."

Otto Voisard, Vorstandsvorsitzender der MAN Maschinenfabrik Ausburg-Nürnberg AG, Augsburg. FOTO: DIE WELT

Engagement für die Marktwirtschaft

dpa/VWD, Stockholm

Nur marktwirtschaftliche Prinzipien sind nach Ansicht der deutschen Wirtschaft geeignet, die Wirtschaftsprobleme der Welt dauerhaft zu lösen und die Arbeitslosenzahlen entscheidend zu senken. Auf dem 28. Kongreß der Internationalen Handelskammer (ICC) sagte der Präsident der deutschen Gruppe, Rolf Sammet (Hoechst AG), die künstliche Erhaltung der alten Wirtschaftsstrukturen, das Verteilen von Subventionen und die Erfindung immer neuer protektionistischer Maßnahmen vergrößere langfristig nur die Schwierigkeiten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Beitrittsverhandlungen mit Spanien bringen Fortschritte

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Verhandlungen über den spanischen EG-Beitritt sind ein gutes Stück vorangekommen. Zum ersten Mal beschränkten sich die Delegationen nicht auf den Austausch von Erklärungen, sondern bemühten sich um Kompromisse. Die neunstündige Verhandlungsrunde brachte in mehreren Bereichen zumindest eine Annäherung der Positionen.

Einvernehmen besteht jetzt im wesentlichen über die Dauer der Übergangsperiode für die Eingliederung der spanischen Landwirtschaft in die gemeinsame Agrarpolitik. Sie soll je nach Erzeugnis zwischen sieben und zehn Jahre betragen. Als „sensible" Produkte gelten für die EG vor allem Obst und Gemüse, während die Spanier Importe von Milcherzeugnissen, Fleisch, Zucker und einigen Getreidearten aus der EG fürchten.

Madrid hat sich – um die weiteren Verhandlungen nicht zu gefährden – mit der Forderung der EG abgefunden, daß seine Obst- und Gemüseexporte noch vier Jahre nach dem Beitritt mit Ausgleichsabgaben belastet bleiben. Dafür sollen die spanischen Erzeuger bereits Zugang zu bestimmten Beihilfen des europäischen Agrarfonds erhalten. Im industriellen Bereich hat sich die EG jetzt mit einem Abbau der spanischen Zölle innerhalb von sechs Jahren bereit erklärt. Madrid fordert nicht mehr zehn, sondern sieben Jahre.

Ob die Verhandlungen bis zum 30. September abgeschlossen werden können, bleibt allerdings weiterhin fraglich. Bei vielen wichtigen Problemen steht ein Durchbruch noch aus. Vor allem im Fischereibereich gehen die Standpunkte noch sehr weit auseinander.

BUNDESHAUSHALT

Minister Stoltenberg plant eine neue Risikobewertung

HEINZ HECK, Bonn

Der Haushaltsentwurf 1985, den die Bundesregierung am 3. Juli verabschieden will, wird gegenüber dem Haushaltssoll 1984 nur mit 1,5 Prozent auf rund 261 Milliarden Mark ansteigen. Das zeichnet sich nach Abschluß der „Chefgespräche" des Finanzministers mit den Ressortkollegen ab. Lediglich die Gespräche mit den Ministern Genscher und Blüm stehen noch aus.

Mit der Steigerungsrate von 1,5 Prozent bleibt Finanzminister Stoltenberg noch deutlich unter dem zwischen Bund und Ländern einvernehmlichen Ziel einer dreiprozentigen Steigerung der öffentlichen Ausgaben als Obergrenze für die nächsten Jahre. Da jedoch – wie schon 1983 – auch 1984 die Bundesausgaben unter dem Haushaltssoll bleiben dürften (diese Einschätzung verstärkt sich angesichts des Haushaltsvollzugs der ersten fünf Monate), wird der Ansatz 1985 mit rund 261 Milliarden um etwa 2,5 bis drei Prozent über dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis des Jahres 1984 liegen. Im Finanzministerium wird für 1984 mit Ausgaben von nur 254 bis 255 Milliarden Mark (Soll 257,1) gerechnet.

Daraus wird die Strategie Stoltenbergs deutlich, den Konsolidierungserfolg zu halten und ihn nicht in Form stärkerer Zuwachsraten in den Folgejahren wieder preiszugeben. Allerdings wird das Durchhalten einer solchen restriktiven Linie nicht zuletzt angesichts wachsender Verpflichtungen gegenüber der EG immer schwieriger. Vor Abschluß der Haushaltsgespräche plant Stoltenberg heute eine erneute Risikobewertung mit Blick auf Streikfolgen und Verpflichtungen aus EG sowie Bürgschaften und Garantien.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Städtetag: Finanznot ist noch nicht überstanden

Köln (AP) – Der Deutsche Städtetag ist erneut nachdrücklich dem Eindruck entgegengetreten, die Finanznot der Kommunen sei überstanden. In seinem Pressedienst unterstrich die Spitzenorganisation, die durch die finanziellen Engpässe erzwungenen Leistungseinschränkungen hätten zu einem großen Teil auch ausgesprochene Fehlentwicklungen bewirkt. Sie müßten auf Dauer korrigiert werden. Die Städte hätten beispielsweise Jahr um Jahr bauliche Unterhaltungsmaßnahmen zurückstellen müssen. Die Folge sei eine „Substanzbeschädigung".

Beschäftigtenzahl gestiegen

Wiesbaden (VWD) – Der Anstieg der Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes hat sich im April 1984 nach Mitteilung des statistischen Bundesamtes saisonüblich fortgesetzt. Mit 1 091 000 wurde das Vormonatsergebnis um 27 600 oder 2,6 Prozent überschritten, jedoch nicht der Stand vom April 1983 erreicht (minus 2,0 Prozent). Die Belebung der Auftragseingänge im Februar und März 1984 hat sich im April nicht fortgesetzt.

Schmidt verläßt Dornier

München (dpa/VWD) – Bernhard Schmidt, einer der beiden Sprecher der Geschäftsführung der Dornier GmbH, München/Friedrichshafen, hat das Unternehmen überraschend verlassen. Wie Dornier mitteilte, wurde zwischen dem Aufsichtsratvorsitzenden Hans-Otto Thierbach und Schmidt ein „grundsätzliches Einverständnis" über die Lösung des Arbeitsverhältnisses zum 13. Juni erzielt. Nähere Angaben dazu machte das Luftfahrtunternehmen nicht.

Kredit für Thailand

Hongkong (VWD) – Eine Gruppe ausländischer Banken ist bereit, für Thailand einen niedrig verzinsten Kredit über 200 Mill. Dollar zu arrangieren. Nach einem Bericht des Asian Wall Street Journal ist der Kredit für die staatliche Elektrizitätsbehörde Egats (Electricity Generating Authority of Thailand) bestimmt, die die Mittel teilweise zur Deckung ihres Finanzbedarfs und teilweise zur Rückzahlung höherer verzinster Kredite verwenden will.

Entscheidung gegen Bonn

Brüssel (Ha.) – Gegen die Stimmen der Bundesrepublik und Dänemarks hat der EG-Ministerrat die Entscheidung der Brüsseler Kommissioo bestätigt, mit der Frankreich zu dreijährigen Einfuhrbeschränkungen für Quarzuhren aus Ostasien ermächtigt wurde. Bonn hatte dem Ministerrat angerufen, weil es die Kommissionsentscheidung für falsch hielt. Sie verringert nach Meinung der Bundesregierung den Anpassungsdruck zur Umstrukturierung und bedeutet ein falsches handelspolitisches Signal.

Japans Direktinvestitionen

Düsseldorf (AP) – Nordrhein-Westfalen ist nach Angaben der Landesregierung das bevorzugte Bundesland für japanische Direktinvestitionen. Mit der Auskunft, bis Ende 1982 habe die japanische Wirtschaft mehr als 1,5 Mrd. DM an Rhein und Ruhr investiert, beantwortete Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen eine Anfrage der CDU im Landtag. Damit hätten japanische Unternehmen knapp die Hälfte aller ihrer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik im bevölkerungsreichsten Bundesland angelegt.

Angebot an Neuseeland

Brüssel (Ha.) – Trotz der eigenen Überschüsse will die EG auch in den kommenden Jahren Butter aus Neuseeland einführen. Die Agrarminister einigten sich nach monatelangem Tauziehen auf ein Angebot über 83 000 Tonnen für 1984 und 81 000 Tonnen für 1985 (1983: 87 000 Toonen). Zuletzt hatte Irland eine längerfristige Lösung blockiert.

PAPIER- UND PAPPEVERARBEITER

Die Rohstoff-Kosten steigen immer schneller

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach einem kurzen Aufatmen im Jahr 1983 beobachten die deutschen Papier- und Pappeverarbeiter ihre Ertragsentwicklung jetzt wieder mit Sorge. Dabei geht es weniger um den leichten „Rauhreif", der den Mengenaufschwung der Branche im März – dem letzten statistisch erfaßten Monat – erst einmal wieder abkühlte, dessen Haltbarkeit aber noch keineswegs als erwiesen gilt.

Kummer bereiten vielmehr die „exorbitanten Preissteigerungen auf der Rohstoffseite", so Richard Dohse, Präsident des Branchenverbands HPV. Seit Jahresbeginn seien die Preise für Papiere und Pappen zwischen zehn und mehr als 52 Prozent gestiegen, Raten, die die Papierindustrie zwar aufgrund ihrer boomähnlichen Marktsituation durchsetzen konnte, deren Weitergabe an die eigenen Kunden den Verarbeitern aber völlig unmöglich war.

Bei Rohstoffanteilen an den Gesamtkosten zwischen 40 und 60 Prozent sowie eigenen Preiserhöhungen um ganze zwei bis fünf Prozent seien damit die Erträge wieder „in eine Enge geraten, die bedenklich ist". Die (noch nicht errechenbare) Verbesserung der Umsatzrenditen im vergangenen Jahr – gegenüber der Schmalspurquote von 0,9 Prozent von 1982 – gehe damit 1984 wahrscheinlich wieder verloren, so Dohse.

Im vergangenen Jahr hat die überwiegend mittelständische Branche mit ihren rund 100 000 Beschäftigten in 1300 Unternehmen ihre Produktion um 4,4 Prozent auf 5,4 Millionen Tonnen gesteigert. Ihr Umsatz stieg dabei nur um 1,5 Prozent auf 16,5 Milliarden Mark.

BAUHERRENMODELL / Eine Studie über die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen

Fast 130 000 Arbeitsplätze gesichert

LEO FISCHER, Bonn

Im Rahmen des Bauherrenmodells sind seit Anfang der 70er Jahre mehr als 200 000 Wohnungen errichtet worden. Allein im letzten Jahr entfielen 50 Prozent der Baugenehmigungen im freifinanzierten Wohnungsbau auf das Bauherrenmodell. Am Geschoßwohnungsbau lag der Anteil bei 20 Prozent, von allen Baugenehmigungen entfielen auf das Bauherrenmodell etwa neun Prozent. Bereits diese Zahlen, die einer Untersuchung von Professor Manfred Willms vom Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Kiel über die Wirkungen des Bauherrenmodellls auf den Wohnungsmarkt, die Beschäftigung und den Staatshaushalt entnommen sind, signalisieren die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses nicht unumstrittenen Konzepts.

Kritik wird vor allem an den gegenüber dem nicht im Bauherrenmodell errichteten Wohnungbau etwas höheren Preisen geübt. Dem Vorwurf, dies führe zu einer Verstärkung der Mietsteigerungstendenzen, hält Willms entgegen, daß die Erhöhung des Wohnungsangebots zwangsläufig auf den Preis drücken müßte. Auch weist Willms, dessen Studie nicht etwa von den anbietenden Firmen, sondern aus den Mitteln des Instituts finanziert wurde, darauf hin, daß das Bauherrenmodell gerade dort zu einem erhöhten Angebot beiträgt, wo die Nachfrage am größten ist, nämlich in den Ballungsgebieten. Im letzten Jahr erreichte das Bauherrenmodell zum Beispiel in München 75 Prozent am freifinanzierten Wohnungsbau.

Durch das Bauherrenmodell, so ermittelte Willms, wurden bislang rund neun Milliarden Mark Eigenkapital in den Wohnungsbau gelenkt. Die dadurch ausgelösten Investitionen werden auf 50 Mrd. Mark veranschlagt. Den Beschäftigungseffekt im Baubereich beziffert Willms im laufenden Jahr auf 58 000. Da nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, zehn im Mehrfamilienhausbau Beschäftigte 13 weitere Arbeitsplätze in den verbundenen Sektoren sichern, ergeben sich nach Willms insgesamt fast 130 000 Arbeitsplätze.

Selbst die Steuerersparnis beim einzelnen Anleger führt nach Ansicht von Willms nicht zu einem Verlust für den Fiskus. Den Steuermindereinnahmen von 3,282 Mrd. Mark (durch Werbungskosten, Mehrwertsteuer-Option und Verluste aus Vermietung und Verpachtung) stehen nach Willms Mehreinnahmen von 7,237 Milliarden Mark gegenüber. Diese Mehreinnahmen sind einmal Steuern, die von Lieferanten, Baufirmen usw. entrichtet werden (2,352 Mrd. DM), Mehreinnahmen an Sozialversicherungsbeiträgen (1,660 Mrd.DM) und Einsparungen an Arbeitslosengeld (3,225 Mrd. DM.).



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Dietrich Windberg im Ruhestand

Er hat die Kargheit des Ostfriesen, aber auch die Nase immer im Wind. Dietrich Windberg, Chef der Anzeigenabteilung von WELT und WELT am SONNTAG verläßt seinen Schreibtisch und tritt in den Ruhestand. Seit Mai 1952 gehörte er, der vom Jahrgang 1919 ist, zur WELT.

„Das Schlachtroß geht auf die Weide", sagte scherzhaft ein Mitarbeiter dieses weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannten Anzeigenmannes. Er beherrschte das ungewöhnlich harte Geschäft, verfügte über Fingerspitzengefühl und wußte zumeist, wo etwas „ging" und wo nicht. Mit knappen Sätzen aus reicher Erfahrung verwarf er selbst die verführerischsten Pläne – treffsicher, wie sich stets herausstellte. Dabei kamen die besten Ideen für dieses Geschäft in der Regel von ihm selbst. Er ist ein eher unruhiger Geist, der aber äußerst sensibel sein konnte, wenn es die Umstände erforderten. Er ist vom Jahrgang 1919, wie gesagt, ein Ostfriese. Nach dem Abitur klopfte er beim Arbeitsdienst Spatengriffe. Als Leutnant der Pioniere geriet er in russische Kriegsgefangenschaft, wo er in oberschlesischen Kohlengruben wieder mit dem Spaten vorlieb nehmen mußte. Doch nebenbei schrieb er kleine Theaterstücke, die er selbst inszenierte. Fast dreißig war er schon, als er aus dieser Fron entlassen wurde und in Hannover seine Laufbahn als Werbefachmann begann.

Die Voraussetzungen zu seinem beruflichen Erfolg sind schnell aufgezählt: Geistige Beweglichkeit, Sinn für Realität, Durchsetzungskraft, die manche fälschlich für Starrsinn halten. Nie ging er mit dem Kopf durch die Wand. Wenn andere schon die Nerven verloren – er suchte bedächtig nach Türen. Und er fand sie immer. (DW.)

NAMEN

Dr. Alexander Menne, früheres Vorstandsmitglied der Hoechst AG, wurde am 20. Juni den 80 Jahre.

Horst Hesse (61), Geschäftsführer der Hesse Bau GmbH, Eschwege, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Baumeister-Haus-Gruppe bestellt. Er ist Nachfolger von **Werner Henn**.

Hans-Jürgen Ruppert, Anzeigenleiter im Verlag Rheinischer Merkur, übernimmt am 1. September die Gesamtverlagsleitung der Media-Mail-GmbH, Hannover/Coburg.

EUROPÄISCHES PATENTAMT / USA und Europa dominieren bei Erfindungen

Japan wendet Ergebnisse schnell an

DANKWARD SEITZ, München

Eine keineswegs führende Rolle nehmen die Japaner nach Ansicht von Johannes van Benthem, Präsident des in München beheimateten Europäischen Patentamtes, weltweit *in der Grundlagenforschung ein*. Gemessen an ihrer Erfindertätigkeit lägen sie lediglich auf Platz drei hinter den mit Abstand führenden Amerikanern und den Europäern, bei denen die Bundesrepublik wiederum an erster Stelle liege. So kämen heute die für die Zukunft entscheidenden Erkenntnisse und Entwicklungen beispielsweise auf den Gebieten Gentechnologie, Kommunikations- und Fernsehtechnik fast ausschließlich aus den USA und Europa. Die Stärke der Japaner allerdings sei die schnellere rationelle Anwendung und Markteinführung einer Erfindung.

Diese Tendenz spiegelt bis zu einem gewissen Grad auch die Zahl der Patentanmeldungen wider. Insgesamt wurden 1983 beim Europäischen Patentamt 28 132 Anmeldungen (plus elf Prozent) eingereicht, sagte van Benthem. Davon entfielen 56 (58) Prozent auf die Vertragsstaaten des Amtes (Schweden, Nordirland, Großbritannien, Benelux, Frankreich, Bundesrepublik, Schweiz, Österreich und Italien) sowie 44 (42) Prozent auf Nichtvertragsstaaten. Die Zahl der Anmeldungen aus den USA stieg dabei um 22,6 Prozent auf 7595. Etwas abgeschwächt hat sich den Angaben zufolge die Zuwachsrate der Japaner, doch wurde mit 3863 Anmeldungen noch ein Plus von 10,5 Prozent verzeichnet.

Führendes europäisches Land blieb die Bundesrepublik mit 6528 Anmeldungen (plus 4,5 Prozent). Sie stellt auch mit dem Elektrokonzern Siemens den größten Einzelanmelder (614 Anträge). Aus Frankreich kamen 2758 Anmeldungen (plus 5,7 Prozent), Großbritannien 2132 (plus 0,6 Prozent) und der Schweiz 1414 Anmeldungen (plus 6,6 Prozent). Allein auf diese vier Länder entfallen damit 81,8 (83,1) Prozent aller von den Vertragsstaaten 1983 eingereichten 15 684 (14 814) Anmeldungen.

Die generelle Zunahme europäischer Patentanmeldungen ist, so van Benthem, zu einem Teil auch darauf zurückzuführen, daß manche Unternehmen 1983 den europäischen Weg dem nationalen vorgezogen haben. Besonders ausgeprägt sei dieser Trend auf den Gebieten, die mit der Elektronik in Zusammenhang stehen. In diesem Bereich habe sich die Zahl der Anmelder in drei Jahren nahezu verdoppelt. Außergewöhnlich zugenommen hätten aber auch Anträge in den Bereichen Reinigung von Silicium, Tiefbohren, Web- und Waschmaschinen, Medizin, Pharmazie, Kosmetik und Rüstung. Erteilt wurden vom Amt 1983 insgesamt 9658 Patente (plus 78 Prozent).

Als weitgehend abgeschlossen betrachtet van Benthem nach dem sechsten Jahr die Aufbauphase des Europäischen Patentamtes. Weil mit 1784 Mitarbeitern aber noch nicht ganz der endgültige Personalstand erreicht sei und die Anmeldetätigkeit weiter zunehme, werde die Wartezeit für die Prüfung eines Antrages bis 1986 von derzeit noch zwölf auf etwa 16 Monate steigen. Große Hoffnungen auf schnellere Bearbeitungszeiten setzt van Benthem auf die im Oktober 1983 beschlossene Zusammenarbeit mit dem amerikanischen und japanischen Patentamt. Die Vereinbarung sieht den Austausch elektronisch gespeicherter Informationen vor.

JAPAN / Neues Forschungsinstitut – Wettbewerbsstärke soll bewahrt werden

Differenzen mit Handelspartnern im Blick

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanische Großindustrie hat beschlossen, Anfang Juli eine Stiftung mit dem Namen „Forschungsinstitut der Industrievitalität" einzurichten. Zu den Gründern des Instituts gehören nebem dem Präsidenten des Unternehmerverbands „Ekidanren" die meisten Spitzenpersönlichkeiten der japanischen Industrie. Das Direktorium der Forschungsstätte wird sich ebenfalls aus diesem Personenkreis zusammensetzen.

Das Institut will sich zunächst mit drei Hauptthemen befassen: Bewahrung der japanischen Wettbewerbsstärke, Wege zur Lösung der Handelsdifferenzen mit wichtigen Partnerstaaten und Bewältigung der Staatsfinanzkrise. Als Alarmsignale und erste Krankheitszeichen wertet die japanische Großindustrie den Rückgang der Betriebstreue – vor allem bei jüngeren Beschäftigten – und die Vielfalt neuer Wertvorstellungen in der Bevölkerung. Sorge bereiten ferner die sich abzeichnenden Umwälzungen am Arbeitsplatz durch die Veränderungen in der Folge des Gebrauchs neuer Spitzentechniken, durch die neuen Informationswege und die Automatisierung im Büro. Die Japaner befürchten, daß durch verfehlte Formen der Anpassung an die Neuerungen die industrielle Basis Japans erschüttert werden könnte.

Das als eine Art Denkfabrik gedachte Institut soll die Quellen des japanischen Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit und der heutigen Wettberwerbsstärke neu ermitteln und klar darstellen. Der Großindustrie ist sehr daran gelegen, daß die „drei Kleinode" der Wirtschaft in der Zukunft erhalten werden: das System der lebenslangen Beschäftigung bei den großen Unternehmen, die Entlohnungsfestsetzung nach der Länge der Betriebszugehörigkeit und das auf Unternehmensebene organisierte Gewerkschaftssystem. Die japanische Regierung setzt sich dafür ein, die Entwicklung fortgeschrittener Technologien auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen. Wie die in Tokio erscheinende Tageszeitung „Asahi Shimbun" vor kurzem berichtete, arbeitet das Industrie- und Handelsministerium (Miti) an einem Entwurf, der unter anderem erweiterte steuerliche und andere finanzielle Anreize für auf diesem Sektor tätige Unternehmen vorsieht.

Japanischen Berechnungen zufolge wird die Nachfrage nach neuen Technologien in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein sprunghaftes Wachstum erleben, für Ausrüstung zur Informationsverarbeitung etwa bis 1990 ein jährliches Umsatzvolumen von 105 Mrd. Dollar und für neue Werkstoffe bis zur Jahrhundertwende von über 40 Mrd. Dollar. Zum Thema staatliche Förderung weist das MITI auf einen deutlichen japanischen Rückstand gegenüber den USA hin: etwa sieben gegenüber rund 20 Mrd. Dollar. (SAD)

HERMES KREDITVERSICHERUNG / Verluste gedrückt

Keine Wende bei Insolvenzen

HARALD POSNY, Hamburg

Trotz der im 1. Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent niedrigeren Zahl der Insolvenzen ist die Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, über die weitere Entwicklung kaum zuversichtlich. Vorstandsvorsitzender Gerhard Beuck sieht für das Gesamtjahr keine deutliche Abnahme der Unternehmenspleiten: „Selbst eine Verringerung um 4 Prozent ist gegenüber früheren Jahren keine Trendwende."

Auch wenn die Konjunktur stärker anziehe, seien Unternehmenszusammebrüche nicht ausgeschlossen, weil ein Ausbau von Kapazitäten wegen der höheren Kapitalanforderungen die Unternehmen gefährden könne, die ohnehin unterkapitalisiert sind. Überdies wird befürchtet, daß der anhaltende Streik zweierlei Auswirkungen hat: einmal ein geringeres Neugeschäft der Banken und auf der anderen Seite eine wachsende Zahl von notleidend werdenden Krediten.

Das mit knapp 12 000 Unternehmenspleiten „gefährlich hohe Insolvenzniveau" beunruhigt den Hermes-Vorstand sowohl unter dem Aspekt eines mit 74,8 (1975: unter 50) Prozent exorbitant hohen Anteils von mangels Masse abgelehnter Konkursanträge, als auch wegen der 1983 nochmals um 14 Prozent auf gewachsene 12,2 Mrd. DM registrierte Forderungsverluste, die einschließlich außergerichtlicher Vergleiche und Forderungsverzichte mindestens doppelt so hoch sein dürften.

Hermes, mit über 50 Prozent Nr. 1 im deutschen Kreditversicherungsmarkt mit einem Prämienvolumen von fast 750 Mill DM, ist es, so Beuck, 1983 gelungen, „die außerordentlich negative Entwicklung des Vorjahres wieder zum Besseren zu wenden". Dazu trug nicht allein das um 15 Prozent auf 273 Mill. DM gestiegene Prämienaufkommen mit 28 Prozent Selbstbehalt bei. Über 50 Prozent vom Prämienplus waren zudem – risikobedingt – um durchschnittlich 20, in der Spitze um 100 Prozent höheren Beitragssätzen zuzurechnen.

Auf der anderen Seite wurde bewußt von schadenträchtigem Geschäft Abschied genommen. Entsprechend verringerte sich die Geschäftsjahres-Schadenquote (brutto) auf 75,3 (120,7) Prozent; die Abwicklungsergebnisse aus Reserven für Schäden früherer Jahre einbezogen sank die Gesamtschadensquote auf 49,6 (101,5) Prozent der Prämien.

Nach Zuführung von 17,9 (1982: Entnahme von 13,2) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung verringerte sich der technische Verlust auf 4,2 (11,2) Mill. DM. Erträge aus dem allgemeinen Geschäft führten zu einem Jahresüberschuß von 1,9 (1,3) Mill. DM, der voll zur Erhöhung (der noch im Vorjahr auf 8 Prozent halbierten) Dividende auf 12 Prozent benutzt wird. Hauptaktionäre sind die Münchner Rück, die Allianz und die Colonia-Versicherung.

Der HV wird eine Kapitalerhöhung um 16 auf 40 Mill. DM vorgeschlagen. Mit zusätzlich 24 Mill. DM Rücklagen sind die Eigenmittel auf Wachstum ausgerichtet. Die Bilanzstruktur ist mit 157 (145) Mill. DM Schadenreserven überaus gesund.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: Ecotiming GmbH, Bad Honnef; **Detmold:** Gebr. Offel GmbH, Dörentrup-Humfeld; *Monika Jugendzimmer Gebr. Offel* GmbH & Co. KG, Dörentrup-Humfeld; **Essen:** Erich Heiming GmbH & Co. KG; **Flensburg:** Bernd Grabowski, Heizungsinstallateur, Heizung und Sanitärtechnik; **Frankfurt:** M & S Buch-Handels-Ges.m.b.H.; Oboth & Franke oHG; Draht- u. Hanfseilfabrik Reutlinger, Wilhelm Reutlinger G.m.b.H.; **Goslar:** 1. Klaus Kutschke, Bademeister u. Masseur, Bad Harzburg 2. Waltraud Kutschke, Diplomfußpflegerin; **Hamburg:** Nachl. d. Wilhelm Densborn; **Hamm:** Import/Export Filmgroßhandel, Unna; **Heidelberg:** Gemeinschaft Heidelberger Fahrschulen GmbH; **Kassel:** Schubert Forstdienstleistungs- u. Handelsges. mbH; **Leverkusen:** Nachl. d. Wolfgang Pollner; **Mannheim:** City Parking & Planning GmbH; **Mönchengladbach:** „Rebell" *Schuh GmbH, Viersen 11;* **München:** R & M Video Computer Handelsges. mbH; **Nürnberg:** Motorrad-Winterschlaf GmbH; **Oldenburg:** Eckhard Huß; **Remscheid:** Günter Schmidt, Solingen; **Rottweil:** *Hans Peter Broghammer*, Schenkenzell; **Seligenstadt:** Kiefro-Lederwaren GmbH; **St. Ingbert:** Luck Holz- u. Baustoffhandel GmbH, Rohrbach; **Traunstein:** Chiemgau Estrich GmbH, *Inzell;* **Witten:** Sigrid Worms, Kauffrau; **Wuppertal:** Werner Hainz, Busfahrer.

Vergleich eröffnet: Bielefeld: Wilfried Kampeter, Elektromeister.

Vergleich beantragt: Köln: Immobiliendienste FOS GmbH.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden – Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 00 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

SCHERING-HV / Hohe Zuwachsraten

Günstige Aussichten

tb. Berlin

Schering bleibt auf dem Wachstumspfad. Nach dem erfreulichen Jahr 1983 meldet der Berliner Chemiekonzern für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres erfolgreiche Ergebnisse. Wie Vorstandsmitglied Klaus Pohle vor der Hauptversammlung in Berlin mitteilte, ist der Gruppenumsatz bis Ende Mai um 17,3 Prozent auf 2,10 (1,79) Mrd. DM gestiegen; bei der Schering AG gab es ein Plus von 10 Prozent auf rund 985 Mill. DM. Dabei seien die Steigerungsraten im Ausland wieder höher gewesen als das Wachstum des Inlandsgeschäfts.

Hohe Zuwachsraten gab es nach Angaben Pohles in den meisten Arbeitsgebieten. Als besonders erfreulich bezeichnete er das Wachstum in der Galvanotechnik (plus 23,1 Prozent), die im ersten Quartal wieder einen positiven Beitrag zum Ergebnis erwirtschaften konnte. Entscheidend dafür sei die Erhöhung des Chemie-Umsatzes im Segment Elektronik und die Steigerung der Verkäufe in Japan gewesen.

Bei der Prognose für die Schering-Gruppe *in der nächsten Zukunft* hielt sich Pohle bedeckt, kündigte aber eine erfreuliche Erhöhung des Gruppenergebnisses an. Um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, hat sich die Schering AG, die sich in den letzten 20 Jahren von einem mittelgroßen Unternehmen zu einem Konzern mit 120 Töchtern und Produktions- und Vertriebsgesellschaften in rund 140 Ländern entwickelt hat, vier Ziele gesetzt. Man will sich auf Bereiche konzentrieren, in denen man Erfahrung hat, innerhalb der fünf Sparten (Pharma, Pflanzenschutz, Galvano-Technik, Industrie-Chemikalien, Feinchemikalien) soll diversifiziert und der Pflanzenschutz neben Pharma das zweite große Standbein werden. Außerdem soll der US-Markt (größter und bedeutendster Chemie- und Pharma-Markt) wieder erschlossen werden.

Zur Ausschüttung von 10,50 DM je 50-DM-Aktie sagte Pohle, Schering habe seinen Aktionären immer Dividenden gezahlt, die zu den Spitzendividenden in der Bundesrepublik gehören.

FLACHGLAS / Unverändert harter Wettbewerb

Neue Produkte gesucht

DANKWARD SEITZ, München

Um für die kommenden Jahre gerüstet zu sein, will die Flachglas AG, Fürth, ihre Geschäftspolitik verstärkt auf die Suche nach neuen Produkten und die Weiterentwicklung des bestehenden Programms ausrichten. Denn nach Ansicht des Vorstands ist noch lange kein Ende des harten Preiswettbewerbs und des Kampfes um Marktanteile abzusehen. Die Konjunkturbelebung werde der Flachglasbranche 1984 zwar eine weitere Mengensteigerung bringen, jedoch werde diese noch immer unter den vorhandenen Überkapazitäten liegen.

Nur durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen und Vertriebsanstrengungen im In- und Ausland ist es dem Unternehmen 1983 gelungen, wie es im Geschäftsbericht heißt, den Umsatz in der AG um 6,9 (minus 1,1) Prozent auf 913,1 Mill. DM und im Konzern um 7,2 (minus 2,2) Prozent auf 1264,8 Mill. DM zu steigern. Bei fallenden Marktpreisen und einigen Sondereinflüssen im Kostenbereich hätte jedoch ein weiterer Rückgang des Betriebsergebnisses nicht verhindert werden können. Der Rohertrag verminderte sich um 3,0 Prozent auf 526,4 Mill. DM.

Unter dem Strich weist Flachglas einen um 13,8 Prozent auf 24,7 Mill. DM verbesserten Jahresüberschuß aus. Im wesentlichen trugen dazu Buchgewinne aus Veräußerungen von Sachanlagen mit 19,0 (1,5) Mill. DM, Erträge aus Beteiligungen mit 6,5 (6,1) Mill. DM sowie aus der Auflösung von Rückstellungen mit 8,2 (12,0) Mill. DM bei. Zudem fielen diesmal keine Aufwendungen für Verlustübernahmen (Vorjahr: 2,5 Mill. DM) an. Der Steueraufwand verminderte sich auf 39,8 (42,7) Mill. DM.

Nach Einstellung von 3,0 (-) Mill. DM in die offenen Rücklagen verbleibt ein unveränderter Bilanzgewinn von 21,7 Mill. DM. Daraus wird auf das Grundkapital von 136 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 8 DM je Aktie ausgeschüttet. Investiert wurden in Sachanlagen 80,5 (64,5) Mill. DM bei Abschreibungen von 76,0 (91,6) Mill. DM.

HEW/Vorstandssprecher Oberlack scheidet nach langen Querelen mit dem Hamburger Senat zum Monatsende aus

Mitschuld der Politiker am düsteren Ertragsbild

JAN BRECH, Hamburg

Die immer neuen politischen Wechselbädern ausgesetzte Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) hat im Berichtsjahr das seit gut 30 Jahren schlechteste Ergebnis erzielt. Daß der langjährige Vorstandssprecher Hans-Werner Oberlack darauf verzichtete, den Abschluß 1983 vor der Öffentlichkeit zu kommentieren, ist verständlich. Oberlack, der ständigen Querelen mit dem Hamburger Senat um das Kernkraftwerk Brokdorf und die hanseatische Energiepolitik müde, scheidet auf eigenen Wunsch Ende dieses Monats aus.

Das Ertragsbild, das an seiner Stelle Vorstandsmitglied Gunther Clausnizer zeichnete, ist wahrhaft düster. Erstmals sei die Konzessionsabgabe, die an die Stadt Hamburg dafür zu zahlen ist, daß HEW den öffentlichen Grund für die Errichtung und Unterhaltung von Stromleitungen benutzen darf, nicht voll erwirtschaftet worden. Statt der vertraglich zu zahlenden 81 Mill. DM erhält die Stadt nur 55 Mill. DM. Der Rest muß später nachgezahlt werden.

Selbst diese Leistung an die Stadt ist nur möglich, weil HEW außerordentliche Erträge von rund 60 Mill. DM mobilisiert hat, um die für die Zahlung einer Konzessionsabgabe notwendige Mindestdividende von 4 Prozent aus dem Stromgeschäft sicherzustellen. Das reine Betriebsergebnis hätte dazu nicht ausgereicht. Immerhin sank der Gewinn pro Aktie von 7,50 DM auf magere 2,80 DM und verschlechterte die Rendite auf den für ein Energieversorgungsunternehmen miserablen Satz von 1,1 Prozent. Von den knapp 70 Mill. DM, die HEW vor Steuern aufbringen mußte, um die auf 8 (10) Prozent reduzierte Dividende vorschlagen zu können, sind 70 Prozent erwirtschaftet, 30 Prozent stammen aus außerordentlichen Erträgen. Am Grundkapital der HEW von 460 Mill. DM ist die Stadt Hamburg mit gut 75 Prozent beteiligt.

Das katastrophale Ergebnis erklärt Clausnitzer vor allem damit, daß HEW 1983 noch stärker in die Preis-Kosten-Klemme geraten sei. Bei kaum verändertem Mengengerüst hätten Entlastungen nur von der Erlösseite kommen können. Die „Streichaktion" der Politiker bei den beantragten Tarifanhebungen hätte aber statt Mehrerlöse rund 40 Mill. DM Mindererlöse gebracht. Ertragsbelastend wirkte sich ferner der Sondervertrag mit den Hamburger Aluminiumwerken aus (rund 50 Mill. DM), hohe Erstabschreibungen auf das KKW Krümmel, ohne daß entsprechende Erlöste flossen, sowie die Umrüstung des KKW Brunsbüttel.

Positive Impulse von seiten der Erlöse auf die angespannte Ertragslage sind nach Angaben von Clausnitzer auch in diesem Jahr nicht zu erwarten. Die politischen und von ökonomischem Sachverstand ungetrübten Eingriffe in die HEW-Preispolitik werden 1984 bei nur schwach wachsendem Energieabsatz weitere 25 Mill. DM Erlösminderungen bringen. In den ersten 5 Monaten ist der Stromverkauf um 3 Prozent und der Absatz von Fernwärme um 1 Prozent gestiegen.

Entlastungen bei den Aufwendungen erhofft sich Clausnizer durch hohe Kapazitätsauslastung und Verfügbarkeit der Kernkraftwerke, stabilem Preisniveau bei fossilen Brennstoffen sowie Personaleinsparungen. Es werde trotzdem kein befriedigendes Ergebnis geben, meint Clausnizer. Immerhin rechnet er aber damit, daß neben einer Dividende die Konzessionsabgabe wieder voll erwirtschaftet wird. Verschoben sind Pläne, 1985 an den Kapitalmarkt zu gehen. „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren", zitiert Clausnizer.

Zu dem Stand der Verhandlungen der HEW, sich von einem Teil der Beteiligung an dem in Bau befindlichen KKW Brokdorf zu trennen, macht der mit politischen Aussagen vorsichtige Clausnizer keine Angaben. Aus heutiger Sicht und bei alleiniger Betrachtung der Kapazitätsfrage könnte HEW auf die Hälfte ihres 50-Prozent-Anteils verzichten, erklärte er. HEW werde sich aber nicht an der öffentlichen Diskussion beteiligen, ob dieser Anteil nun abgegeben werden oder ob die später HEW zustehende Produktion, durch entsprechende Verträge abgesichert, verkauft werden soll. Für beide Lösungen gebe es Möglichkeiten.

HEW	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	2338	+ 3,4
Energieabsatz		
(Mrd. KWh)	17,4	- 0,3
dav. Strom	13,0	+ 1,5
Fernwärme	4,4	- 4,6
Belegschaft	5868	- 1,7
Jahresüberschuß	42	- 14,3
Nettogewinn	26	- 62,3
in % vom Umsatz	1,1	(2,0)
Investitionen	732	- 9,2
Cash-flow	213	- 36,2

Electrolux steigt bei Zanussi ein

dpa/VWD, Mailand

Nach wochenlangen Verhandlungen haben sich die Aktionäre und Gewerkschaften des italienischen Elektrogerätekonzerns Industrie Zanussi in Pordenone auf die schwedische Electrolux als neuen Partner geeinigt. Damit ist die französische Thomson-Gruppe, die sich ebenfalls um eine Übernahme bemüht hatte, aus dem Rennen. Die jetzt getroffene Grundsatzvereinbarung muß noch von den Gläuberbanken ratifiziert werden. Nach Unternehmensangaben ist eine 49prozentige Beteiligung von Electrolux an Zanussi und ein gemeinsames schwedisch-italienisches Management vorgesehen.

Vorher soll das Zanussi-Kapital von 80 Mrd. Lire (133 Mill. DM) auf 4 Mrd. Lire herabgesetzt und dann wieder auf 104 Mrd. Lire aufgestockt werden – unter Beteiligung der Fiat-Gruppe und der Mediobanca.

VORWERK / Hohes Plus in Umsatz und Rendite – Neue Superlative angekündigt

Glanzvolles Ergebnis im Jubiläumsjahr

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Hübsch passend zum Jubiläum hat das Wuppertaler Familienunternehmen Vorwerk & Co. KG, 1863 als Teppichweberei gegründet, 1983 „das beste Jahr seiner Geschichte" erlebt. Jörg Mittelsten Scheid, einziger Familienrepräsentant im Komplementär-Dreigestirn, münzt dieses Urteil auf Umsatz wie auf Ertrag. Und mit Blick auf das bis Ende Mai 1984 mit 15 Prozent wiederum sehr hohe Umsatzwachstum, das sich freilich im weiteren Jahresverlauf abschwächen werde, deutet er für den nächsten Jahresabschluß neue Superlative an.

Der Textilbereich allerdings (Teppichböden und Möbelbezugsstoffe), aus dem das einstige Traditionsprodukt „abgepaßte Teppiche" unter dem Druck der Billigimporte seit 1982 komplett verschwunden ist, war nach zwei mageren Jahren 1983 erst wieder mit 170 (164) Mill. DM an dem um 15,4 Prozent auf 1,21 Mrd. DM gestiegenen Gruppenumsatz beteiligt. Längst dominiert in dem mit je 18 Gesellschaften im In- und Ausland und nun jahresdurchschnittlich 8059 (7910) Mitarbeitern betriebenen Geschäft der Vorwerk-Gruppe der Elektrobereich (Raumpflegegeräte, Einbauküchen, Thermomixgeräte).

Dessen Umsatz nahm 1983 um 17,9 Prozent auf 949 Mill. DM zu. Die Firma erklärt das nicht nur mit der weiteren Verstärkung des für sie typischen Direktvertriebes über selbständige Handelsvertreter und Berater, deren jahresdurchschnittliche Zahl im Inland auf 4147 (3721) und im Ausland auf 4649 (4204) gesteigert wurde. Im Vormarsch seien auch Produktinnovationen außerhalb des klassischen Staubsaugerbereichs. In der maßgebenden Produktgruppe Raumpflegegeräte seien die Preise schon seit Jahren stabil. Der (verschwiegenen) Rendite hat das offensichtlich nicht geschadet. Sinnfälliges Indiz: Einschließlich des Jahresgewinns vor Einkommensteuer wird das Eigenkapital des Inlandskonzerns nun mit 162 (127) Mill. DM ausgewiesen. Das reicht erstmals bequem zur Deckung des Anlagevermögens, das sich bei 19 (20) Mill. DM Investitionen und 23 (21) Mill. DM Abschreibungen auf 133 (138) Mill. DM verminderte. Die Eigenkapitalquote besserte sich auf 36 (32) Prozent des Bilanzvolumens.

Günstiger noch als diese für den Durchschnitt deutscher Industrieunternehmen günstige Relation: Bis auf noch 13 (14) Mill. DM langfristige Kredite hat der Inlandskonzern überhaupt keine Bankschulden; sein Zinsertragsaldo stieg auf 9 (4) Mill. DM.

KRONEN

Stark im schwachen Markt

HANS BAUMANN, Dortmund

Hätte das Haus Dortmunder Kronen nicht traditionell einen so feinen Ruf, es hätte im schwachen Heimatmarkt, in dem es zu 70 Prozent zu Hause ist, stärkere Blessuren hinnehmen müssen. Bei 16,3 Prozent Arbeitslosigkeit in der Bierstadt Dortmund ist es schon eine unternehmerische Leistung, wenn bei einem Ausstoßrückgang im Geschäftsjahr 1983 um 2,5 Prozent auf 1,1 Mill. Hektoliter die Erlöse nur um 1,3 Prozent auf 127,4 Mill. DM fallen. Die Krone verzichtet lieber auf Marktanteile, als daß sie ihre Rendite verkommen läßt.

Auch im neuen Jahr zeigt sich kein Silberstreif. Im Gegenteil: Der Streik zügelt den Durst. So kommt die Verwaltung zu dem aufrichtigen Schluß, daß sie mit den ersten fünf Monaten 1984 „unzufrieden" ist. Das Ausstoßminus beträgt beachtliche 5 Prozent; damit liegt man aber noch relativ günstig im Konzert aller Dortmunder Brauereien. Eine Zahl mag deutlich machen, wie arg der Flaschenbiermarkt in Dortmund gebeutelt ist: Von Dezember bis April ging der Absatz aller Marken um 17 Prozent zurück.

Dennoch: Die Krone ist ein gesundes Unternehmen. Im Berichtsjahr wurde an allen Ecken und Enden gespart. Das brachte einen um 2 auf 89,2 Mill. Mark erhöhten Rohertrag. Investiert wurden 20,1 (14,5) Mill. Mark, davon allein 13,5 Mill. Mark in den neuen Lagerkeller, der insgesamt 18,5 Mill. Mark kosten wird. Den Investitionen der letzten fünf Jahre von 72,1 Mill. Mark stehen Abschreibungen von 71,3 Mill. Mark gegenüber. Fremdmittel mußten mit 13,5 Mill. Mark hereingenommen werden. Von der Mälzerei bis zum Vertrieb ist die Krone eine der modernsten deutschen Brauereien, die sich nicht von der traditionellen Produktion und Lagerung abbringen läßt. Sagt Hans-Joachim Wilf, Geschäftsführer des Hauses: „Überleben werden die, die konsumnah bleiben."

Die Eigenmittel, die sich aus Kommanditeinlagen von 50,5 Mill. Mark, Gesellschafterkonten und Rücklagen zusammensetzen, werden in der Bilanz mit 74,7 Mill. Mark ausgewiesen. Das Umlaufvermögen stieg um 9,4 auf 37,1 Mill. Mark, davon allein 7,5 Mill. Mark flüssige Mittel. In der Gastronomie verminderten sich die Umsatzerlöse um 2,9 Prozent, während der Absatz um 4,7 Prozent zurückging.

[illegible]

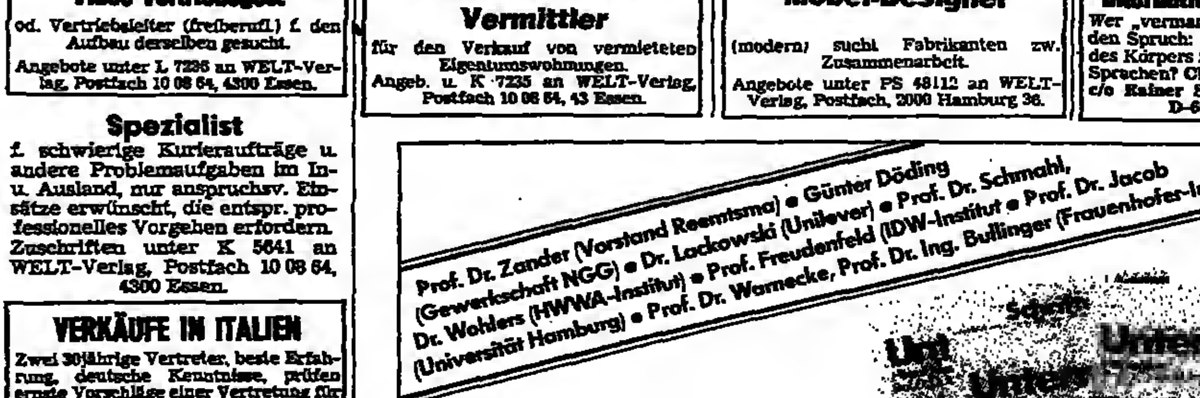
Nur leichte Kursanstiege

Hoffnung auf baldige Schlichtung in den Tarifkonflikten bestimmt zur Zeit das Börsengeschäft. Zu den Käufern zählen der Berufshandel ebenso wie auch ausländische Anleger. So wie die Kurse einen Hauch steigen, kommt jedoch immer wieder reichlich Material auf den Markt, weil viele Anleger mit Blick auf die Streikfolgen nach wie vor akzeptable Ausstiegskurse suchen. So lagen die meisten Aktiennotierungen an der Mittwochbörse bei recht lebhaftem Geschäft gut behauptet – unterstützt auch von dem erholten New Yorker Dow-Jones-Index.

Der Rentenmarkt verkehrte bei kleinem Geschäft ohne Höhepunkte widerstandsfähig. Bundesobligationen zeigten gegenüber Dienstag Kursabweichungen zwischen minus 0,15 und plus 0,2 Prozentpunkten, öffentliche Anleihen wie auch DM-Auslandsemissionen um einen Zehntelpunkt nach beiden Seiten. Am Pfandbriefmarkt gab es kaum Änderungen.







FUSSBALL / Prima, prima aus Dänemark – Eine Mannschaft stürmt in die europäische Spitzenklasse

● Als er nach Kapenhagen kam, hat er schnell dänisch gelernt. Spanisch, Französisch und Englisch konnte er schon. Er war Nationaltrainer von Haiti und arbeitete mit nicht allzu großem Erfolg auch schon als Trainer in der deutschen Bundesliga: Sepp Piontek, der für Werder Bremen spielte. In Dänemark formte er eine Mannschaft, die zur Überraschung der Europameisterschaft wurde. Jetzt will er zwar „auf dem Teppich bleiben", aber auch er denkt bereits ans Finale der Titelkämpfe von Frankreich.

● „Unglaublich. Ein sinnverwirrendes Drama endete mit einem neuen dänischen Triumph. Ein fantastisches Drama, das Hitchcock wie einen Mönch erscheinen läßt. Ein unglaublicher Triumph des Willens und der Maral." Mit diesen Sätzen feiert die Zeitung „Politiken" aus Kapenhagen den Einzug der dänischen Nationalmannschaft ins Halbfinale. 0:2 lag sie gegen Belgien zurück und erreichte dennach einen 3:2-Erfalg. Mit zehn Spielern, die überall in Westeuropa ihr Geld verdienen.

● Frankreich war in Gefahr, sein erstes Spiel zu verlieren. Es mußte einem 0:1-Rückstand nachlaufen. Aber: Platini, Platini, immer wieder Platini. Der Star der Franzosen erzielte alle drei Treffer beim 3:2-Sieg über Jugoslawien, alle in der zweiten Halbzeit und innerhalb van 18 Minuten. Ein klassischer Hattrick. Als die französischen Zuschauer diese Tore feierten, brach am Spielfeldrand der Arzt der jugoslawischen Mannschaft zusammen. Er starb nach einem Herzinfarkt.

Trainer Sepp Piontek: „Jetzt garantiere ich für gar nichts mehr"

sid/dpa, **Straßburg**

Die dänische Nationalmannschaft feierte mit dem Erreichen des Halbfinales bei der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich ihren bisher größten Triumph. Wesentlichen Anteil daran hatte Trainer Sepp Piontek. Der 44 Jahre alte gelernte Maschinenbauer bestritt von 1960 bis 1972 203 Bundesligaspiele für Werder Bremen und sechs A-Länderspiele. Seine Trainerlaufbahn führte von Fortuna Düsseldorf über die Nationalmannschaft von Haiti und den FC St. Pauli im Sommer 1979 nach Dänemark. Hier wurde er schon mit der Qualifikation für das Endturnier zu einer Art Nationalheld.

Frage: Mit dem 3:2 über Belgien haben Sie wohl auch die letzten Skeptiker überzeugt, und das nach dem 0:2-Rückstand gegen Vize-Europameister Belgien. Wie haben Sie das Spiel gesehen?

Piontek: Es waren kraftraubende und verbissene 90 Minuten. Die Belgier haben clever taktiert und meiner Meinung nach ihr bestes Turnierspiel gemacht. Ich kann meiner Mannschaft nur gratulieren. Die Energie und der



Die Bundesliga reizt ihn nicht: Sepp Piontek. FOTO: BONGARTS

Siegeswille, mit dem sie das Steuer herumgerissen hat, spricht für die außergewöhnliche Moral der Truppe. Sie hat an der Grenze ihrer Möglichkeiten gespielt.

Frage: In der Formation gegen Belgien standen zehn Spieler, die im Ausland ihr Geld verdienen. Das kann doch der Harmonie nicht förderlich sein. Wie erklären Sie sich dennoch diesen Höhenflug?

Piontek: Das bedeutet zwar in der Vorbereitung ein großes Handikap, weil fast nie alle Spieler zur Verfügung stehen. Doch wir profitieren bei diesem Turnier von den Erfahrungen und der Entwicklung, die diese Talente bei den Renommierklubs im Ausland und zum Beispiel im Europapokal gesammelt haben. Das kommt der Nationalmannschaft und dem gesamten dänischen Amateur-Fußball wieder zugute.

Frage: Keine Mannschaft bei dieser EM kann auf derart begeisterungsfähige Fans setzen wie Ihre Mannschaft. Sind Sie nicht auch ein Grund dieser starken Leistung?

Piontek: Die Anhänger sind einfach phantastisch. Sie sind unser 12. Mann. Ich habe gehört, es sollen rund 20 000 sein, die uns begleiten. Das beweist die steigende Popularität und das große Nationalbewußtsein der Dänen. Es macht einfach Spaß, dort zu arbeiten.

Frage: Es macht ja auch Spaß, Ihrer Truppe zuzuschauen. Sie hat im Grunde keine Stars wie beispielsweise Platini bei den Franzosen. Wo sehen Sie das Geheimnis?

Piontek: Jeder unserer Spieler ist eine Persönlichkeit. Es ist bei meiner Auswahl schwerer, die Wasserträger zu finden. Was das Turnier betrifft: Ich habe beispielsweise noch keinen so starken Libero gesehen wie Morten Olsen und noch keinen so aggressiven Stürmer wie Preben Elkjaer-Larsen, und selbst Torwart Ole Qvist ist sicherlich in die Reihe der sogenannten EM-Stars einzureihen.

Frage: Ist Ihre Mannschaft mit diesen Leistungsträgern ein Anwärter auf die Europameisterschaft?

Piontek: Wir wollen schon auf dem Teppich bleiben, denn wir sind mit dem, was wir bislang erreicht haben, hoch zufrieden und können unbeschwert aufspielen. Doch so wie die Spieler derzeit motiviert sind, kann ich für nichts mehr garantieren. Wir brauchen keinen Gegner zu fürchten. Der Gegner im Halbfinale ist mir deshalb völlig egal.

Frage: Was hat Sie 1979 zu der Übernahme des Trainerpostens beim dänischen Verband bewogen?

Piontek: Erst einmal wollte ich nach meinem Ausflug nach Haiti wieder arbeiten. Außerdem reizte mich die Aufgabe, weil die Spieler aus den verschiedensten Länder zusammengeholt werden mußten. Die zum Teil unterschiedlichen Systeme und Auffassungen der Profis unter einen Hut zu bringen war eine interessante Aufgabe.

Frage: Sie sprechen zahlreiche Fremdsprachen. Wie haben Sie diese gelernt?

Piontek: Bei meiner Tätigkeit auf Haiti habe ich Französisch und Englisch gelernt. Dänisch und Spanisch kamen dann schnell hinzu. Ein Intensivkurs in Dänisch hat mir in Kopenhagen die Arbeit mit der Mannschaft erleichtert.

Frage: Würden Sie auch wieder einen Vertrag bei einem Bundesliga-Verein unterschreiben oder sogar Bundestrainer werden wollen?

Piontek: Das ist für mich kein Thema. Ich habe einen Vertrag in Dänemark bis 1988, und den möchte ich auch erfüllen.

*

Überschwenglich feierte Dänemarks Presse den 3:2-Sieg gegen Belgien. „Extra Bladet": „Fußball-Dänemark lief nach dem begeisternden Sieg Amok. Die Piontek-Buben sind im Halbfinale und nun stürzen wir auch den Eiffelturm."

„BT": „In einem unglaublichen Reißer kämpften sich die dänischen Spieler zu dem kaum glaubhaften Resultat: Wir sind im Halbfinale."

„Berlingske Tidende": „Das Wunschfinale zwischen den besten Mannschaften, Frankreich und Dänemark, scheint nicht länger Utopie zu sein. Dänemarks Elf ist auf dem Weg zum Triumphbogen."

Von Triumph konnte freilich in Belgien keine Rede sein.

„De Standaard": „Das Ende vom Lied: Die roten Teufel fahren heim. Die roten Teufel gingen kämpfend unter."



Symbol für Dänemarks Sturmlauf in die Spitzenklasse: Brylle-Larsen nach seinem Tor zum 3:2 gegen Belgien (Mitte Berggreen). FOTO: AP

Nach dem Sieg sangen sie Lieder zur Gitarre

DIETER SCHULZE, **Straßburg**

Die Experten hatten es ja schon vorher gewußt: Der heimliche Favorit der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich würde Dänemark sein. Die Experten behielten recht bis jetzt: Dänemarks Nationalmannschaft hat das Halbfinale erreicht. 3:2 gegen Belgien, den Zweiten der Europameisterschaft von 1980 – dieser Sieg und damit der Einzug ins Halbfinale ist der größte Erfolg der dänischen Fußball-Geschichte. Und die ist immerhin 100 Jahre alt.

„Jetzt sind wir Nationalhelden, und in der Heimat wird wieder Karneval sein", sagt Sören Lerby, der Mittelfeldspieler in Diensten von Bayern München. Zum Feiern hat Dänemark (dort ist Fußball mit Abstand die populärste Sportart) wahrhaftig allen Grund. Gerade nach dem Spiel gegen Belgien.

2:0 führte Belgien schon. Keiner glaubte mehr ernsthaft an eine Wende. Doch die Mannschaft von Trainer Sepp Piontek zeichnete sich durch das aus, wofür sie von den Kritikern schon vorher in den höchsten Tönen gepriesen wurde: Einsatzwille, unkomplizierten und frischen Offensivfußball. Trotz Überlegenheit der Belgier schossen sie drei Tore. Die entscheidenden Treffer erzielten Frank Arnesen und Preben Elkjaer-Larsen. Beide spielen für belgische Vereine. Guy Thys, Trainer der belgischen Nationalmannschaft: „Meine Mannschaft hat sich selbst geköpft."

Das Bild nach dem Schlußpfiff sprach für sich. Straßburg, wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Elsaß, erlebte Fußballkult in Reinkultur. 10 000 Dänen zogen durch die Straßen, schmetterten ihre Triumphgesänge: „Og de er Danemark, og de er Danemark". (Es ist Dänemark, es ist Dänemark), oder auch: „Wir haben gewonnen, ja wir." Jeder, der sich nicht durch irgendein *rot-weißes Kleidungsstück* auszeichnen konnte, bekam das zu hören.

Die Spieler selbst hatten sich ins Hotel zurückgezogen und sangen Volkslieder zur Gitarre. Auch einige angereiste Frauen statteten ihren Männern einen Besuch ab. Sören Lerby: „Um zwei Uhr war Zapfenstreich, keiner würde das Vertrauen brechen, das Sepp Piontek uns entgegenbringt."

Jetzt haben sie eigentlich nur noch ein Ziel. „Wir wollen Europameister werden", bringt Verbandssekretär Erik Hyldstrup das auf die knappste Formel. Aber nicht nur das. „Nun werden wir hoffentlich endlich einmal gegen Deutschland spielen", sagt er. Ein Sieg über Bundestrainer Jupp Derwall und seine Mannschaft – das also wäre des Triumphes schönstes Kapitel.

Doch auch für den Fall, daß sie das Finale nicht erreichen sollten: Wenn es in Zukunft „Prima, prima aus Dänemark" heißt, sind nicht nur Butter, Eier und Käse gemeint, sondern auch Fußball. In erster Linie ebenfalls als erstklassiger Exportartikel.

260 dänische Fußballspieler gingen bisher ins Ausland. 14 Spieler aus dem Europameisterschafts-Kader verdienen ihr Geld überall in Europa, nur nicht in Dänemark. Aus einem derart zusammengewürfelten Haufen eine Mannschaft gemacht zu haben, das ist in erster Linie Verdienst von Trainer Sepp Piontek.

So ist Jesper Olsen plötzlich nicht mehr der abtrünnige Geselle, er wird liebevoll „die Ratte" genannt, weil er 90 Minuten lang kämpft und sich in seinen Gegner förmlich verbeißt. So ist auch plötzlich der erst 19 Jahre alte Michael Laudrup nicht mehr das vaterlose Talent, nur weil er in Rom 270 000 Mark im Jahr verdient – er ist der „Maradona Dänemarks". Ein kleines Land feiert …

Als Platini traf, starb Jugoslawiens Team-Arzt

MARTIN HÄGELE, **St. Etienne**

„L'Equipe", Frankreichs führendes Blatt, kannte nur eine Überschrift: „Platini, Platini, Platini". Darunter flog der dreifache Torschütze und Supermann des französischen, italienischen und europäischen Fußballs waagerecht über die ganze Zeitungs-Seite. Das Foto zum 2:1 gegen Jugoslawien.

Platini selbst gönnte sich nur ein paar Spritzer aus diesem Jubel-Bad. Ganz kurz reckte er beide Arme in die Höhe, dann verließ er als erster Spieler die Arena von St. Etienne, die sein Arbeitsplatz gewesen war, bevor er vor zwei Jahren zu Juventus Turin wechselte. Nur ein paar Fotografen erwischten ihn in der Pose des Triumphators.

Das war zumindest pietätvoll. Ein paar Minuten zuvor hatte man durch den gleichen Kabinengang den jugoslawischen Mannschaftsarzt Borsidan Milenovic (53) getragen. Milenovic war zusammengebrochen, als er einem Spieler helfen wollte.

Eine makabre Szene. Da lag ein Mann mit nacktem Oberkörper am Spielfeldrand, mit Mund-zu-Mund-Beatmung, Herzmassage und Sauerstoffmaske versuchten Helfer sein Leben zu retten. Und während der Todeskampf des Arztes begann, bejubelten 50 000 entzückte Franzosen die Torshow ihres Michel Platini. So dicht lagen Freude und Tod beieinander. Milenovic' Herz hörte noch in der Nacht im Krankenhaus von St. Etienne auf zu schlagen.

Bei den Jugoslawen überwogen erst die Sorge, später die Trauer um den Doktor, der seit zehn Jahren zur Nationalmannschaft gehört hatte. Die Freude über die einzige gute Leistung bei diesem Turnier kam gar nicht erst richtig auf. „Wenn wir immer so aufgetreten wären, dann müßten wir jetzt nicht heimfliegen," erklärte Assistenz-Trainer Ante Mladinic. Der vertrat schon *zum zweitenmal* seinen Chef Todor Veselinovic. Veselinovic fühle sich nicht wohl, erklärte Mladinic und verwies auf eine Herzattacke, die sein Chef nach der 0:5-Niederlage gegen Dänemark erlitten hatte.

„Entweder wird Veselinovic jetzt gefeuert, oder er nimmt freiwillig seinen Hut", sagte ein jugoslawischer Sportjournalist. Das ist der Tenor unter den Meinungsmachern bei allen Fans in Jugoslawien. Die Journalisten des Landes setzten sich auf der Tribüne hin, schrieben erst einen Nachruf auf den Mannschaftsarzt und forderten anschließend den Kopf des Trainers. Ein grausames Geschäft.

Was aber wäre Frankreich ohne seinen neuen Asterix, der alle Gegner allein aufs Kreuz legt? Sieben Tore in drei Spielen – und da jammern wir noch, es gäbe keine Tore mehr.

Im zweiten Spielabschnitt, als der große Favorit dem unerwarterten und auch ungewohnten 0:1-Rückstand nachlaufen mußte, war Michel Platini fast nur noch an der Front zu finden, in der Position des Mittelstürmers. Das Kommando überließ der Regisseur seinen Mitspielern. Das spricht für den Instinkt dieses Ausnahmespielers. Er fühlt, an welcher Stelle er gerade am nötigsten gebraucht wird.

„Wir können Michel nur danke sagen, was soll ich sonst über unseren Kapitän erzählen", antwortete Jean Tigana auf die Frage nach der besonderen Rolle des Spielmachers und Torjägers. Für Didier Six ist Platini „der beste Fußball-Spieler der Welt". Er sagt: „*Michel hat in Italien sehr viel gelernt und spielt jetzt hundertprozentig für die Mannschaft und nicht nur für sich.*" Und den gegenwärtigen Unterschied zwischen dem noch amtierenden Europameister und seinem schon designierten Nachfolger bringt Six auf eine einfache Formel: „Wir haben einen Platini, Deutschland hat keinen Platini."

Neuberger plant schon die EM 1988

sid, **Paris**

João Havelange, brasilianischer Präsident des Fußball-Weltverbandes (FIFA), stellte seinem deutschen Vertreter schon die Frage: „Organisieren Sie auch die WM 1990 in Italien?" Hermann Neuberger wäre zum fünften Mal hintereinander Turnier-Chef, doch er erbat sich Bedenkzeit, weil für ihn ein Großereignis auf deutschem Boden Priorität besitzt: die Endrunde der Europameisterschaften 1988, die noch im Herbst dieses Jahres durch das Exekutiv-Komitee der Europäischen Fußball-Union (UEFA) vergeben wird.

Schon zweimal erhielt der DFB einen abschlägigen Bescheid. Zuletzt gewannen die Franzosen das Rennen, weil ihnen der Staat 135 Millionen Mark zum Ausbau neuer Stadien zur Verfügung stellte. Einziger ernsthafter Mitkonkurrent für 1988 dürfte England werden. „Doch diesmal sind wir einfach dran", sagt Hermann Neuberger, der nur darauf wartet, einen bereits mit Akribie entworfenen Plan für eine „EM der kurzen Wege" aus der Schublade zu holen.

Acht Städte hat der DFB ausgewählt. Eine Vorrundengruppe soll in Hamburg und Hannover ausgespielt werden, die andere in Düsseldorf, Köln und Gelsenkirchen. Die Halbfinalspiele sind für Frankfurt und Stuttgart vorgesehen. Das Endspiel soll wie bei der WM 1974 im Münchner Olympia-Stadion stattfinden. „Wir könnten leicht 15 Stadien nennen. Ausschlaggebend sind der Komfort und das Sitzplatzangebot", erläutert Neuberger. Berlin hat der DFB-Präsident nicht auf seiner Liste.

In Frankreich werden immer mehr Fehler im organisatorischen Bereich aufgedeckt. Die Franzosen selbst wissen am besten, wie voreilig es war, zwölf von 15 Spielen als ausverkauft zu melden. Wieder einmal witterten Reisebüros und Schwarzhändler das große Geschäft, indem sie große Kontingente aufkauften. So bleiben zwar die Besucherzahlen erheblich besser als 1980 in Italien (im Schnitt 35 000 gegenüber 25 000), aber immer noch nicht optimal.

Ein offener Streit ist zwischen dem französischen Organisations-Komitee sowie Portugal und Belgien entbrannt. Die Portugiesen gaben drei Tage vor Turnierbeginn 25 000 Karten zurück, nachdem sie zuvor alle Fristen hatten verstreichen lassen. Dazu Hermann Neuberger: „Beim Spiel in Straßburg hätten wir leicht noch 15 000 Karten verkaufen können. Doch die Portugiesen reagierten überhaupt nicht. Deshalb finde ich es nur allzu gerecht, wenn sie nun die Karten bezahlen müssen."

Noch unverständlicher taktierten die Belgier. Sie hielten 15 000 Karten für das Spiel gegen Frankreich in Nantes offensichtlich zurück. Erst als die Franzosen drohten, den entsprechenden Gegenwert in Rechnung zu stellen, rückten die Belgier von ihrer Position ab und gaben am letzten Samstag in Zeitungen von Nantes sogar Anzeigen auf, um die Karten an den Mann zu bringen. Das gelang auch noch, geblieben ist jedoch der Ärger. Jean-Claude Darmond, PR-Chef des französischen Verbandes: „Dieses Verhalten war ein Skandal."

STATISTIK

Dänemark – Belgien 3:2 (1:2)

Dänemark: Qvist (34/28) – Morten Olsen (34/65) – Ole Rasmussen (32/40) ab 57. Larsen-Brylle (25/8), Nielsen (27/19), Busk (31/32) – Berggreen (26/17), Arnesen (27/33) ab. 78. Sivebaek (22/22), Bertelsen (32/47), Lerby (26/40) – Laudrup (20/16), Elkjaer-Larsen (26/40). – **Belgien:** Pfaff (30/44) – Clijsters (27/8) – Grun (22/3), de Greef (26/5), de Wolf (26/11) – Vercauteren (27/38) ab 61. Voordeckers (24/17), Scifo (18/4), Vandereycken (30/39), Ceulemans (27/46) – Claesen (21/8) ab 46. Coeck (28/46), Vandenbergh (24/32). – **Schiedsrichter:** Adolf Prokop („DDR"). – **Tore:** 0:1 Ceulemans (27.), 0:2 Vercauteren (39.), 1:2 Arnesen (41., Foulelfmeter), 2:2 Larsen-Brylle (59.), 3:2 Elkjaer-Larsen (84.). – **Zuschauer:** 45 000. – **Gelbe Karten:** de Greef, Vandereycken.

Frankreich – Jugoslawien 3:2 (0:1)

Frankreich: Bats (27/10) – Bossis (28/58) – Fernandez (24/15), Battiston (27/34) – Tigana (28/31), Giresse (31/31), Platini (28/51), Ferreri (21/7) ab 77. Bravvo (21/8), Domerguc (27/4) – Six (29/51), Rocheteau (29/39) ab 46. Tusseau (26/12). – **Jugoslawien:** Simovic (30/10) – Zajec (28/30) – Miljus (24/4), Radanovic (24/10), Nenad Stojkovic (28/32) – Gudelj (24/18), Dragan Stojkovic (19/8), Bazdarevic (24/10) ab 85. Katanec (21/8), Sestic (28/16) – Susic (29/34), Zlatko Vujovic (26/29) ab 60. Deveric (23/5). – **Schiedsrichter:** André Daina (Schweiz). – **Tore:** 0:1 Sestic (32.), 1:1 Platini (59.), 2:1 Platini (62.), 3:1 Platini (77.), 3:2 Dragan Stojkovic (82., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 50 000.

Tabelle, Gruppe 1

Dänemark – Belgien	3:2
Frankreich – Jugoslawien	3:2
Dänemark – Jugoslawien	5:0
Frankreich – Belgien	5:0
Frankreich – Dänemark	1:0
Belgien – Jugoslawien	2:0

1. Frankreich	3	3	0	0	9:2	6:0
2. Dänemark	3	2	0	1	8:3	4:2
3. Belgien	3	1	0	2	4:8	2:4
4. Jugoslawien	3	0	0	3	2:10	0:6

● **Torschützenliste:** Michel Platini führt klar mit sieben Treffern vor dem Dänen Frank Arnesen (3), seinem Landsmann Preben Elkjaer-Larsen und Rudi Völler (beide 2).

Warum alle noch viel öfter auf Kaiser Franz Beckenbauer hören sollten

Von ULRICH DOST

Die Transfergeschäfte, ob schon abgeschlossen oder noch nicht, sind immer noch ein beliebtes Thema *innerhalb der Nationalmannschaft.* So wird **Hans-Peter Briegel** (28), der durch seinen Wechsel nach Verona auf seine alten Fußballtage noch einmal ans ganz große Geld kommt, als ausgesprochenes *Glückskind* bezeichnet. Bremens Torwart **Dieter Burdenski** (33) sagt über den Kaiserslauterer: „Für ihn sind das doch drei Lottogewinne auf einmal, wenn er nach Italien geht." Burdenski spielt damit auf die rund 500 000 Mark netto an, die der Abwehrspieler pro Jahr kassieren wird.

Burdenskis Klub, der SV Werder Bremen, steht auch vor einem großen Transfer, wenn **Rudi Völler** (24) den Verein verläßt. Innerlich hatte sich der Mittelstürmer immer gegen eine solche Aktion gewehrt. Inzwischen aber sagt er: „Es könnte sein, daß es ein Fehler ist, wenn ich nicht gehe." Das sagt er, obwohl seine Verhandlungen mit dem FC Barcelona noch keinen Schritt vorangekommen sind. Dieter Burdenski glaubt: „Rudi Völler wird es noch einmal bereuen, wenn er diesen Schritt nicht tut."

Für diesen Fall ist Burdenski einmal in die Rolle des Wirtschaftsexperten geschlüpft und kam zu dem Schluß, daß die Millionen bei einem Völler-Transfer (es sind rund acht Millionen Mark im Gespräch) für *Werder Bremen kein Glücksfall* sein müssen: „Das kann ein Teufelskreis werden. Der Klub muß Geld für einen neuen Spieler ausgeben. Ohne Völler rutscht Bremen jede Saison zwei *Plätze tiefer*, es kommen *also* weniger Zuschauer, der Klub muß dann pro Saison wahrscheinlich eine Million zuschießen. Da ist das Geld schnell aufgebraucht." Mancher Klub wäre froh, wenn er diesen Teufelskreis einmal erleben dürfte.

„Wir sind froh", sagte Hermann Neuberger (63), Präsident des Deut*schen Fußball-Bundes* (DFB), „*daß* wir endlich auch einmal abends spielen dürfen. Die Hitze schlaucht unsere Spieler doch sehr." **Karl-Heinz Rummenigge** (28) oder **Karl-Heinz Förster** (25) etwa haben bei den Nachmittagsspielen gegen Rumänien und Portugal jeweils rund sechs Pfund an Gewicht verloren. Normal wären zwei bis drei Pfund. Doch die hohen Temperaturen bis zu 30 Grad holen auch noch die letzten Schweißtropfen aus dem Körper. Bundestrainer **Jupp Derwall** (56) wird deshalb nicht müde, die Spieler darauf *hinzuweisen, möglichst bis zu* drei Liter Flüssigkeit am Tag zu sich zu nehmen. Derwall aber hat festgestellt: „Die meisten trinken zu wenig." Rot sieht der *Bundestrainer*, wenn jemand Coca-Cola trinkt. Derwall: „Dann sage ich ihnen, sie sollen einmal ein Stück Fleisch über Nacht in ein Glas Cola legen. Das Stück Fleisch ist total verrunzelt, es ist auf einen Bruchteil seines Umfangs zusammengeschrumpft." Derwalls Assistent **Horst Köppel** (36) hat zur Zeit Schwierigkeiten, etwas zu trinken *oder zu essen. Er hat ein Stück* eines Schneidezahns verloren – im Training bei einem Zweikampf mit dem Stuttgarter Buchwald, der ihm *einen Ellenbogen auf den Mund* schlug. Köppel, sonst einer der Gesprächigsten im Team, schweigt seitdem auch öfter: „Wenn ich den Mund aufmache, verspüre ich starke Schmerzen, denn der Nerv liegt völlig frei."

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe

*

Fußballexperten wollen sie sein, und auf ihre Art sind sie es bestimmt auch. Gerade der Verlauf dieser siebten Europameisterschaft in Frankreich hat wieder einmal gezeigt, wie sich selbst die Experten irren können, wenn es darum geht, Prognosen *aufzustellen*. Jupp Derwall lag vollkommen daneben, als er schon vor dem Turnier sagte, die Jugoslawen seien unglaublich stark und für ihn eine Art Geheimtip. Nicht ein Spiel konnten die Jugoslawen gewinnen, inzwischen haben sie schon die Heimreise angetreten.

Mittelstürmer Rudi Völler war sich absolut sicher, daß Belgien durch einen Sieg über Dänemark doch noch das Halbfinale erreicht. Auch Völler lag mit seiner Prognose daneben, denn es kam ja genau umgekehrt. *Nur* ***Franz Beckenbauer*** *(40) lag bis*lang richtig. Er hatte trotz der 0:1-Auftaktniederlage der Dänen gegen die Franzosen behauptet: „Dänemark schafft trotzdem den Sprung ins Halbfinale." Man sollte viel mehr auf den „Kaiser" hören.

*

Im kleinen wird es den Europa-Parlamentariern vorgelebt, daß es längst ein gemeinsames Europa gibt. So hat Franz Beckenbauer, CSU-Anhänger und Fan von **Franz Josef Strauß** (68), keine politischen Bedenken, mit **Daniel Cohn-Bendit** (41) gemeinsam Fußball zu spielen. Cohn-Bendit war 1968 Anführer der französischen Studenten-Revolte und ist inzwischen Rundfunkreporter beim Sender „Europe I". In *Deutschland sympathisiert* er *mit* den „Grünen". Wen wundert es da, daß er auch eine grüne Turnhose getragen hat.

Beide verstärkten – was wohl nur auf Beckenbauer zutraf – eine Journalistenauswahl. Beide erzielten ein Tor. Als Beckenbauer mit 8:9 im Rückstand lag, ging ihm die Puste aus, und er hörte auf.

LEICHTATHLETIK / Deutsche Meisterschaften in Düsseldorf – wichtigster Test vor Los Angeles

Gaby Bussmann, ein Virus und die Psyche

An sich setzt das Blatt eher auf andere Themen: Backrezepte, Strickmoden oder Wesentliches über Estragon. Im April wurden die Leserinnen urplötzlich mit Gaby Bussmann konfrontiert. Die schnellste 400-m-Läuferin der westlichen Welt schien auch für die Frauen-Zeitschriften ein Knüller zu sein: hübsch, schnell, arbeitsam, ehrgeizig. Und als der Osten seinen Olympia-Boykott beschloß, avancierte die Weltmeisterschafts-Vierte von Helsinki gar zum Top-Star. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) schrieb: „Nach dem Boykott-Beschluß schien die Psychologie-Studentin in Los Angeles so unschlagbar wie Ed Moses zu sein."

Immer vorausgesetzt, Gaby Bussmann kann bei den Spielen überhaupt starten. Denn Gaby Bussmann ist krank, und deshalb wird sie bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften vom Freitag bis Sonntag in Düsseldorf ihren Titel nicht verteidigen. sie wird allenfalls in der Staffel ihres Klubs LG Ahlen-Hamm laufen.

Vor einer Woche, beim Länderkampf *in Hannover, stürzte sie ins* Ziel und mußte von der Bahn getragen werden. Vierte in 53,14 Sekunden

STAND ● PUNKT

war sie geworden – indiskutabel. Jochen Spilker, Trainer und Lebensgefährte der deutschen Rekordläuferin: „Sie lief die ersten 200 m in 25 Sekunden *durch, die 300 m in 38,1. Für* Gaby eher eine ruhige Angelegenheit. Doch nach 310 m war alles aus, da kam sie fast nicht mehr weiter. Das Eigenartige: Im Ziel war sie noch nicht einmal übersäuert. Merkwürdig auch, daß diese Erschöpfungszustände ohne Vorwarnung und von einem Schritt auf den anderen eintreten."

Was für Spilker unerklärlich ist und was die Ärzte versuchen exakt zu *diagnostizieren, hatte vielleicht sei*nen Ursprung im Winter. Damals, beim Training in Neuseeland, stellten sich heftige Schmerzen in der Wade ein. Ende März, beim Trainingslehrgang auf Gran Canaria, litt sie erneut unter diesen Beschwerden. Ende April wurde sie sogar in ein Essener Krankenhaus als Notfall eingeliefert. Verdacht auf schwere Thrombose, eine Woche lang stationäre Behandlung. Das summiert sich, nicht nur auf fünf Wochen Trainingsausfall.

Der Essener Sportmediziner Professor Hartmut Krahl hat Gaby Bussmanns schmerzende Waden „ein immer häufiger zu beobachtendes Symptom für Überbelastung im Training" genannt. Jochen Spilker wehrt sich gegen diesen Vorwurf: „Gaby hat auch in diesem Jahr vom Umfang her nicht mehr trainiert als im Vorjahr." Spilker sagt aber auch: „Vielleicht haben die Ärzte das Problem bagatellisiert." Vielleicht – so Spilker – trage Gaby Bussmann einen bisher unbekannten Virus in sich herum.

Denn über schmerzende Waden und urplötzlichen Blackout klagen in den letzten Wochen eine ganze Reihe Athleten. Hindernis-Weltmeister Patriz Ilg zur WELT: „Mir ging es ähnlich. Gott sei Dank scheine ich seit 14 Tagen über den Berg zu sein." Der Freiburger Mediziner Dr. Georg Huber, Mannschaftsarzt der deutschen Radrennfahrer, beobachtet diese *Symptome auch in seinem Verband.* Huber erzählte in diesem Zusammenhang eine Geschichte, die einem die Haare zu Berge stehen lassen: „Kürzlich wurde ein 42jähriger Kollege von mir auf die Intensivstation der Freiburger Uni-Kliniken gebracht. Auch er hatte diese Symptome. Er konnte nicht mehr gerettet werden, er starb."

Gaby Bussmann hat in den vergangenen Jahren vehement die *tschechoslowakische 400-m-Weltrekordlerin* Jarmilla Kratochvilova attackiert. Sie unterstellte ihr die Einnahme verbotener Hormonmittel, die große Leistungssprünge verursacht hätten. Wer im Glashaus sitze, solle nicht mit Steinen werfen, wird nun nach ihrer Erkrankung hinter vorgehaltener Hand in der Branche bämisch gemunkelt. Zynische Verdächtigungen, die am Ziel vorbeischießen.

Etwas anderes hat hingegen Hand und Fuß. Sie selbst, so hat Gaby Bussmann gesagt, habe sich auch nach den Boykott-Beschlüssen nicht als Goldmedaillen-Kandidatin gefühlt. Und Jochen Spilker vermutete schließlich mit Recht, daß die Amerikaner „noch einiges aus dem Hut zaubern werden." KLAUS BLUME

Erwartet wird endlich eine Leistungsexplosion

K. Bl. Bonn

„Mit dem bisher Gezeigten kann man einfach nicht zufrieden sein. Ich erwarte am Wochenende eine gewissen Leistungsexplosion. Das muß möglich sein, denn die Athleten hatten genug Wettkämpfe und sie hatten auch eine gute Vorbereitung. Jetzt brauche ich Zeiten." Manfred Kinder, der Bundestrainer der erfolggewohnten deutschen 400-m-Spezialisten, sagte dies vor den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften von Freitag bis Sonntag in Düsseldorf. Kinder hat allen Grund zur Klage: Europarekordler Erwin Skamrahl (44,50 Sekunden) und Hartmut Weber haben bisher nichts zustande gebracht, was ihrem wirklichen Können entspricht. In der aktuellen Weltbestenliste ihrer Disziplin rangiert Skamrahl derzeit nur auf Platz 30!

Aber nicht nur bei den 400-m-Läufern ist Gefahr im Verzug. Ferner unter ferner liefen, so sieht derzeit die Sachlage für den Europameister über 800 m aus. Ein ähnliches Bild auch über 1500 m und 5000 m, trotz eines Vorzeigeathleten wie Europameister Thomas Wessinghage. Und am Mittwoch nach den Meisterschaften soll das Olympiateam der deutschen Leichtathleten endgültig stehen.

Ist es wirklich so schlimm? Feststeht, das miserable Wetter der letzten Wochen hat den derzeitigen Krankenstand erheblich angehoben. In Düsseldorf werden auf alle Fälle nicht starten können: Heike Filsinger (100 m Hürden), Mary Wagner (400 m Hürden), Eva Helmschmidt (Speerwerfen), Birgit Friedmann (1500 m), Gaby Bussmann (400 m), Willi Wülbeck (800 m), Jürgen Evers (200 m). Gefährdet ist die Teilnahme von Stabhochspringer Günter Lohre und Christian Haas (Sprint), der sich den Oberschenkel lädiert hat.

Aber trotz dieser Verletzten und Erkrankten, trotz der Leistungsrückstände in einigen Disziplinen ist die *Situation gar nicht so schlecht* – die Statistiken beweisen es. Bei den Männern sind in zehn Disziplinen die Leistungen besser als im Vorjahr, in neun schlechter. Bei den Frauen ist die Sachlage günstiger. In elf von 14 Disziplinen wurde schneller gelaufen und weiter geworfen als vor den Deutschen Meisterschaften 1983 in Bremen. Wohl auch deshalb sagt Horst Blattgerste, der Leistungssportreferent des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV): „Wir könnten schon heute 85 Prozent der Mannschaft auf Anhieb und ohne Zweifel nominieren."

Auf Leistungsexplosionen wird aber dennoch gehofft. Zum Beispiel so: „Wenn das Wetter mitspielt, auf etwas Ähnliches wie im letzten Sommer in der Hitze von München" (Manfred Kinder). In der Hitze von München brach Erwin Skamrahl den 400-m-Europarekord des Sowjetrussen Viktor Markin. Der Hochspringer Dietmar Mögenburg hat schon *Pfingsten in Eberstadt angekündigt,* in Düsseldorf einen erneuten Höhenflug zu unternehmen. Der Kölner sprach ungeniert von 2,40 m, der neuen Weltrekordhöhe. Kugelstoßerin Claudia Losch warf am Dienstagabend in München zwecks Formüberprüfung den Diskus beinahe 61 Meter weit. Die Goldmedaillen-Kandidatin für Los Angeles („Das bin ich nicht, ich bin nur eine ernst zu nehmende Medaillenfavoritin.") will nun in ihrer Spezialdisziplin auch wieder einiges zulegen. In der Kühle von Hannover wuchtete sie die Kugel immerhin schon auf beachtliche 20,55 m.

Andere haben andere Sorgen. Zum Beispiel Patriz Ilg, der Weltmeister über 3000-m-Hindernis. Nach einer Virus-Erkrankung hat der emsige Schwabe in den letzten zwei Wochen wieder fleißig trainiert. Er sagt: „Nach dem Rennen in Düsseldorf werde ich sehen, wie es weitergeht." Ilg spricht derzeit nicht vom möglichen Sieg, erst recht nicht von einer Medaillenchance in Los Angeles.

Nachholbedarf haben viele. Ob sie nun durch das Wetter, die eigene Terminegestaltung oder durch Krankheit nicht zum Zug gekommen sind. Bei den Männern haben in diesem Jahr ohnehin nur drei deutsche Athleten international erstklassige Resultate erzielt: Zehnkämpfer Jürgen Hingsen bei seinem Weltrekord von 8798 Punkten und die beiden Hochspringer Thränhardt und Mögenburg mit der Einstellung des Europarekordes von 2,36 m. Und das ist – Statistiken hin, Statistiken her – zu wenig in einem Olympiajahr.

LEICHTATHLETIK

Lewis dicht am Rekord

sid, Los Angeles

Ein weiter Sprung von Carl Lewis brachte es rechtzeitig vor Beginn der Olympischen Spiele an den Tag: Die Weitsprunganlage im Coliseum von Los Angeles muß noch verändert werden. Als der Star der amerikanischen Leichtathleten *am vierten Tag* der Olympia-Ausscheidung nach seinem ersten Weitsprung bei 8,71 Metern landete, trennten ihn nur wenige Zentimeter von der hinteren Grubenbegrenzung und vom Weltrekord seines Landsmannes Bob Beamon (8,90 m). Und wenn die seit 1968 gültige Bestmarke im Sommer an gleicher Stätte fallen soll, muß zumindest der Absprungbalken nach vorn verlegt werden.

Der 22 Jahre alte Favorit auf die Goldmedaille verzichtete nach seiner Weltjahresbestleistung auf die restlichen Versuche. Ausruhen zum Großes zu leisten, konnte aber nicht der Grund sein. Das hatte Lewis schon zu Beginn des Wettkampftages vollbracht, *als er die 200 Meter in 19,84* Sekunden heruntersprintete. Den Weltrekord (19,72) verpaßte er dabei nur um 12 Hundertstelsekunden. Beobachter erzählen sogar, er habe ihn verspielt, weil er „nur die Kurve voll durchgelaufen" sei.

Neben Carl Lewis konnte bei den Qualifikationen ein zweites Talent glänzen: Earl Johns. Der 19 Jahre alte Läufer aus Inkster im US-Bundesstaat Michigan gewann über 800 Meter mit neuem Landesrekord (1:43,74) vor dem zeitgleichen Johnny Gray.

Bei den Frauen schob sich Chandra Cheeseborough ebenfalls mit neuem Landesrekord über 400 Meter ins Rampenlicht. In 49,28 Sekunden löste sie Gaby Bußmann (Hamm) als schnellste Frau der westlichen Welt ab und gilt nach dem Boykott des Ostblocks als Olympia-Favoritin.

SPORT-NACHRICHTEN

Abstieg für Göppingen

Göppingen (dpa) - Der deutsche Handball-Rekordmeister Frisch Auf Göppingen ist zum Zwangsabstieg in die zweite Bundesliga und zu einer Geldstrafe von 50 000 Mark verurteilt worden. Göppingen hatte im Falle *des polnischen Spielers Jerzy Klem*pel gegen die Amateurstatuten verstoßen. Den Platz von Göppingen nimmt der TBV Lemgo ein.

Freiburg gibt auf

Freiburg (dpa) - Der ERC Freiburg gab seinen Rückzug aus der Eishockey-Bundesliga bekannt. Der Verein nennt wirtschaftliche Gründe für diesen Entschluß. In der Landesliga will er neu beginnen. Der Duisburger SC soll jetzt in die Bundesliga nachrücken.

Anett Poetzsch heiratet

Berlin (dpa) - Die Eiskunstlauf-Olympiasiegerinnen der „DDR" von 1980, Anett Poetzsch, und von Sarajevo 1984, Katarina Witt, sind jetzt Verwandte. Anett Poetzsch heiratete den Bruder von Katarina Witt, einen ehemaligen Fußballspieler.

Olympia-Einbußen?

Los Angeles (dpa) - Das Organisationskomitee der Olympischen Spiele von Los Angeles (LAOOC) wird mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC eine Reduzierung der Übertragungssumme von 225 Millionen Dollar diskutieren. Beim Ausbleiben bedeutender Teilnehmerländer steht ABC ein Rabatt zu. LAOOC-Präsident Ueberroth befürchtet nun für die Organisatoren rote Zahlen.

Mit sechs Trainern

Kiel (sid) - Sechs Trainer werden die 13 deutschen Segler bei den olympischen Regatten vor Long Beach betreuen. Neben Bundestrainer Klaus-Peter Stohl (Hamburg) werden alle übrigen Honorartrainer der olympischen Bootsklassen dabeisein.

Larsen folgt Briegel

Straßburg (sid) - Der dänische Fußballspieler Preben Elkjaer-Larsen, bisher beim belgischen Klub SK Lokeren unter Vertrag, wechselt ebenso wie der Kaiserslauterer Hans-Peter Briegel zum italienischen Erstliga-Verein *Hellas Verona.* Verona zahlt 3,5 Millionen Mark.

Wasserballer Dritter

Budapest (sid) – Trotz einer abschließenden 6:9 (1:3, 2:2, 2:0, 1:4)-Niederlage gegen die USA erreichten die Wasserballer des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) beim Acht-Länder-Turnier in Budapest einen dritten Rang. Die Tore gegen die Amerikaner erzielten Otto (3 Treffer), Stamm (2) und Osselmann.

Noah nicht in Wimbledon

London (sid) – Der an Nummer sieben gesetzte Franzose Yannick Noah wird nicht am Turnier in Wimbledon (25. Juni bis 8. Juli) teilnehmen. Er leidet an einer Leistenzerrung.

Schwimmen: Weltrekord

Toronto (sid) – Victor Davis schwamm bei der kanadischen Olympia-Ausscheidung in 2:14,58 Minuten Weltrekord über 200 Meter Brust. Der 20 Jahre alte Kanadier verbesserte in Toronto die von ihm gehaltene Bestleistung um 12 Hundertstelsekunden.

ZAHLEN

TENNIS

Damenturnier in Eastbourne (175 000 Dollar), zweite Runde: Kohde (Deutschland) – Brown (England) 6:2, 6:2, Navratilova – White (beide USA) 6:2, 6:3, Lloyd-Evert (USA) – Gomer (England) 6:1, 6:4.

SPRINGREITEN

Profi Huck wieder vorne

sid/dpa, Aachen

Der Profi Karsten Huck (Neumünster) stahl den deutschen Olympiakandidaten am ersten Tag des 48. Internationalen CHIO-Reitturniers in Aachen die Schau. Der deutsche Meister beeindruckte in der Qualifikation zum Springchampionat von Deutschland mit einem fehlerfreien Ritt auf dem zehnjährigen Hengst Calando in 71,40 Sekunden und dem zweiten Platz hinter dem Engländer John Whitaker mit Saint Mungo (71,05). Mit Franke Sloothaak (Damme), Ulrich Meyer zu Bexten (Herford) und Michael Rüping (Itzehoe) konnten sich gleich drei Olympiakandidaten nicht für das Springchampionat qualifizieren. Sie hatten zwei und mehr Springfehler oder die Mindestzeit überschritten.

Weltmeister Norbert Koof stieß dagegen das Tor zu Olympia wieder einen Spalt auf. Auf seinem Westfalen Fire belegte der Willicher mit null Fehlern den sechsten Rang und knüpfte damit an seine alten Glanzzeiten wieder an. Für Michael Rüping, der im Weltcup-Finale als einziger Deutscher vertreten war und Platz vier belegt hatte, dürften sich die Hoffnungen auf die Olympischen Spiele dagegen immer mehr zerschlagen. Er hatte bereits in Balve bei der Deutschen Meisterschaft die erste Sichtung nicht beendet. In Aachen konnte der Arzt vor 8000 Zuschauern seine Ambitionen für Los Angeles *nicht rechtfertigen.*

Trotz eines Springfehlers hat sich der zweimalige Europameister Paul Schockemöhle mit Deister für das Championat qualifiziert. Bundestrainer Hermann Schridde erklärte zu dem schwachen Abschneiden seiner Schützlinge: „Es ist bedauerlich, aber leider nicht zu ändern. Doch abgerechnet wird erst am letzten Tag."

Ein engagierter Einzelkämpfer: Joachim Bublath

Im bunten Federkleid

Er war der erste, der 1973 im deutschen Fernsehen die „liquid crystals", die heute aus Anzeigeeinheiten nicht mehr wegzudenkenden Flüssigkristalle, einem staunenden Auditorium präsentierte. Honorigen Fachpublikationen hatte er damit wieder mal den Rang abgelaufen. „Da habe ich plötzlich gemerkt, wie schlecht die allgemeine Literaturrecherche unserer Wissenschaftler ist," stellt Joachim Bublath fest, „vor allem, wenn es fächerübergreifend wird".

Der 40jährige promovierte Festkörperphysiker zeichnet beim ZDF als Abteilungsleiter für die Wissenschaftsberichterstattung verantwortlich. Der engagierte „Einzelkämpfer" auf seinem Gebiet tut das mit Leib und Seele. Mit Akribie werden die Themen bis aufs i-Tüpfelchen ausgelotet. Die Technik drumherum ist ihm nicht fremd; er ist damit großgeworden. Auch heute noch nimmt er die Kamera oft selbst in Hand.

Der gebürtige Ostpreuße, der 1956 nach Frankfurt kam, gelangte im Verlauf seiner ersten Studiensemester über den Studentenschnelldienst ans Fernsehen: Statistenrollen waren gefragt. In den Ferien sprang er als Kameraassistent beim Hessischen Rundfunk ein. In Syrien, der Türkei und in Saudi-Arabien entstanden unter teilweise halsbrecherischen Umständen Beiträge, die im „Auslandsjournal" zu sehen waren.

Schon zu Zeiten seines Vordiploms fungierte er als mathematischer Berater bei wissenschaftlichen Serien. Adressat waren die Berufsschulen. In dieser Phase kam ihm 1971 das Angebot des HR gelegen, die Lücke „Universitätsfernsehen" zu füllen. Der Beginn war mehr als abenteuerlich: „Wenn ich die Requisite sagte, daß ich für ein Experiment einen Trafo brauche, Verhältnis 1:2, haben die mich angeschaut, als ob ich von einem anderen Stern komme."

Er gibt gern zu, daß er von den Regisseuren eine Menge gelernt hat, die Unterhaltungssendungen à la Kulenkampff den richtigen Schliff geben. „Ich mußte mir praktisch ein buntes Federkleid anlegen, die Leute motivieren und vor allem weg vom Oberlehrerhaften kommen. Ich wollte vermeiden, daß gesagt wird: Ah, der mit den wirren Haaren und den Zwinkeraugen – das muß Wissenschaft sein."

Der Erfolg seiner mehr als eingängigen Präsentation ließ nicht lange auf sich warten. „Plötzlich gab es hier Leute, die sich schon immer für Wissenschaft interessiert hatten." Nach seinen Sendungen forderten die aufgeschlossenen Zuschauer allein in Hessen über 25 000 mal Vorabmaterial zur nächsten Sendung an. Die unerwartete Resonanz hatte die Verantwortlichen regelrecht erschlagen. Das Ende vom Lied: Die Portokosten überstiegen den Sendeetat, die Serie *Serviceleistung wurde eingestellt.*

Dann kam sein Auftritt im „Physikzirkus", der Weitergabe von aktueller Basisphysik. Naturwissenschaftliche Fragen prinzipieller Art enthielt die bunte Mixtur. Nicht telekollegartig mit einem Schultafel im Hintergrund, weit gefehlt, Zauberer vom Flohmarkt und Reduktion auf aussagekräftige Trickfilm-Gags veranschaulichten die sonst so knallharten unverdaulichen Themen. 39 Folgen à 15 Minuten gehören in Ländern der dritten Welt mittlerweile zur technologischen Entwicklungshilfe.

Aus Forschung und Technik – ZDF, 21.00 Uhr



Lotet seine Themen bis aufs i-Tüpfelchen aus: Joachim Bublath FOTO: ZDF

Als er 1982 nach vollzogenem Wechsel von Frankfurt nach Mainz beim ZDF seine erste Sendung über Strömungsverhalten machte, stürmten deutsche Fachinstitute auf ihn ein. „Wir haben zwar in den USA und Japan gedreht, die eigentliche Entwicklung aber kam aus Karlsruhe. Das wußten die einfach nicht," erinnert sich Joachim Bublath. „Ich bin immer noch von den Socken und kann nur immer wieder zynisch sagen: Wenn wir vom Fernsehen versuchen, Dinge neu zu kombinieren und zu präsentieren - gerade was Basisinnovationen angeht - erstaunt mich jedesmal, was wir an großen Unbekannten in unseren schnellen Recherchen finden."

Sein Wunschtraum einer optimalen Sendekonzeption: „Weil ja ohnehin Recherchen durchgeführt werden, sollte man nach der motivierenden, im Reportage-Stil gehaltenen Vorinformation am frühen Abend, zu später Stunde eine Zuschauer-Nachfrageaktion anrollen lassen."

DIETER THIERBACH

KRITIK

Zwischen Beruf und Familie

Die Zeit, da in der Sowjetunion die *Kunst lediglich Markt der Poli*tik war, ist lange vorbei. Nicht, daß man deshalb von freien Verhältnissen reden könnte, die alles zu gestalten erlauben. Aber es gibt zunehmend Beispiele, die ohne sozialistisch-realistische Schönfärberei Wirklichkeitsausschnitte aus der Sowjetunion schonungslos bloßlegen.

Der georgische Film **Einige Interviews zu persönlichen Fragen** (ZDF) von 1978 gehört dazu. Ihm gelang es überzeugend, gesellschaftliche Realität der Sowjetunion von heute in ästhetische Wahrheit umzusetzen. Kern der Handlung: Die Ehekrise einer Journalistin, die ihren Grund nicht zuletzt im radikalen Ernstnehmen ihres Berufs hat: Sie macht Interviews mit Frauen aller Altersgruppen, hakt jedoch das jeweils erfahrene Schicksal nicht ab, sondern versucht, den Befragten zu helfen: Solche wirkliche Institution, an die man sich wendet.

Doch indem sie gibt, verliert sie auch: Zeit für den Mann, die Familie. Ein klassischer Fall: Keiner an dieser Ehekrise ist letztlich schuld, und dennoch gibt es keine Lösung. Was den Film darüber hinaus bemerkenswert macht, ist das Einblenden unbewältigter Vergangenheit: das Schicksal der Mutter der Journalistin, die als kleines Mädchen mit ansehen muß, wie ihre Mutter verhaftet wird und nach vielen Jahren deren Rückkehr aus Sibirien erlebt. Ein ästhetisches Ensemble von Rückblenden, langen Einstellungen und harten Schnitten machen diesen Film, der in seinen besten Passagen das Niveau Tarkowskischer Cinematographie erreicht, zu einem Ereignis.

ULRICH SCHACHT

Kein Glück mit Kursbüchern

Ein Angestellter einer Computerfirma, der mit Frau und Sohn hoffnungsfroh dem sozialen Aufstieg ins neue Eigenheim entgegensieht, erfährt vom Bankrott der Vertragsfirma und bewirbt sich, um das Heim zu retten, als Kandidat zur Teilnahme an einem Fernsehquiz, in dem ein menschlicher Spezialist gegen einen Roboter namens „Alleswisser" anzutreten hat. Des Kandidaten Fachgebiet: die Kursbücher europäischer Bahnlinien. Er besteht den Test bravourös, sieht sich schon als toller Gewinner und im Vorfeld des Bildschirm-Showdowns als nagelneuer Held seiner Kleinstadt. Doch als es schließlich um die Wurst geht, bleibt der Mund ihm versiegelt.

Das war eine hübsche, flott erzählte Geschichte um diesen **Alleswisser** (ZDF), eine Idee des Schauspielers Til Erwig, der gleich noch die Rolle des kursbücherverrückten Blohmann übernahm und in Regisseur Sepp Strubel genau den Richtigen fand: so also kann deutsche Unterhaltung auch sein, einfach erzählt, mit fein beobachteten Randereignissen.

Stimmt schon: An Menges „Millionenspiel" reicht so was nicht heran, aber das will es wohl auch gar nicht. Das Ganze hatte eher die unaufdringlichen Züge einer sanften Satire, vor allem auf die Lokalmatadore in Rathaus und Betriebsrat und all die kleinen Opportunisten im Schatten des vermeintlichen Stars.

ALEXANDER SCHMITZ





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.03 Fußball-Europameisterschaft
Deutschland – Spanien
11.35 Portugal – Rumänien
12.35 Umschau
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.25 Sabrina
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Audrey Hepburn, Humphrey Bogart, William Holden u. a.
Regie: Billy Wilder
15.15 Tagesschau
15.25 Bleibe im Lande ...
16.10 Wir Kinder – einer großen Familie
Zusammen sind wir elf
17.05 Leben aus der Quelle
17.35 Akzentsendung zu Fronleichnam
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Die Fernsehdiskussion
Die Lage der deutschen Bauern *nach den Brüsseler Beschlüssen*
Gesprächsleitung: Rudolf Mühlfenzl
21.00 Musikladen
21.45 Rund um Big Ben
Vorgestellt werden der 62jährige Henry Harpur-Crewe, der vor kurzem ein Herrenhaus erbte, in dem sich viele der 80 Zimmer noch in einem Zustand wie zu Königin Viktorias Zeiten befanden, sowie Fred Dibnah, der in seiner Freizeit an alten Dampfmaschinen bastelt.
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Tod auf dem Rastplatz
0.05 Tagesschau

ZDF

13.20 Robert Schumann und Düsseldorf
Konzert des Städtischen Musikvereins aus der Tonhalle
Leitung: Bernhard Klee
14.35 Grenzstation: Duderstadt
Deutschlands nördlichster Süden
15.05 Bitte, rauben Sie mich
Ungarischer Kinderfilm
16.05 ... und dann kamen die Bagger
16.35 heute
16.40 Es sollte ja nur ein Spaß sein ...
18.10 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Der Installateur
19.00 heute
19.15 Das letzte Abendmahl
19.30 Der große Preis
Heiteres Spiel mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Aus Forschung und Technik
Überleben durch Gift?
Mit Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
22.50 Künstler im Gespräch
Joachim Kaiser hat den Kammersänger Hermann Prey und seine Frau Barbara eingeladen, um mit Ihnen über künstlerische und private Themen zu plaudern.
23.50 Thriller
Das schwarze Haus
0.55 heute



Auch eine Art, Äpfel zu essen: Hier versuchen es Elfriede Ott und Fritz Muliar (Hallo, Hotel Sacher ... Portier! – ZDF, 18.10 Uhr) FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ausgezählt
Amerikanischer Spielfilm (1951)
21.35 Filmtip
„Sunrise" von F. W. Murnau
21.45 ... und so klug als wie zuvor
Medizinerausbildung in der Diskussion
22.15 Nur Carsten Niebuhr kam zurück
Die dänische Jemen-Expedition
23.00 Die Kathedrale von Chartres
0.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Den Wind in den Händen
Bei Windstärke 7
18.45 Topfguckers Abenteuer
19.15 Macht aus alten Zeiten
20.00 Tagesschau
20.15 Der zerbrochene Krug
Deutscher Spielfilm (1937) nach Heinrich von Kleist
21.35 Kunstlandschaft Bundesrepublik
22.20 Jazz Fest Berlin 1983
22.50 Volley-Ball-Dreiländer-Turnier
23.35 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Lord Schmetterhand (3)
19.00 Quick
Deutscher Spielfilm (1932)
20.30 Bücher-Report
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell Telegramm
21.35 Blickpunkt Ausland
22.30 Alcatraz (3)

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
19.00 Weil's der Brauch ist
19.30 Mathieu, Gaston, Paluche
Französischer Fernsehfilm
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Treffpunkt Fernsehturm
Großraum Mannheim:
21.45 Treffpunkt alte Feuerwache
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Swing und Jazz
Nur für das Saarland:
21.45 Gästebuch

BAYERN

18.15 „Ich lerne wieder lernen"
18.45 Rundschau
19.00 Die erste Legion
Schauspiel von Emmet Lavery
20.55 Z. E. N.
21.00 „Sei gegrüßet, Jesu gütig"
21.45 Rundschau
22.00 Jenny
Amerikanischer Spielfilm (1948)
23.25 Rundschau

Danner – ein Rennfahrer probt Selbstbewußtsein

sid, Bonn

Ein Mann probt Selbstbewußtsein: „Was Stefan Bellof kann, kann ich auch", sagt der 26 Jahre alte Christian Danner. Noch fährt der Münchner in der Formel 2, will beim siebten Lauf zur Europameisterschaft am kommenden Sonntag in Hockenheim seinen dritten Rang in der Gesamtwertung verteidigen. Doch noch für dieses Jahr plant Danner seinen ersten Einsatz in der Formel 1. Nicht zuletzt, um sich auf höchstem Niveau mit seinem gleichaltrigen Rivalen Stefan Bellof zu messen.

Das Parkett für dieses Duell soll der neue Nürburgring sein, wo am 7. Oktober der Große Preis von Europa ausgetragen wird. Ein Sponsor zur Finanzierung des Einsatzes steht bereit. Am Wochenende soll der Vertrag in Hockenheim abgeschlossen werden. „Mein Problem ist dann, ein konkurrenzfähiges Auto zu finden", sagt Danner.

Tatsächlich: Mitten in der Saison wird dieses Vorhaben nicht einfach sein, alle Cockpits sind besetzt. Selbst anerkannte Routiniers wie der Ire John Watson sitzen auf der Straße. Eine Möglichkeit wäre der Spirit-Hart, doch der Wagen gilt als unzuverlässig, außerdem trotz eines Turbomotors als nicht besonders leistungsstark. „Ich will mich schließlich nicht blamieren", sagt Danner.

Dennoch, der Aufstieg des Münchners ist seit langem fällig. Seit 1978 fährt der Professorensohn Rennen, begann im Renault-5-Pokal, trat 1980 mit einem BMW M 1 in der Rennsport-Trophäe an und war ab 1981 für drei Jahre Werksfahrer im March-Team, das von BMW unterstützt wird. Danner galt bald als ausgezeichneter Techniker und wurde immer dann zu Testfahrten herangezogen, wenn zu Saisonbeginn die neuen Wagen ihren letzten Schliff erhalten sollten. Dieser Ruf verhalf ihm zu Beginn des Jahres, erstmals ohne BMW-Unterstützung, zu einem Platz im Team BS-Automotive, wo er ebenfalls einen March fährt.

In der Formel 2 der letzten zwei Jahre konnte er sich einige Male im direkten Duell auch vor Bellof plazieren. Beim vierten Lauf zur Endurance-Weltmeisterschaft auf dem Nürburgring (1000-km-Rennen) wird Bellof im Werks-Porsche 956 starten, während Danner einen privaten 956 eines englischen Teams fährt. „Natürlich bleibt die Formel 1 mein Hauptziel", sagt Danner, „aber ich will mit mir Langstreckenrennen zumindest etwas wie ein zweites Bein schaffen."

Eriwan, Teil zwei

D.W. – Ein Antennenmast macht dem Südwestfunk Kummer. Er steht in Dudelange und strahlt das Programm von RTLplus aus. Allerdings steht er erst seit kurzem wieder, weil ihn ein Düsenjäger gerammt und abgeknickt hatte. Nachdem die Luxemburger ihn wieder benutzen können, meldete der SWF mißbilligend, daß dieser Mast nun höher sei und störe. RTL konterte, der Mast sei nicht höher, sondern niedriger, und fügte die Sottise an: „Nicht auf die Höhe des Sendemastes kommt es beim Programmerfolg an, sondern auf den Inhalt des ausgestrahlten Programms" (s. WELT v. 14. 6.: „Gruß aus Eriwan").

Das mochte der SWF nicht auf sich sitzen lassen. Er replizierte mit dem Hinweis, „das Bundespostministerium hat dem Technischen Direktor des SWF eindeutig bestätigt, daß RTL seine Antenne höher angebracht hat als vor der Reparatur". *Denn es käme nicht darauf an*, „wie hocb der Mast ist, sondern in welcher Höhe die abstrahlende Antenne angebracht ist. Okay?".

RTL fand das aber nicht okay. Es verweist darauf, daß die Bundespost nur gesagt habe, RTL betreibe den Sender „mit einer zu großen Antennenhöbe". Also: Es lebe der kleine Unterschied. Und da der SWF die Post zitiert, RTL strahle mit 50 kW ab, sagen die Luxemburger: Das war beim Probebetrieb, jetzt sind es, ätsch, sogar 100 kW.

Der SWF, gelehrig und vorsichtig nacb den ungenauen Formulierungen der ersten Meldung, die das ganze Heckmeck auslöste, mag sich um solche Details nicht mehr streiten. Ihm geht es darum, daß der Empfang seiner Kunden beeinträchtigt wird – und er verkneift sich nicht den Hinweis, daß diese Kunden sowieso RTLplus nicht empfangen könnten. Es käme nur auf die Technik, nicht auf den Inhalt an. Außerdem habe die Bundespost gesagt: „Eine Nachkoordinierung ist aus diesem Grunde erforderlich".

Bleibt dem amüsierten Zuschauer nur die Frage: Wäre das alles nicbt mit einer Vorkoordinierung zu vermeiden gewesen?

Berliner Gemäldegalerie zeigt Meisterwerke „Von Frans Hals bis Vermeer"

Holländer mit Hintersinn

Die Idee kam aus Philadelphia, und von dort hat die wunderbare Ausstellung „Von Frans Hals bis Vermeer" auch ihre Reise angetreten. In Europa wird sie nach Berlin nur in Londons Royal Academy zu sehen sein. Aus 31 Museen zwischen Seattle und Budapest kommen mehr als 100 „Meisterwerke holländischer Genremalerei" sowie aus 22 splendiden Privatsammlungen, darunter der Kollektion der Queen, die allerdings eine Reihe ihrer Kostbarkeiten nur für die britische Station der Schau reserviert hat.

Berlin ist in besonderem Maße der geeignete Ort für diese Ausstellung. Die Gemäldegalerie Preußischer Kulturbesitz verfügt gerade auf dem Gebiet, das hier mit allerhöchstem Anspruch versammelt wird, über eine überaus reiche Sammlung. Das Haus Oranien und die preußischen Könige legten durch Aufträge und Erwerbungen den Grundstock. Unter Wilhelm von Bode erfuhr die Kunstgattung „Genremalerei" geradezu demonstrative Wertschätzung.

Der Begriff ist bis heute so genau noch gar nicht umrissen: Nicht Stilleben, nicht Historie, nicht Landschaft, aber auch kein Portrait, beschreibt die Genremalerei „Szenen aus dem Alltagsleben". Die Werke zweier Generationen bolländischer Maler des 17. Jahrhunderts – entstanden in einer Zeit wirtschaftlicher und kultureller Blüte des Landes nach dem Waffenstillstand mit Spanien – geben unerschöpfliche Einblicke in das Leben der Handwerker, das Treiben der einfachen Leute, die Gesellschaft des feinen Bürgertums. Verschiedene malerische Zentren bildeten sich, oft dicht nebeneinander, heraus, und viele Künstler spezialisierten sich bei ihrer Arbeit auf bestimmte Motivkreise.

Es liegt nahe, die Malerei, die so vielfältige Bilder der Wirklichkeit, oft mit großer Naturtreue und begeisternder Vitalität, vermittelt, unter „photographischem" Aspekt zu betrachten. Tatsächlich bedienten sich viele Maler technischer Hilfsmittel, um die Perfektion der Beschreibung noch zu vervollkommnen. Und wirkbch: manchmal wenden sich die Gestalten auf diesen Bildern dem Maler/Betrachter so aufmerksam, so direkt zu, als wäre dies ein ganz besonderer und unverwechselbarer Moment, gerade recht für eine Kamera-Aufnahme.

Dennoch ist diese „Wirklichkeit", so sehr sie die tatsächliche Erlebniswelt einbezieht, inszeniert. Sie liefert keineswegs nur Abbilder: In ihr verbergen sich vielerlei religiöse, soziale, philosophische „Bedeutungen", vor allem aber auch moralische Schlußfolgerungen. Man wird heute schwerlich noch alle Details entschlüsseln und verstehen. Aber es lohnt sich, die Ausstellung mehrmals zu durchwandern: einmal um des Genusses der malerischen Brillanz und der reinen Bilderscheinung willen, dann aber auch, um den tieferen „Sinn" der einzelnen Werke und die Geheimnisse der Symbole zu befragen.

Es ist interessant, Motive heraoszugreifen, zu fragen, welch unterschiedliche Bedeutung etwa eine Landkarte im Hintergrund bei Willem Buytewech, bei Nicolaes Maes, Jacob Ochtervelt oder Jan Vermeer haben kann. Ganz zu scbweigen von den vielerlei erotisch ein- bis zweideutigen Gesten, Symbolen und Metaphern, die man auf den ersten Blick gar nicht vermuten möchte...

Den Besucher empfängt im völlig neu arrangierten Sonderausstellungsraum der Dahlemer Museen „Der lustige Spielmann" des Gerrit van Honthorst, ein überaus gutgelauntes Willkommen. Das wenig später entstandene „Konzert" verweist auf den starken Einfluß Caravaggios auf den Utrechter Künstler und eröffnet die Thematik des „Verlorenen Sohnes" als eine der traditionellen Quellen der holländischen Genremalerei.

Einen ganz eigenen Kreis bilden die raufenden Kartenspieler, die satirischen Tonpfeifen-Raucher, die singenden Trinker von Adriaen Brouwer neben den Szenen des einfachen Lebens von Adriaen van Ostade oder einem überaus verfeinerten Alchimisten von Cornelis Bega.

Der lebhafte „Singende Knabe" von Frans Hals mit Flöte und keck gefiedertem Barett, ein Bild, das wiederum zugleicb eine Lebensmahnung enthalten soll, ist einer der eigenen Dahlemer Beiträge zu diesem Fest der Bilder. Vorbei an den Soldatengenres und Wachstuben von Jacob Duck und Willem Duyster, der einer Kaminszene eine eigentümlich surreale und magische Lichtwirkung gibt, gelangt man zur zentralen Gestalt der hyperperfektionierten Leidener „Feinmalerei", Gerard Dou, der hier mit dem wundersamen „Astronom beim Kerzenlicht" besonders glänzend vertreten ist.

Welche Fülle stillebenartiger, exotisch anmutender Dinge, Requisiten und Gerätschaften in der Praxis des Wundarztes, der auf einem Bilde Isaack Koedijcks einem Vogelhändler den Fuß bandagiert! Und dabei welch eigentümlich gedämpfte Farbigkeit. Bei den „Italianisten" fühlt man sich lustvoll in das karnevalistische Maskentreiben einbezogen, das Jan Miel auf einem relativ großen Bilde, in atmosphärisch diffuserem Licht, auf der Piazza Colonna in Rom beschreibt.

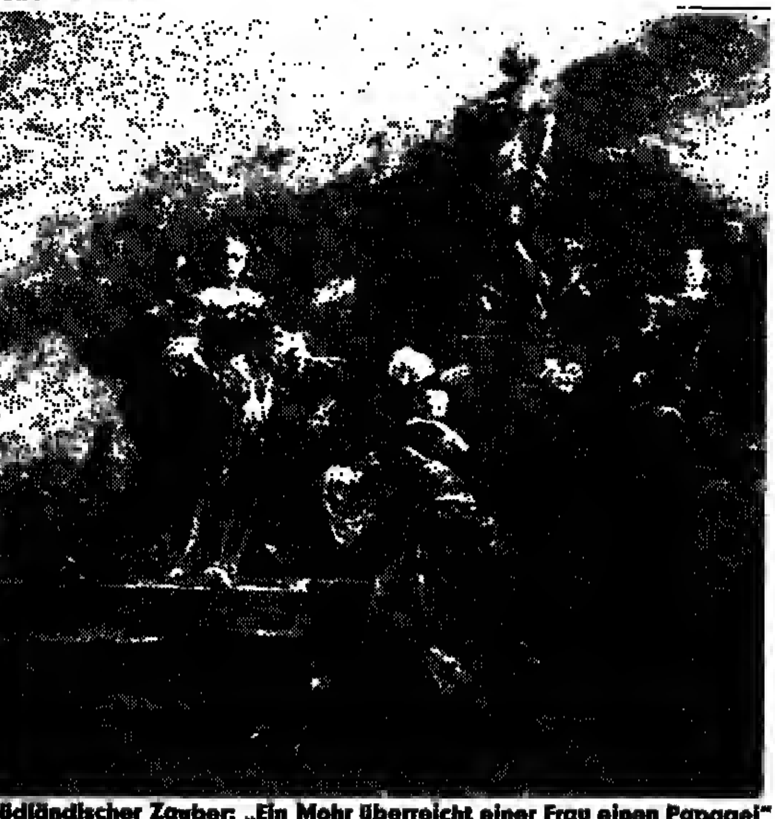
In den intimeren, auf wenige Figuren begrenzten Interieurszenen von Gerard ter Borcb läßt sich die grandiose ästhetische und technische Verfeinerung nach der Jahrhundertmitte an der unglaublichen Stofflichkeit der Gewänder, ihrem Glanz und ihrer bchten Fältelungen bestaunen. Und gerade in diesen oberflächlich „harmlosen" Genrebildern steckt oft genug ein diffizil verschlüsselter Hintersinn.

Höhepunkte unter lauter Höhepunkten in dieser Ausstellung: die lebenslustig bumorvollen (und docb aucb wieder moralisierend „gehaltvollen") Bilder Jan Steens vom liederlichen Leben, von Arztbesuchen bei liebeskranken Damen oder von Rhetorikern, die am weinumrankten Fenster vergnügte Fratzen machen. Und dann die Vermeers: nur 34 Bilder des Delfter Meisters haben sicb erhalten. Zu dem köstlichen Berliner „Glas Wein" gesellen sich hier die „Lautenspielerin" aus dem New Yorker Metropolitan und die „Perlenwägerin" aus Washington. Diese drei Bilder versammeln unvergleichbar Stille, Nachdenklichkeit und Geheimnis. Ihr Zauber, ihr Licht und ihr Schatten werfen einen Glanz auf die gesamte Ausstellung. Berlin und seine Staatlichen Museen haben hier ein Ausstellungsereignis, das über dieses Jahrzehnt hinausweisen wird. (Bis 12. August; Kat. 40 Mark, im Buchhandel 48 Mark, ab 13. 8.: 68 Mark)

PETER HANS GÖPFERT



Lebenslust und Lebensmahnung: „Singender Knabe mit Flöte" (um 1627) von Frans Hals



Südländischer Zauber: „Ein Mohr überreicht einer Frau einen Papagei" (um 1665) von Nicolaes Berchem, aus der Berliner Ausstellung

FOTOS: BINDER/THIELE

Mitternachtsrevue: Kirchhoffs „Wer sich liebt" in Karlsruhe uraufgeführt

Hühnchen-Lyrik in der Hotelhalle

Er liebt sich: Bodo Kirchhoff hat ein Kammerstück über die fremde Haut geschrieben. In „Wer sicb liebt" wird ein gutes Dutzend Figuren – Großverleger, Autoren, Reporterin, Leibwächter, autogrammsammelnde Angestellte, eine jugendliche Tenniscrew – im Foyer des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, das zur Hotelhalle mit Airportzaun umfunktioniert wurde, gegeneinander geführt. Was sie verbindet, ist, was sie gemäß ihrer Rolle (in doppeltem Sinn) als Liebesfunktion zu übernehmen haben. Da es sicb fast ausschließlich um Kopffiguren handelt, wird Liebe zur Intellektualität pervertiert und kommt über die Sprache als Verletzung wieder nach außen. Also doch keine Liebesgeschichte, eher ein mondäner, kleinlicher Totentanz, in dem das banale Schicksal des Schriftstellers Ludger Mönck (Friedrich Briesemeister) verhandelt wird.

Ein Stück für öffentliche, literarische Spezialisten. Eine temperierte Wut, die die Figuren in der Unbeweglichkeit hält und sie so in der Übernahme einer fixierten Rollensprache wie im Experiment in Reigenmanier in rascher Kleinszenenfolge aufeinander und durch die Hotellhalle jagt, die durch die Erwartung einer Preisverleihung im Verlegercamp des Mayer-Lay, von Günter Epperlein zyniscb genußvoll gespielt, die nötige Intellektuellen-Temperatur hat.

Jede der Kirchhoffschen Figuren liebt für sich allein. In frostiger Beziehungsartistik wird mit gewalttätiger Tonlosigkeit die „übliche" Sprache in introvertiertes Gebrüll übertragen, das nacb sich selber schreit, ohne sich zu kennen. Zwischen „Sieh mich bitte an" und „Ich hasse das Du", zwischen Blick und Sprache zirkelt Bodo Kirchhoff in minimalisierten Dialogen eines auch als beliebig zu denkenden Literatengeschwätzes ein Verletzungsrondell aus.

Da er das theoretische Innenleben derjenigen meint, die „irgendwie zusammengehören" und „am kulturellen Leben teilnehmen", bleibt es nicht aus, daß er sowohl sich als aucb andere Autoren zitiert. Da ist sein Berührungsekel, da ist ein szenisches Zitat aus der Kaldewey-Farce seines Kollegen Botho Strauß und ein bißchen Bodensee-Ritt von Handke. Aus einer biederen Konversation wird so die gespannte höhere Sphäre des Betriebs, wo es doch um den einzelnen gehen sollte.

Vor dem kobaltblauen Wandteppich im Foyer wird also eine fremde Sprache gesprochen. Folterberichte dienen zur Produktion verkaufbarer Literatur, ein mongoloides Kind wird zum Beziehungsunterpfand einer längst in die Brüche gegangenen Beziehungskiste, ein hirngeschädigter Hobbyarchäologe wird mit einer literarisierenden Lebensberaterin in Beckettscher Manier vorsichtig zusammengespannt, eine Hotelhosteß tritt als Comicfigur auf, und ein Leibwächter liest nichts als eben Comics. Die Titanic-Mentalität wird mit einem liebevollen Hieb auf Enzensberger erledigt, indes der Herr Verleger seinen Gästen ein neues Lyrik-Hühnchen präsentiert. Die Avantgarde als Körperlichkeit: Der Schriftsteller Ludger Mönck sieht sich mit seinem Personal konfrontiert. Er kommt zu keinem anderen Ergebnis, als daß er sich, „obwohl ihn ein Stück zu schreiben alles kostet", in seiner ästhetischen Normalität einzurichten habe.

In dieser Inszenierung von Gerd Hagen Seebach bleibt manches noch zu unentschieden. Dennoch, das Publikum dieser Uraufführung ermöglichte mit seinem Beifall weit nach Mitternacht vier Vorhänge, hätte es die gegeben.

REINER NERVAL

Dieter Kaufmanns „Volksoper" bei den Wiener Festwochen uraufgeführt

Maskenspiel der absurden Realitäten

Eine Oper über eine Oper mit dem Volk in der Hauptrolle – deshalb heißt sie „Volksoper" –, das ergab ein nicht lustiges oder sinniges Finale für die Wiener Festwochen. Das hatten sie auch bitter nötig, denn einmal mehr war dem Mammutfestival auf musiktheatralischem Gebiet etliches schiefgegangen. Die Wiener Kritik hatte wochenlang Gelegenheit, sicb auf den wunden Festwochenpunkt einzuschießen, daß hier vieles eher zufällig als absichtsvoll passiere.

Nun aber die „Volksoper" im Theater an der Wien: glücklicherweise kein Lehrstück über ein Stück, in dem wiederum ein Stück spielt, sondern ein Maskenspiel, das Realität vortäuscht. Die Szene ist leer, wie ein Theater ohne Kulissen. Die sonst Unsichtbaren, die Bühnenarbeiter, wollen eine Aufführung machen. Absurditäten des täglichen Lebens und des Theaters scheinen es jedoch verhindern zu können. Slogans der Macht, der Politik und der gemeinen Umwelt wirken wie Kontrapunkte. Da passiert etwas, weil nichts passiert. Wie die imaginäre Oper, die während der eigentlichen Pause stattfindet. Unfaßbar, einfach entrückt.

Dieter Kaufmann, der sich nach Gert Jonkes Volkstragödie „Die Hinterhältigkeit der Windmaschinen" selbst den Text zimmerte, bläst dem Musiktheater von der „seriösen" Oper bis zur Staatsoperette gehörig den Marsch. Unheimlich zynisch, grotesk, skurril, Schablonen wie Strukturen verhöhnend, und schließlich auch mit Klamauk. Das Absurde, das die Zuschauer anfangs so „hintergründig" anlacht, strapaziert im zweiten Teil gehörig die Lachmuskeln. Stück und Handlung kippen gleicb mehrmals, bis endlich das von der Theaterunmöglichkeit eingeholte Personal eine Gangway hinaufkriecht. Es verscbwindet in einem Loch des Hintergrundprospekts. Auf diesem ein Körperteil, den spätestens Goethe literaturfähig gemacht hat.

Dazu Kaufmanns Musik: ein himmlisches Inferno, durchaus sangbare Gegensatz- und Unterschiedspaare, ein kunstvoller Teppich aus Aktions- und Begleitfiguren, verknüpft mit Parodien und Zitaten, elektronisch sanft bis grell aufgeputzt.

Das Stück lebt natürlich von Vintila Ivanceanus ironisch-aggressiver Regie. Das ist Raumtheater, da geht es Schlag auf Schlag. Die Hauptrolle erfüllt ein virtuoser Chor (Hortus Musicus Klagenfurt), es spielt die Kärntner Landessymphonie unter Nikolaus Fheodoroff. Die Festwochen kamen so in den Genuß einer Uraufführung, nachdem sie lange gezögert hatten, diese unter vielen Mühen in Kärnten entstandene Produktion einzuladen.

Aber die Festwochen-Verantwortlichen behaupten ja auch, sicb diesmal besonders gründlich für die zeitgenössische Musikszene eingesetzt zu haben. Aus eigener Kraft gelang ihnen dabei nichts. Sang- und klanglos ging die Uraufführung von Wilhelm Zobls Opernerstling unter: „Der Weltuntergang" wollte mit Nestroy als Ahnherrn und Jura Soyfer als direkter Vorlage wienerische Endzeitstimmung herbeizaubern. Unter fast provinziellen Produktionsbedingungen wurde nur eine Banalitätenshow daraus.

Was in Wien tatsächlich Neues passierte, betraf Gerard Schedls Kinderoper „Der Schweinehirt" und das Ballett „Alpenglühn" von Bernd Bienert (Choreographie) und Thomas Pernes (Musik). Diese ehrgeizigen Sonderprogramme brachten jedocb Volksoper und Staatsoper heraus.

WALTER GÜRTELSCHMIED

Wo Frankenstein seine schwarzen Späße treibt – L. Andersons Filmgroteske „Britannia Hospital"

Wenn ein Schotte auf England herniederblickt

Lindsay Anderson stammt aus Schottland. Vielleicht läßt sich seine Spottfreudigkeit über die englischen Verhältnisse auch aus dieser Tatsache erklären. Denn wie jeder gute Schotte hat Anderson dem Nachbarn im Süden gegenüber eine Fülle von Vorurteilen. Geht es den Bewohnern Britanniens wirtschaftlich und politisch an den Kragen, dann gießt Anderson seinen Hohn, gemischt mit Schadenfreude, nocb in die Wunden.

Dennoch darf man seine Attacken gegen England nicht allzu ernst nehmen. Anderson ist ein Zyniker, der seine Freude daran hat, alles und jeden lächerlich zu machen. Da ähnelt sein grotesker, bitterschwarzer Humor dem der Männer von den „Monty Pythons", denen ja bekanntlich auch nichts heilig ist.

In seiner jüngsten Satire „Britannia Hospital", vor zwei Jahren entstanden, holt Regisseur Anderson zum Rundumschlag aus. Der Film bildet Teil drei von Andersons Trilogie über Großbritannien. 1968 ging er in „If..." schon einmal mit Englands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft scharf ins Gericht. Ein paar Jahre darauf wurde vor allem das englische Sozial- und Gesundheitssystem in „The Lucky Man" zur Zielscheibe der ätzenden Ironie des Regisseurs.

Nun also der Trilogie letzter Teil. Das Krankenhaus, das hier zum Schauplatz absurder Ereignisse und völlig wahnwitziger Situationen wird, symbolisiert – wie sollte es bei Anderson anders sein – Großbritannien. Irgend etwas ist faul in dieser altehrwürdigen Klinik, deren 500. Geburtstag bevorsteht. Besuch aus der königlichen Familie hat sich zu den Feiern angesagt.

Rechtzeitig zum großen Tag will der Leiter der Institution, Professor Millar (Graham Crowden), mit den Vorbereitungen zu seinem Projekt „Genesis" fertig sein: der Erschaffung des perfekten Menschen als Wegbereiter einer „schönen neuen Welt". Das Opfer seiner „genialen" Bastelversuche ist ein vorwitziger Reporter namens Mick Travis (Malcolm MacDowall), der bei seinen Versuchen, hinter die Geheimnisse des traditionsreichen Krankenhauses zu kommen, in die Fänge des sezierwütigen Doktor Frankenstein gerät.

Während drinnen im Hospital die schöne neue Welt vorbereitet wird, ist vor den schmiedeeisernen Toren der Klinik der Teufel los. Demonstranten wüten, Streikende toben, Steine fliegen. Und während Professor Millar zum Skalpell greift, schließt sich aucb sein Betriebspersonal den Streikenden an. „Britannia Hospital" scheint auf dem geraden Weg in anarchistische Zustände zu sein. Da nähert sich der Wagen mit der königlichen Standarte den Toren...



In den Fängen von Frankenstein: Malcolm MacDowall als vorwitziger Reporter in dem Film „Britannia Hospital" FOTO: SCHRÖDER

Andersons Humor, der sich stets auf dem feinen Grad zwischen Groteske und Geschmacklosigkeit entlang bewegt, mag ganz gewiß nicht jedermanns Sache sein. Aber es ist bewundernswert, wie der Regisseur seine Komödie immer wieder durch geschickte Tricks ans Ufer des noch erträglichen Nonsens zurückrettet. Diese Art von aktions- und wortgewaltigem Humor, eine Mischung aus Grausamkeit, Irrsinn und Ironie, beherrschen zweifelsohne nur die Angelsachsen. Bei uns gibt es nichts Vergleichbares.

Was „Britannia Hospital" allerdings zu einem teilweise recht zwiespältigen und anstrengenden Erlebnis werden läßt, ist Andersons fataler Hang zur Schwarzmalerei und zu einer Respektlosigkeit, die einem das Lachen in der Seele auf Dauer gefrieren lassen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Künftig eine 35-Stunden-Woche für die Theater?

Die Wende ins Minus

Eine „Wende ins Minus-Wachstum" stellte der Deutsche Bühnenverein, die Arbeitgeberseite der Theater, auf seiner Jahreshauptversammlung in Trier fest. Da die Subventionen nur von den Ländern um 1,9 und von den Städten um 1,5 Prozent erhöht wurden, blieben sie deutlich unter den Tarif- und Preissteigerungsraten. Die Theater konnten das nicht einsparen, weil über 85 Prozent ihres Etats als Personalkosten festgelegt sind. So blieben nur Entlassungen, erhöhte Eintrittspreise, Einsparungen von Sach- und Ausstattungskosten (die ohnehin nur 4,5 Prozent des Gesamtetats ausmachen) sowie Verringerung der Gastspiele und des Programmangebots überhaupt. Das heißt also: Gespart werden kann zwangsläufig nur im künstlerischen Bereich.

Trotzdem blieb die Besucherzahl so gut wie konstant. Nur als Folge des reduzierten Gastspielbetriebs gingen rund 200 000 Besucher verloren. Insgesamt registriert die Statistik 19,3 Millionen Zuschauer in nahezu 40 000 Vorstellungen. Sie bewirkten, *daß* die Einspielergebnisse – wenn auch nur knapp um 0,6 Prozent – anstiegen. Hinzuzuzählen sind noch rund 4,5 Millionen Besucher in 88 Privattheatern und knapp 20 000 Aufführungen.

Die prekäre Finanzsituation wäre gewiß leicbter zu meistern, wenn die Theater nicbt in das starre Korsett des kameralistischen Systems gezwängt wären, dem Gründgens sich seinerzeit durch die Gründung einer GmbH erfolgreich entzog. Der Bühnenverein untersucht alternative Theaterbetriebsformen (etwa nacb dem Düsseldorfer Vorbild), die das Theater durcb eine Änderung der Recbtsform flexibler und wirtschaftlicher machen könnten.

Mitten in die Trierer Tagung platzte die nicht unbedingt überraschende, frische ÖTV-Forderung nach der 35-Stunden-Woche, durch die das ohnehin dezimierte Programmangebot der deutschen Bühnen zwangsläufig *noch stärker verringert würde*. Eine Chance für die deutschen Theater sieht vor allem August Everding, der den erkrankten Präsidenten Walter Wallmann als Tagungsleiter vertrat, in einer verstärkten Zusammenarbeit mit Video, Kabel- und Satellitenfernsehen, für deren Prüfung vom Verwaltungsrat des Deutschen Bühnenvereins bereits eine Sonderkommission eingesetzt wurde. Allerdings stoßen seine Vorstellungen bei der Bühnengenossenschaft und den Gewerkschaften sowie bei manchen seiner Kollegen vom Bühnenverein vorderhand noch auf zurückhaltende bis ablehnende Skepsis.

EO PLUNIEN

JOURNAL

Karajans Verabschiedung als „Ehrendirigent"?

dpa, Berlin

Die Entscheidung des Berliner Senats, Intendant Girth sofort zu beurlauben, wurde vom Philharmonischen Orchester begrüßt. Dagegen hat der Musikdramaturg des Orchesters, Klaus Schultz, beim Berliner Kultursenator Protest eingelegt: er sehe seine weitere Arbeit für die Philharmoniker gefährdet. Eine Reaktion Karajans auf die Senatsentscheidung ist noch nicht bekannt. Inzwischen hat er aber in einem Fernschreiben einen Katalog von Forderungen zur Änderung der Verwaltungsordnung des Orchesters aufgestellt, die auf einen größeren Einfluß des Dirigenten und des Intendanten abzielen. Wie ergänzend zu erfahren war, wird in den nächsten Gesprächen auch die Frage erörtert, ob es eine oeue Form der Zusammenarbeit zwischen Karajan und dem Orchester geben kann. Solche Überlegungen zielen in die Richtung des Vorschlags, Karajan als „Ehrendirigent" oeben einem neuen künstlerischen Leiter weiter an Berlin zu binden.

Bartoszewski kritisiert Schriftstellerverband

J. G. G. Bonn

Scharfe Kritik an der Haltung des deutschen Schriftstellerverbandes VS, namentlich am Ex-Vorsitzenden Bernt Engelmann, übte wegen der Haltung des Verbandes zum Verbot des polnischen Schriftstellerverbandes im Bonner Böhler-Club der ehemalige Generalsekretär des polnischen PEN-Clubs, Wladyslaw Bartoszewski. Viele deutsche Schriftsteller und Angehörige „der linksintellektuellen deutschen Szene" sähen zwar die geistige Freiheit ihrer Kollegen in fernen Ländern recbter Diktaturen gefährdet, nicht aber in Nachbarländern unter linken Diktaturen. Bartoszewski bedauerte, daß sein Tonbandappell an die in Saarbrücken versammelten deutschen Kollegen quasi unterschlagen wurde.

Ausstellungsaustausch Köln–Sowjetunion

dpa, Köln

Das sowjetische Kulturministerium hat drei neue Ausstellungen aus den Beständen staatlicher sowjetischer Museen für Köln zugesagt. So ist für das Frühjahr 1985 eine Präsentation des berühmten Skythen-Schatzes aus der Leningrader Eremitage vorgesehen. Eine Ausstellung von Ikonen des 14. und 15. Jahrhunderts im Jahre 1986 sowie eine Ausstellung von Funden zum mittelalterlichen Alltagsleben in Nowgorod sollen folgen.

Berlinale: Kameratricks von damals bis heute

AFP, Berlin

Mit einer umfangreichen Retrospektive zum Thema Spezialeffekte begehen die Berliner Filmfestspiele 1985 ihren 35. Geburtstag. Die Geschichte der Kameratricks von den Anfängen bis beute wird bei dem vom 15. bis 26. Februar dauernden Festival in einem Filmprogramm, einer Ausstellung und einer Dokumentation nacbgezeichnet.

Kritische Gesamtausgabe der Beethoven-Briefe

dpa, Bonn

Eine kritische Gesamtausgabe der Briefe Ludwig van Beethovens wollen das Bonner Beethoven-Haus und das Beethoven-Archiv in Zusammenarbeit mit dem Gustav Henle Verlag herausbringen. Es wurde ein internationales Gremium von Mitarbeitern berufen, um eine Edition vorzulegen, die allen modernen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen soll. Die letzte deutscbe Briefausgabe stammt aus dem Jahr 1923 und ist nacb Angaben des Beethoven-Archivs „sehr unvollständig" und „unzuverlässig".

Festival-Leiter von Avignon geht

dpa, Avignon

Der Leiter des Festivals von Avignon, Bernard Faivre d'Arcier, dessen Fünfjahresvertrag 1984 abläuft, hat auf eine Verlängerung verzichtet. „Der Mangel an moralischer Unterstützung und die finanzielle Unsicherheit" wurden als Gründe angegeben. Außer dem Direktor geht auch das gesamte Team. Das diesjährige Festival soll aber noch programmgemäß ablaufen.

Wladimir Vogel †

dpa, Zürich

Der Komponist Wladimir Vogel ist in Zürich im Alter von 88 Jahren gestorben. Der als Sohn deutsch-russischer Eltern in Moskau geborene Künstler gehörte seit den 20er Jahren zu den Anregern und Gestaltern der Neuen Musik. Der Komponist hatte in seiner Jugend die Bekanntschaft Alexander Skrjabins gemacht und daraufhin beschlossen, Komponist zu werden. Zu seinen Kompositionen gehören Instrumentalwerke wie die Sinfonia fugata in Erinnerung an seinen Lehrer Busoni, Vokalwerke wie seine Gotthardkantate sowie Kammermusik.



Zwei Bilder aus dem Warschauer Judenviertel: Der Stand einer Apfelhändlerin auf der Gesia Ulica (1937) und Sara in ihrem unbeheizten Kellerzimmer (1939). Die Blumen an der Wand hatte ihr Vater für sie gemalt. Es blieben die einzigen ihrer Kindheit. FOTOS: ROMAN VISHNIAC

Elend und Unterdrückung – die verschwundene Welt der Ostjuden

Roman Vishniac ist der unbestechliche Chronist seiner Zeit. Seine Fotos sind noch bis zum 8. Juli in der Berliner Akademie zu sehen, wo sich der 87jährige kommenden Sonntag zu einer Diskussion einfindet. Außerdem sind seine Bilder bis zum 29. Juli in der Alten Synogoge Essen und vom 21. August bis 23. September im Wuppertaler Kunst- und Museumsverein ausgestellt.

Von PETER DITTMAR

Nach dem Milchmann Tewje führt uns nun Yentl ein rührend freundliches Ostjudentum vor, das zwar von manchem Kummer geplagt wird, aber richtiges Elend nicht zu kennen scheint. Alles Unheil hat da doch etwas Gutes. Und vor allem hat jeder eine Zukunft – ein Märchenland, weit entfernt von dem wirklichen Leben der Juden in Osteuropa.

„Schlimm war es, wenn die letzten Lumpen der Kleidungsstücke so zerfallen waren, daß die armen Leute sich nicht mehr auf die Straße wagen konnten. Einen solchen Fall, in dem eine fünfköpfige Familie absolut nackt in einem unterirdischen Loch kauerte, entdeckte Dr. Rosenack, indem er einem ganz kleinen, bettelnden Wurm nachging", berichtet Sammy Gronemann 1917 aus Bialystok in seinem Erinnerungsband „Hawdoloh und Zapfenstreich". „Sechsundzwanzig Familien hausten in diesem Kellergeschoß, das mit Brettern unterteilt war", schreibt Roman Vishniac zu einem Foto, das er 1938 in Warschau aufnahm, in seinem Bildband „Verschwundene Welt" (Hanser, München, 216 S., 180 Abb., 168 Mark).

Das waren keine Ausnahmen. Wer Schalom Alejchem oder Isaac Singer richtig liest, findet dort dieselben Zustände beschrieben, für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als die Juden in Rußland einer Fülle von diskriminierenden Sondergesetzen unterworfen waren, und für die Zwischenkriegszeit, als sie sich im wiedererstandenen Polen Vorurteilen und ständiger Unterdrückung ausgesetzt sahen.

Der deutsche Vormarsch im Ersten Weltkrieg hatte bei den Ostjuden Hoffnungen geweckt. „Unsere Fahnen bringen Euch Recht und Freiheit, gleiche Bürgerrechte, Freiheit für den Glauben ...", hieß es in einem Aufruf, den 1914 das Oberkommando der verbündeten Armeen in Jiddisch verbreitete. Was aus diesem Versprechen in der Praxis wurde, schildert Sammy Gronemann in seinen „Erinnerungen an die ostjüdische Etappe 1916–1918".

Gronemanns Buch ist ein Zeugnis für das eigenartige Spannungsverhältnis zwischen West- und Ostjuden. Da Gronemann als Zionist die Assimilation ablehnte, sah er nicht – wie die Assimilanten – in den Ostjuden ein Zerrbild, das der Entwicklung zum „deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" abträglich sein mußte, sondern er entdeckte in der Gläubigkeit dieser Menschen eine Quelle der Erneuerung des Judentums. Arnold Zweig, wie Gronemann zur Presseabteilung Oberost einberufen, hat deshalb auch 1919 in seinem Essay „Das ostjüdische Antlitz" mit dem Pathos des Frischbekehrten der „erstarrenden Konfession" im Westen den Ostjuden, der beständig vor dem Auge Gottes lebt, als Vorbild gegenübergestellt.

Gronemanns Erinnerungen mögen uns heute mit ihrem Plauderstil leichtfertig erscheinen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß dieses Buch 1924 erschienen ist, in einer Zeit, in der der Zionismus stagnierte, weil der Antisemitismus – trotz der nationalsozialistischen Propaganda – an Einfluß zu verlieren schien.

Zehn Jahre später sah das dann ganz anders aus. Deshalb begann Roman Vishniac, 1897 bei St. Petersburg geboren und 1920 nach Berlin geflohen, 1935 systematisch das Leben der Ostjuden mit der Kamera zu dokumentieren. Ein gewagtes Unterfangen. Zum einen, weil die Juden selbst in strenger Auslegung des Bilderverbotes sich dem Fotografiertwerden verweigerten, zum anderen, weil der Fotograf in Polen und in Rußland schnell unter Spionageverdacht geriet. Deshalb arbeitete Vishniac meist mit versteckter Kamera. Von den 16 000 Fotos konnte er nur 2000 retten.

Vishniac war sich bewußt, daß er Zeugnis von einem dem Untergang geweihten Volk ablegte. Nicht nur, weil er voraussah, daß Hitlers Antisemitismus für die Juden tödlich würde, sondern weil auch der polnische Antisemitismus schlimme Folgen zeitigte. „In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre kam es in Polen zum Wirtschaftsboykott gegen den jüdischen Bevölkerungsteil, der sich auf dreieinhalb Millionen belief. Begünstigt von Regierung und Kirche, nahmen Unterdrückung und Verfolgung immer schlimmere Formen an. Die Auswirkungen auf die Existenzbedingungen, die Psyche und den körperlichen Zustand eines großen Teiles der Bevölkerung waren verheerend", schreibt Vishniac zu seinen Fotos, die Angestellte zeigen, die von einem Tag auf den anderen entlassen wurden, nur weil sie Juden waren, Selbständige, deren Geschäfte durch den Boykott ruiniert wurden, Händler, die sich in die ihnen verbotenen „christlichen Straßen" wagen, weil sie in den „jüdischen" nichts mehr los wurden. So blieb ihnen einzig die Arbeit als Lastträger und – das Betteln.

Nach der Reichskristallnacht ließ sich Vishniac auf das Risiko ein, sich den aus Deutschland nach Polen abgeschobenen Juden anzuschließen, um die Unmenschlichkeit der Nationalsozialisten und der Polen festzuhalten und der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Aber die war damals von anderen Ängsten geplagt.

Heute wissen wir, daß das alles nur die Vorhölle war. Deshalb wirkt die harmlose Film- und Musicalwelt Tewjes und Yentls so befremdend.

Killer-Roboter in den USA einsatzbereit

dpa, New York

Eine amerikanische Firma aus Thornton im US-Bundesstaat Colorado hat den Prototyp eines Roboters fertiggestellt, der in der Lage ist, ohne menschliches Zutun Gegner zu identifizieren und zu bekämpfen. Der Präsident der Firma gab bekannt, eine nicht näher beschriebene königliche Familie im Nahen Osten erwäge, für vier Millionen Dollar solche Roboter anzuschaffen. Anfrage gebe es auch aus Iran und Irak. Der sechsrädrige Roboter ist mit zwei Maschinengewehren und einem Granatwerfer bestückt. Der Käufer kann jedoch darüber entscheiden, ob die Maschine automatisch das Feuer eröffnen soll, sobald seine Sensoren einen Eindringling registriert haben, oder ob diese Entscheidung einem Einsatzleiter vorbehalten bleibt. Der Stückpreis wird auf 200 000 Dollar geschätzt.

Neuer Billigflieger

dpa, London

Morgen startet vom Flughafen London-Gatwick zu seinem Jungfernflug der erste Jumbojet der neuen Billigflug-Gesellschaft Virgin Atlantic nach Newark bei New York. Das Einwegticket über den Atlantik kostet umgerechnet 375 Mark. 25 000 Buchungen liegen schon vor. Täglich sollen 1000 hinzukommen.

Kein Erbe für Embryos?

AP / AFP, Melbourne

Die beiden künstlich befruchteten australischen Embryos, die durch den Tod der Eltern zu potentiellen Millionären wurden (s. WELT von gestern), werden aller Voraussicht nach doch nicht in den Genuß der Erbschaft kommen. Inzwischen hat nämlich ein Sohn aus erster Ehe des chilenischen Millionärs seine Ansprüche geltend gemacht. Anders als es gestern hieß, soll sich das Vermögen auch nur auf rund eine Million Mark, statt auf 7,2 Millionen Dollar, belaufen.

Geiselnehmer bestraft

rtr, Köln

Das Landgericht Köln hat einen 35jährigen Drehermeister aus Siegen zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Der hochverschuldete, bisher unbescholtene Familienvater hatte am 15. März eine Kölner Bank überfallen, mehrere Geiseln genommen und die Herausgabe von mehr als 100 000 Mark erzwungen.

Ausbrecher gefaßt

SAD, Philadelphia

Die letzten beiden der noch flüchtigen Todeskandidaten, die zusammen mit acht weiteren Häftlingen im Mai aus einem Gefängnis in Virginia ausgebrochen waren, sind in Philadelphia bei Verwandten gefaßt worden.

Mirage abgestürzt

AFP, Brüssel/Kopenhagen

Der Pilot eines Jagdbombers der belgischen Luftwaffe ist am Dienstag beim Absturz seiner Maschine vom Typ Mirage wenige Sekunden nach dem Start in der Nähe von Lüttich tödlich verunglückt. Am gleichen Tage stürzten auf der Insel Fünen zwei dänische Jäger des Typs F 16 nach einer Kollision bei der Stadt Assens ab. Einer der Piloten rettete sich unverletzt, von dem zweiten fehlt jede Spur.

„Geräusch der Freiheit" versöhnt Bürger nicht

In diesem Jahr rechnet das Luftwaffenamt in Porz mit 3000 Fluglärm-Beschwerden / Abhilfe ist nicht in Sicht

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Blauer Himmel, gute Sicht und somit Flugwetter: also Lärmzeit. Seit Tagen leiden die Anrainer solcher Tieffluggebiete bei dem schönen Wetter wieder darunter. Andererseits: Solche Flugbedingungen müssen die Piloten der NATO-Geschwader einfach ausnutzen. Nicht alle Fähigkeiten sind eben in den geräuschlosen Simulatoren zu erwerben. Übungsflüge sind ebenso unumgänglich wie die Folgen: Und so registriert die Luftwaffe derzeit wieder ansteigende Lärmbeschwerden.

Im vergangenen Jahr waren es bei der eigens dafür eingerichteten „Flugbetriebs- und Informationszentrale" (FLIZ) des Luftwaffenamtes in Porz bei Köln mehr als 2300. In diesem Jahr dürfte die Zahl auf mindestens 3000 hochschnellen. Fluglärm empfinden immer weniger Büger als „Geräusch von Freiheit", wie ein geflügelter Slogan bei der NATO das Problem zu verniedlichen trachtet.

Zumal es nicht beim Lärm alleine bleibt. Gerade vor kurzem kam es ja zu einer beängstigenden Häufung von gefährlichen Unfällen. Drei allein in einer Woche. In der Nähe des Rhein-Ortes Linz stürzt ein niederländischer Düsenjäger ab; zwei Menschen werden getötet. Ein britischer Senkrechtstarter zerbirst bei einem Flugtag in der Nähe von Aschaffenburg nach einem Absturz am Boden. Ein Zuschauer wird erschlagen. Schließlich fliegt ein französisches Kampfflugzeug vom Typ Mirage mehr als hundert Kilometer führerlos, ehe es von einer Begleitmaschine abgeschossen wird.

Bei der deutschen Luftwaffe bedauern man zwar solche Unfälle, macht aber zugleich auch klar, daß der Ausbildungsbetrieb weitergehen muß, wenn man den NATO-Auftrag erfüllen will.

Die Experten sagen, daß dem westlichen Bündnis eine gewaltige zahlenmäßig überlegene Übermacht an Streitkräften des Warschauer Paktes gegenübersteht, die die NATO allenfalls durch eine hohe Qualität der eigenen Verbände ausgleichen könne. Für die fliegenden Geschwader verlange diese Lage, daß sie sich auf die Bedrohung realistisch einstellen und deshalb auch angesichts der tief gestaffelten Flugabwehr des Gegners und seiner Radarüberwachung des Geländes dessen Charakteristiken tieffliegend zum eigenen Schutz ausnutzen lernen. Ideal, so sagen die Fachleute, wären deshalb Flüge in 30 Meter Höhe.

Dies allerdings verbietet die Flugsicherheit im Frieden. So dürfen die Piloten auf bestimmten Strecken allenfalls auf 75 Meter heruntergehen. Normalerweise müssen es 150 Meter bleiben.

Jährlich werden über der Bundesrepublik Deutschland rund hunderttausend Tiefflüge der Luftwaffe registriert. Da weite Gebiete des Landes dafür nicht zur Verfügung stehen – große Städte, Kontrollzonen um zivile wie militärische Flugplätze, Gefahrengebiete über Truppenübungsplätzen und andere Begrenzungen – konzentrieren sich die Tiefflüge auf rund 70 Prozent des Landes. Überdies „kanalisieren" sie sich an bestimmten Strecken, weil nur so die Tieffluggebiete durch schmale Verbindungskorridore miteinander verknüpfbar sind.

In solchen Zonen kann es an Tagen wie den vergangenen gescheen, daß manche Anwohner zwischen 40 und 50 Mal das Jet-Geräusch dahinjagender Flugzeuge ertragen müssen.

In der FLIZ des Luftwaffenamtes aber sagt man: „Natürlich bemühen wir uns, die Einsätze so zu verteilen, daß alle möglichst gleichmäßig von dem Lärm betroffen sind." Rund tausend sind es bei gutem Wetter täglich. Sie werden von den Flugzeugführern zur Zeit dermaßen diszipliniert abgewickelt, daß Beschwerden der Lärmgeschädigten relativ selten Verstöße zu Tage fördern. Der Grund dafür sind seit kurzem indienstgestellte Radargeräte vom Typ „Sky Guard". „Seit sie den Luftraum überwachen", sagt ein FLIZ-Experte, „sind die Verstöße im Tiefflug abrupt geringer geworden."

Der Einsatz dieser mobilen Radarantennen wird von der deutschen Luftwaffe geheim dirigiert, damit die Piloten nicht wissen, auf welcher Strecke sie deren Strahl treffen könnte. Nur drei Offiziere kennen den Einsatzplan. Unter ihnen ist keiner des Luftflottenkommandos, das die Geschwader über die Divisionen führt.

Unheimliche Mordserie

Polizei von Münster jagt seit Jahren ein Phantom

dpa, Münster

Die Mordkommission Münster steht vor sieben unaufgeklärten Sexualmorden. Auch knapp ein Jahr nach dem Tod der 25jährigen Karen Oehme – der einzigen Tochter des Esso-Chefs – fehlt jegliche Spur. Die junge Tierärztin war in der Nacht zum 13. Juli 1983 in einem Kornfeld bei Dülmen entdeckt worden. Nach der Telefahndung der ZDF-Sendung „XY-ungelöst" meldete sich eine Frau, die Karen mit einem blonden Mann an einem Badesee bei Dülmen gesehen haben will. Das deckt sich mit früheren Zeugenaussagen über einen strohblonden Begleiter der Medizinerin. Zwei Monate später – am 19. September 1983 – wurde gleichfalls nicht weit von Dülmen die Leiche der 20jährigen Erika Niehaus aus Velen bei Borken aufgefunden. Das dritte Mordopfer innerhalb von sieben Monaten erschnüffelte am 2. Februar dieses Jahres ein Jagdhund am Nordufer des Haltener Stausees – wieder unheimlich nahe bei den früheren Fundorten. Die Tote war die 21jährige Susanne Bittner aus Datteln. Auch sie war wie die beiden anderen Frauen mißbraucht worden.

Außer diesen drei Morden beunruhigen die Westmünsterländer auch drei Sexualverbrechen ohne Todesfolge. Am 12. Juli 1983 wurde am Stadtrand von Münster eine 20jährige Forstpraktikantin in einem Wald vergewaltigt, am 31. Juli in Billerbeck eine 23jährige Frau und am 6. September eine 18jährige in Borken-Hoxfeld.

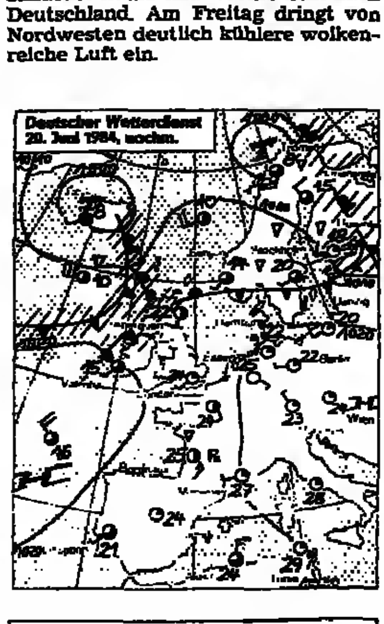
Gleichfalls unaufgeklärt sind vier weitere Frauenmorde im nördlichen Münsterland zwischen Nordhorn und Münster. Ein bis heute Unbekannter hat auf dieser Strecke von 1971 bis 1974 jährlich je eine Anhalterin erwürgt. Wahrscheinlich verzog er dann nach Süddeutschland, wo von ab 1975 ähnliche Verbrechen bekannt wurden. Bei der Mordkommission verdichtet sich der Verdacht, daß der „Münsterländer Würger" eher ein eiskalter Mörder als ein typischer Triebtäter ist. Alle Opfer ähnelten sich vom Typ her. Nach Ansicht der Polizei war es ein Kraftfahrer, der beruflich viel unterwegs war.

ZU GUTER LETZT

„Ein Schwein bleibt ein Schwein und kein menschliches Wesen" befand ein Richter in *Lexington im US-Staat Kentucky und sprach einer Einwohnerin das Recht* ab, *eine Sau in ihrer Wohnung zu halten. Die Frau hatte erklärt, ihr Schwein „Valentine" rieche besser als ein Säugling und pflege mit ihr* in der *Schweinesprache zu reden.*

WETTER: Gewitter

Wetterlage: Aus Südwesten gelangt zunächst kühle und warme Luft nach Deutschland. Am Freitag dringt von Nordwesten deutlich kühlere wolkenreiche Luft ein.



Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Berlin: Anfangs noch meist freundlich, aber von Südwesten her aufkommende Quellbewölkung mit Gewittern. Tageshöchsttemperaturen zwischen 24 und 28 Grad. In der Nacht zum Freitag vor allem in Nordwestdeutschland Regen. Tiefsttemperaturen zwischen 9 Grad im Nordwesten und 15 Grad in Bayern. Schwacher in Gewitternähe stark böiger Wind.

Weitere Aussichten:

Unbeständig und deutlich kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	36°
Bonn	26°	Kopenh.	20°
Dresden	23°	Las Palmas	22°
Essen	25°	London	24°
Frankfurt	25°	Madrid	24°
Hamburg	22°	Mailand	26°
List/Sylt	17°	Mallorca	27°
München	23°	Moskau	18°
Stuttgart	25°	Nizza	26°
Algier	24°	Oslo	21°
Amsterdam	24°	Paris	24°
Athen	29°	Prag	24°
Barcelona	23°	Rom	28°
Brüssel	24°	Stockholm	20°
Budapest	25°	Tel Aviv	27°
Bukarest	23°	Tunis	29°
Helsinki	18°	Wien	24°
Istanbul	25°	Zürich	25°

Sonnenaufgang* am Freitag: 4.49 Uhr, Untergang: 21.51 Uhr; **Mondaufgang:** 1.57 Uhr, Untergang: 14.13 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Hausfrauen mit Atommüllproblemen?

WERNER KAHL, Bonn

Werden Nahrungsmittel mit Kobalt 60 im Ausland „durchstrahlt", um sie haltbarer zu machen und anschließend trotz der in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen Konservierungsmethode ungezeichnet auf den deutschen Markt gebracht? Dieser Verdacht wurde am Dienstagabend auf einem Lebensmittelchemiker-Symposium in der Bonner Universität geäußert. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, in der die Bestrahlung von Lebensmitteln mit Gammastrahlen zum Zwecke der Keimreduzierung zugelassen ist, stellt Deutschland so etwas wie eine Kobalt-Aussperrungsexklave dar.

Für Professor Konrad Pfeilsticker (Lehrstuhl für Lebensmittelchemie in Bonn) geht es ausschließlich um die Frage der gesundheitlichen Qualität einer Bestrahlung im Vergleich zu anderen Konservierungsmethoden. Wer garantiert die gesundheitliche Unbedenklichkeit?

Die Gesundheitsbehörden sehen sich einerseits von Verbraucherverbänden bedrängt, die eine Beibehaltung des Verbots in Deutschland fordern, andererseits drängt die Industrie auf eine Zulassung. Nach dem Verbot des Gases Ethylenoxid als Konservierungsmittel gebe es keine Alternative, heißt es beim „Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde" (BfLL). Mit Ethylenoxid wurden vor allem Arzneimittel, Gewürze, Kräuter, Getreidesorten, Nüsse und Kakaoprodukte entkeimt. Der Bundesgesundheitsrat gab jedoch im Herbst vergangen Jahres zu bedenken, daß bei diesem Gas krebserregende Stoffe nicht ausgeschlossen werden könnten. Daraufhin erfuhren die Bundesländer aus Bonn, es sei wohl ratsam, die Anwendung von Ethylenoxid zu verbieten. Dazu entschlossen sich inzwischen Bayern, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Andere Bundesländer behielten sich Ausnahmegenehmigungen vor. Die Industrie plädiert für diese Gas-Konservierung „bei Kräutern und Gewürzen" und ist zugleich um die Zulassung der Gammabestrahlung bemüht.

„Gewürze bilden doch nur den Anfang einer Strahlenwelle", so Gerd Billen, Geschäftsführer des Bundes Bürgerinitiativen/Umweltschutz (BBU) in Bonn zur WELT. „Man beginnt mit einem atypischen Nahrungsmittel, vor dem angenommen wird, daß es ohnehin nicht viel Schaden anrichten kann", meinte Billen.

Den Wissenschaftlern wollte der BBU-Sprecher jedoch „keine unlauteren Motive unterstellen". Die Wirkung ionisierender Strahlung wird im Krslruher Kernforschungszentrum bereis seit 1966 untersucht. Dort wurden alle in Frage kommenden Nahrungsmittel Gammastrahlen ausgesetzt: Von Kirschen, Käse und Kartoffeln bis zu Cognac. Ionisierende Strahlen könnten jedoch keine Radioaktivität erzeugen, versichern heute Wissenschaftler. Bestrahlte Produkte würden demzufolge nicht radioaktiv. Die Sorge von Umweltschützern, die Hausfrauen hätten künftig eigene Atom-Müll-Entsorgungsprobleme im Vorratskeller, sei also auch unbegründet.

Der BBU hat alle Fraktionen des deutschen Bundestages aufgefordert, die Strahlenkonservierungsmethode und Kennzeichnung der so behandelten Nahrungsmittel in parlamentarischen Beratungen zu klären. In der Auseinandersetzung spielt auch die Einfuhrkontrollmöglichkeit eine Rolle, weil „der Import von mit ionisierenden Strahlen behandelten Lebensmitteln, wenn sie keinen Hinweis auf die Bestrahlung enthalten, praktisch nicht verhindert" werden könne, heißt es im Gesundheitsministerium.

Bombenanschlag auf Botschaft in Wien

Zum zweiten Mal türkischer Diplomat getötet?

rtr / AFP, Wien

Vor der türkischen Botschaft in der Wiener Innenstadt ist gestern morgen eine in einem Auto versteckte Bombe explodiert. Es habe einen Toten und drei Schwerverletzte gegeben, teilte die Polizei mit. Bei dem Toten handele es sich um eine Person, die in dem Fahrzeug gesessen habe. Die drei Verletzten befanden sich in der Nähe des Explosionsortes. Noch fünfzig Meter rund um den Explosionsort zerplatzten die Fensterscheiben. Die Wucht der Detonation zertrümmerte vier in der Nähe stehende Autos. Vermutlich kam der Handelsattache, Oczen Erdogan, ums Leben. Die Polizei verweigerte darüber die Auskunft. Sie teilte lediglich mit, daß sich die Explosion ereignete, als der auf den Namen des Diplomaten zugelassene Wagen gegen neun Uhr auf dem für die Botschaftsangehörige reservierten Parkplatz abgestellt wurde. Über die wahre Identität des bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten Opfers schwiegen sich die Beamten aus: Die Ermittlungen dauern noch an. Auch in der Botschaft in der Prinz-Eugen-Straße wurde lediglich bestätigt, daß der Handelsattache der Halter des Fahrzeugs, einer japanischen Limousine, sei. Jeden weiteren Kommentar lehnten die Türken höflich, aber bestimmt ab. Über die weiteren Opfer des Anschlags heißt es, der vor der Botschaft wachhabende österreichische Polizeibeamte und mindestens zwei Passanten seien schwer verletzt worden. Ein Augenzeuge berichtete, die Fensterscheiben an der Seitenfront des Botschaftsgebäudes seien überwiegend in Scherben gegangen.

Die türkische Botschaft in Wien war bereits am 22. Oktober 1975 Schauplatz eines Terroranschlags gewesen. Damals drangen drei Täter in das Gebäude ein und erschossen den Botschafter Danis Tunaligil. Zu dem Attentat hatte sich zwar eine armenische Untergrundbewegung bekannt, die österreichische Polizei vermutet aber, daß der internationale Terrorist Carlos hinter diesem Anschlag steckte. Es gibt Hinweise darauf, daß er sich zu dem fraglichen Zeitpunkt in Wien aufhielt.